56 Pfr. Schlunk
1800 Dudenrode

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Hans Heinz Holz
Deutsche Politik nach der Bundestagswahl

Josef Oertgen
„Entwicklungspolitik" aus Bonn

Dr. Oswald A. Kohut
Die FDP muß sich behaupten!

Max von der Grün
Glaubt ihnen nicht . . .

Dokumentation zum Krieg in Vietnam

Einzelpreis 3,– DM **X. Jahrgang** **Oktober 10 1965**

G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats September 1965 S. 811

Berichte und Kommentare
Im Banne der Medizinmänner
Willi Brandt und die „nationalistische Welle"
Die FDP muß sich behaupten!
Krieg um Kaschmir? S. 814

Die Lage
Hans Heinz Holz
Deutsche Politik nach der Bundestagswahl S. 825

Franz Joseph Humpert
Rüstungswirtschaft in der Bundesrepublik S. 833

Josef Oertgen
„Entwicklungspolitik" aus Bonn S. 841

Dokumentation zum Krieg in Vietnam
(Zusammengestellt von Heinz Abosch) S. 850

Max von der Grün
Glaubt ihnen nicht . . . S. 859

Anton Kiepenhäuer
Neuer Realismus auf deutschen Bühnen S. 864

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften
„Ohne Kommentar"
Zum Wiener Historikerkongreß
Zur Leipziger Buchmesse 1965
Brief in Sachen Notstand S. 867

Fernseh-Spalte
Mörderspiele S. 872

Bücher
Broszat, Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik
Unsere Welt 1985
Robert Neumann, Der Tatbestand . . .
Paetel, Zur Geschichte des dt. Nationalbolschewismus
Behrendt, Soziale Strategie für Entwicklungsländer
Tuchmann, August 1914
Schaumburg-Lippe, Dr. G.
Neuerscheinungen S. 873

Rudolf Rolfs
Was ich noch sagen wollte . . . S. 887

Dokumente zum Zeitgeschehen
Deutscher Vietnam-Aufruf
Friedensnobelpreisträger zu Vietnam
Christlicher Friedensdienst an die Regierungen
beider deutscher Staaten

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Benteie
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

X. Jahrgang Oktober 1965 Heft 10

Chronik des Monats September 1965

1. 9. — Indien/Pakistan. Sprecher beider Regierungen beschuldigen jeweils die andere Seite der „Aggression" und der Verletzung der Waffenstillstandslinie in Kaschmir. UN-Generalsekretär U Thant appelliert in Telegrammen an die Regierungschefs Indiens und Pakistans und fordert die Zurückziehung aller Truppen von der Demarkationslinie. — Am 4. 9. besucht der chinesische Außenminister Tschen Yi überraschend die pakistanische Hauptstadt und führt dort ein längeres Gespräch mit Außenminister Bhutto. — Am 6. 9. ordnet die indische Regierung die Generalmobilmachung an, die Regierung in Karachi proklamiert den Ausnahmezustand. Politiker aus Ost und West bieten ihre „guten Dienste" zur Beendigung der Feindseligkeiten an. Ministerpräsident Kossygin lädt Präsident Ajub Khan und Premierminister Shastri zu einer Zusammenkunft auf dem Territorium der UdSSR ein. — Am 7. 9. reist U Thant nach Indien und Pakistan, um nach einer Lösung des Konflikts zu suchen. — Am 20. 9. verlangt der UN-Sicherheitsrat die Einstellung der Feindseligkeiten bis zum 22. September und ersucht die beiden Regierungen „auf die Stellungen zurückzugehen, die sie vor dem 5. August 1965 inne hatten". Alle Staaten werden aufgerufen, „sich jeder Aktion zu enthalten, welche die Lage in jenem Teil der Welt verschärfen könnte". — Am 22. 9. kommt ein vorläufiger Waffenstillstand in dem umstrittenen Gebiet zustande. Wenige Tage später wird jedoch das Wiederaufleben der Kampftätigkeit an einigen Frontabschnitten gemeldet. — Am 23. 9. fordern 86 indische Parlamentarier in einem Memorandum an die Regierung die unverzügliche Aufnahme der Produktion einer eigenen Atombombe.

2. 9. — F D P. Die Freie Demokratische Partei hält in Essen ihren Wahlkongreß ab. Die führenden Politiker der Partei, darunter Vizekanzler Dr. Erich Mende, sprechen sich für eine Fortführung der bisherigen Koalition mit der CDU/CSU nach den Bundestagswahlen aus.

3. 9. — Dominikanische Republik. Nach mehr als vier Monaten Bürgerkrieg konstituiert sich in Santo Domingo eine neue provisorische Regierung unter Präsident Hector Garcia-Godoy, deren Amtszeit auf höchstens neun Monate begrenzt ist. In dieser Zeit sollen Wahlen für das Amt des Präsidenten vorbereitet werden. Gleichzeitig tritt eine Amnestie in Kraft. Bis zum 19. 9. haben 19 Länder, darunter die Vereinigten Staaten, die neue Regierung anerkannt. — Am 25. 9. kehrt der frühere Präsident Juan Bosch aus dem Exil zurück.

— NS-Verbrechen. Im Düsseldorfer Schwurgerichtsprozeß gegen 10 Angehörige der SS-Wachmannschaft des Konzentrationslagers Treblinka werden die Urteile

verkündet. Vier der Angeklagten erhalten lebenslänglich Zuchthaus. Gegen fünf der Angeklagten verhängt das Gericht Freiheitsstrafen zwischen 3 und 7 Jahren Zuchthaus. Ein Urteil lautet auf Freispruch.

6. 9. — USA. Ein von Präsident Johnson eingesetzter Expertenausschuß kommt in einem umfangreichen Bericht zu dem Schluß, daß eine allgemeine Abrüstung oder auch eine wesentliche Verringerung der Verteidigungsausgaben zu keiner Schädigung der Volkswirtschaft führen werde.

7. 9. — China/Indien. Die amtliche chinesische Nachrichtenagentur „Neues China" verurteilt „den bewaffneten Angriff der indischen Regierung auf Pakistan". Gleichzeitig heißt es in der Erklärung, man sehe sich in Peking „nunmehr gezwungen, die Wehrbereitschaft entlang der chinesisch-indischen Grenze zu verstärken". — Am 16. 9. verlangt das Außenministerium der Volksrepublik China in ultimativer Form von der indischen Regierung, alle ihre Befestigungsbauten entlang der Grenze in Sikkim innerhalb von 3 Tagen abzubauen. — Am 22. 9. veröffentlichen die chinesischen Zeitungen Meldungen über einen Rückzug der indischen Truppen und die Zerstörung der Befestigungsanlagen in Sikkim. Diese Nachrichten werden in Neu Delhi dementiert.

9. 9. — Frankreich. Auf einer mit Spannung erwarteten Pressekonferenz äußert sich Staatspräsident de Gaulle zur internationalen und europäischen Politik. De Gaulle spricht von einer Krise in den europäischen Gemeinschaften und wendet sich erneut gegen vermehrte Kompetenzen für die EWG-Kommission und die Übertragung legislativer Funktionen an die Europäische Versammlung, „deren Mitglieder niemals und nirgends zu diesem Zweck gewählt wurden". Frankreich denke nicht daran, sich den ab Januar 1966 vorgesehenen Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat zu unterwerfen. Weiter erklärte der Staatspräsident: „Es geht vor allem darum, uns jeder Hörigkeit zu entziehen. Gewiß haben wir auf vielen Gebieten die besten Gründe, uns mit anderen zu assoziieren, jedoch unter der Voraussetzung, daß wir die Entscheidungsfreiheit über uns selbst behalten. So wird unser Land, solange die Solidarität der westlichen Völker uns für die eventuelle Verteidigung Europas notwendig erscheint, Verbündeter seiner Verbündeten bleiben, aber nach Ablauf der einst übernommenen Verpflichtungen, d. h. spätestens 1969, wird, was uns betrifft, die Unterordnung aufhören, die im NATO-Pakt als Integration bezeichnet wird und unser Schicksal einer ausländischen Autorität überantwortet . . . Wir zögern nicht, dem Tag entgegenzusehen, an dem im Interesse einer konstruktiven Verständigung vom Atlantik bis zum Ural ganz Europa seine eigenen Probleme selbst regelt, und vor allem dasjenige Deutschlands, auf dem einzigen dafür möglichen Weg, dem eines allgemeinen Übereinkommens." Die Frage nach einer erneuten Kandidatur für die im Dezember fälligen Präsidentschaftswahlen beantwortet de Gaulle ausweichend. — Vom 9.—16. 9. hält sich der polnische Ministerpräsident Cyrankiewicz auf französische Einladung in Paris auf. Nach einem ersten Empfang im Elysee-Palast äußert Cyrankiewcz vor Journalisten, er habe dem Präsidenten für seine Haltung „hinsichtlich der Westgrenzen Polens" gedankt. — Am 10. 9. meldet Francois Mitterrand, Präsident der „Union Democratique et Socialiste de la Resistance", seine Kandidatur für die Präsidentenwahlen an. Mitterrand, der die von de Gaulle erstrebte Force de frappe als die „schlechteste Lösung" für die Sicherheit Frankreichs bezeichnet, erhält nacheinander die Unterstützung der Sozialistischen Partei (SFIO) und der Kommunisten (KPF). Auf eine brieflich gestellte Frage des KP-Generalsekretärs Waldeck-Rochet antwortet Mitterrand, er werde sich auf die „Gesamtheit der Parteien der Linken und der demokratischen Organisationen ohne Ausnahme stützen".

— Notstand. Der Kongreß der Industriegewerkschaft Metall in Bremen votiert fast einstimmig gegen jede Notstandsgesetzgebung. Die Delegierten billigen eine Resolution, die zur Verteidigung der Grundrechte und der Prinzipien des Grundgesetzes aufruft. Der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, übt Kritik an der Bundesregierung. Es sei an der Zeit, mit „militärischem Größenwahn" und „atomaren Großmachtträumen" Schluß zu machen.

12.—13. 9. — Norwegen. Bei den zweitägigen Wahlen zum Storting, dem Parlament des Landes, verliert die regierende Sozialdemokratische Partei sechs ihrer 74 Sitze. Die in Opposition stehenden Konservativen, Agrarier, Liberalen und die Christliche Volkspartei können dagegen

zusammen eine Majorität von 80 Mandaten erringen. Die Regierung Gerhardsen, die bisher durch die Unterstützung der beiden Abgeordneten der Sozialistischen Volkspartei über eine schwache parlamentarische Mehrheit verfügte, demissioniert.

13. 9. — Ostpolitik. Aus Anlaß des 10. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion und wenige Tage vor einer geplanten Reise des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Prof. Carstens, in die sowjetische Hauptstadt schreibt die regierungsamtliche Moskauer „Istwestija", es sei nicht möglich, „die Beziehungen der Bundesrepublik zur UdSSR auf Kosten der DDR (zu) verbessern". Die Zeitung bezeichnet die Wiedervereinigung erneut als eine „innere Angelegenheit" der beiden deutschen Staaten. — Am 21. 9. trifft Prof. Carstens zum Besuch der Internationalen Chemie-Ausstellung (deren größter ausländischer Aussteller die Bundesrepublik ist) in Moskau ein. Der Staatssekretär wird u. a. von den stellvertretenden Außenministern Kusnezow und Semjonow empfangen.

14. 9. — Vatikan. Im Petersdom wird die 4. und voraussichtlich letzte Sitzungsperiode des II. Vatikanischen Konzils in Anwesenheit von fast 2500 katholischen Würdenträgern eröffnet. In seiner Eröffnungsrede kündigt Papst Paul VI. die Einsetzung einer ständigen Bischofssynode mit Sitz in Rom an und erläutert seine Absicht, Anfang Oktober das Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York zu besuchen und vor der Vollversammlung eine Ansprache zu halten. — Am 21. 9. steht das vieldiskutierte Schema über die Religionsfreiheit zur Abstimmung.

16. 9. — Abrüstung. Die Genfer Achtzehn-Mächte-Konferenz vertagt sich. In einem Bericht an die UN-Vollversammlung heißt es, die Verhandlungen sollten nach Abschluß der Abrüstungsdebatte in New York sobald wie möglich wieder aufgenommen werden. — Am 15. 9. hatten die acht bündnisfreien Mitglieder der Konferenz neue Vorschläge zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen vorgelegt.

17. 9. — Griechenland. Der Zentrumspolitiker Stephanopoulos unternimmt den Versuch, eine neue Regierung zu bilden. Das von ihm geführte Kabinett erhält am 25. 9. ein parlamentarisches Vertrauensvotum.

19. 9. — Bundestag. Die Wahlen zum 5. Deutschen Bundestag enden (nach den am 3. 10. notwendigen Nachwahlen in zwei der 248 Wahlkreise) mit folgendem Ergebnis für die einzelnen Parteien: CDU/CSU = 47,6 % / SPD = 39,5 % / FDP = 9,5 % / DFU = 1,3 % / NPD = 2,0 %. Die übrigen Parteien, die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), die Christliche Volkspartei (CVP), die Europäische Föderalistische Partei (EFP), die Freisoziale Union (FSU) und die Unabhängige Arbeiterpartei (UAP) bleiben unter einem Prozent. Die Wahlbeteiligung beträgt 86,8 Prozent, die Zahl der ungültigen Stimmen 0,9 Millionen. Wegen der Fünf-Prozent-Klausel setzt sich der neue Bundestag aus nur drei Fraktionen zusammen. Es entfallen auf die CDU/CSU 245 (davon CSU 49), die SPD 202 und die FDP 49 Sitze.

20. 9. — UNO. — Die 20. Vollversammlung eröffnet in New York ihre Herbstsession. Zum Präsidenten wird der italienische Außenminister Fanfani gewählt. — Am 21. 9. erhöht sich die Zahl der UN-Mitglieder mit der Aufnahme Gambias, Singapurs und der Malediven auf 117.

22. 9. — SPD. Der Regierende Bürgermeister von Berlin und Parteivorsitzende Willi Brandt gibt im Hinblick auf das Wahlergebnis vom 19. 9. bekannt, daß er seine bisherigen Ämter behalten wolle. Dagegen werde er das errungene Bundestagsmandat niederlegen und sich bei den Bundestagswahlen im Jahre 1969 nicht mehr um die Kanzlerschaft bewerben.

24. 9. — Berlin. Das Passierscheinabkommen zwischen dem Berliner Senat und der DDR-Regierung läuft ohne Verlängerung aus. Senatsrat Korber hatte von Senat und Bundesregierung den Auftrag erhalten, weitere Gespräche mit DDR-Staatssekretär Kohl erst nach den Bundestagswahlen am 19. 9. zu führen. Dieser Entscheidung war eine Zusammenkunft zwischen Bürgermeister Brandt und Bundeskanzler Erhard vorausgegangen, die der Beilegung aufgetretener Meinungsverschiedenheiten über Annahme oder Ablehnung des ostberliner Vorschlages vom 16. 8. für eine befristete Vereinbarung bis zum 31. Januar 1966 (mit einer Besuchsperiode zwischen Weihnachten und Neujahr) dienen sollte. Kohl hatte auf eine baldige Unterzeichnung seines Protokollentwurfs gedrängt. Andernfalls müsse die ständige Passierscheinstelle für Härtefälle geschlossen werden.

Berichte und Kommentare

Im Banne der Medizinmänner

Die Wahl zum fünften deutschen Bundestag hat nicht nur politisch ein Ergebnis gezeitigt, über das der wohlstandstrunkene deutsche Michel in den kommenden vier Jahren möglicherweise, selbst gegen seinen Willen, nachzudenken und sich hinterm Ohr zu kratzen Gelegenheit genug bekommen wird, sondern auch eine seit langem schwelende geistige, ja wahrscheinlich konstitutionelle Krise dieser unserer Nation erneut vor aller Welt ins Bewußtsein gerückt: das gestörte Verhältnis, genauer: die schleichende Verhältnislosigkeit zwischen „Volk" und „Intelligenz".

In einem in der parlamentarischen Geschichte der Deutschen bisher nicht dagewesenen Umfang und Ernst waren diesmal unter dem Druck der immer undemokratischer werdenden deutschen Entwicklung die Angehörigen der Intelligenzschicht aus ihrer traditionellen politischen Enthaltsamkeit (die im Grunde nie eine solche war, sondern immer ein stilles Votum für die Diktatoren) herausgetreten und hatten sich konkret engagiert, namentlich und direkt. Die einen für die SPD, die anderen für die DFU, die dritten für die FDP. (Wo noch ein bißchen Anstand übrig geblieben ist, muß man zugeben, daß das die Mehrheit war; Intellektuellenwerbung für die CDU/CSU hat es so gut wie nicht gegeben, und das ist mehr als erklärlich.) Aber es hat nichts — oder doch nur soviel genutzt, daß mit knapper Not eine absolute Mehrheit der C-Parteien verhindert werden konnte. Nach diesem Wahlausgang ist eine Selbsttäuschung nicht länger möglich: Der Mehrheitsdeutsche ist für Argumente unzugänglich geblieben. Wieder einmal, wie schon zu Kaisers Zeiten und dann unter Hitler, setzt er lieber auf diejenigen, die ihm materielle Güter und ein natürliches Überlegenheitsgefühl der übrigen Welt gegenüber anbieten; die politischen Perspektiven seines politischen Willensentscheides lassen ihn, so lange es ihm gut geht, kalt. (Geht es ihm dann schlecht, so ist niemals er selber daran schuld, sondern immer irgendein „böser Nachbar".)

Daß am 19. September 1965 ein bundesrepublikanisches Versagen offenbar wurde, ist keine Frage. (Denn kann man es noch normal nennen, daß eine Regierung abermals — und auch noch besonders deutlich — im Amt bestätigt wurde, die seit ihrem Antritt vor anderthalb Jahrzehnten nicht ein einziges ihrer proklamierten außenpolitischen Ziele, in Ost wie West, erreicht und obendrein unserem Staat in der Welt den Ruf eingetragen hat, rückständig und entspannungsfeindlich zu sein?) Die Frage ist nur, w e r versagt hat. Die Intellektuellen oder die Wählermassen?

Eine sehr wichtige Frage, die wirklich einmal einer gründlichen, kühlen Untersuchung wert wäre. Für die breite Öffentlichkeit wird diese Untersuchung allerdings kaum noch stattfinden, denn für sie ist die Frage längst beantwortet: Versagt haben allein die Intellektuellen! Das wissen die Leute unter anderem aus dem Munde des alten Volksmagiers Hans Zehrer. Was der sagt, kommt weit herum und muß schon deshalb wahr sein; außerdem hört man's gern, weil es so ganz in den aktuellen Stil paßt („Bloß keine Probleme — was wollen diese Intellektuellen mit ihren dauernden Unkenrufen überhaupt, es ist doch alles in Butter") und weil es so ganz folgerichtig auf der traditionellen Linie liegt: der Intellektuelle (und das heißt weitestgehend: der Linke oder der Liberale) ist in Deutschland schon seit hundert Jahren suspekt.

Für Zehrer ist das „Versagen der Intelligenz" eines der bemerkenswerten Phänomene dieses Wahlausgangs. Er weiß auch, warum das hat so kommen müssen, und er ist ehrlich und selbstbewußt genug, nicht zu verbergen, daß er sich darüber die Hände reibt. Ist der Gegensatz zwischen „Volk" und „Intelligenz" erst einmal konsekriert (und es gibt Leute, die können ohne diesen Gegensatz und seine dauernde Zuspitzung, wie es scheint, nicht leben), so stellt ein aufrechter Deutscher wie Zehrer sich selbstverständlich auf die Seite des „Volkes". Und auf die Frage, worin wohl die Ursachen für „das Versagen und die Wirkungslosigkeit" aller Anstrengungen der „Intelligenz" im zurückliegenden Wahlkampf liegen könnten, weiß er Antworten von bestürzender Anciennität:

„Doch wohl in ihrer Bindungslosigkeit, in der sie sich selber als freischwebend und heimatlos empfindet und in der sie sich über den Dingen zu begründen sucht ... Die Intelligenz hat nicht nur die legitime Aufgabe erfüllt, das geschichtliche Erbe des Dritten Reiches aufzuarbeiten, sie ist auch der Gefahr nicht entgangen, die Maßstäbe dieser Kritik ungeprüft auf die heutige Wirklichkeit zu übertragen ... Das Volk und die Menschen aber wollen nicht zwanzig Jahre lang kritisiert, geprügelt und gestraft werden, noch dazu von einer Intelligenz, deren Gegner tot sind, die dabei nichts mehr zu riskieren hat und die darüber die Kritik an der gegenwärtigen Wirklichkeit jenseits des Eisernen Vorhangs zu kurz kommen läßt ... Diese Intelligenz hat nicht die Kraft besessen, dem Volk auch einmal Mut zu machen ..."

Sind solche Worte nicht erschreckend? Wird hier nicht der aus dem Dritten Reich noch wohlbekannte Versuch wiederholt, eine ganze Gesellschaftsgruppe an den Pranger zu stellen, sie aus dem Volksganzen auszustoßen? Aber noch mehr: Es ist auch hanebüchener Unsinn, was Zehrer da in seinem Nachwahl-Sonntagsartikel in der „Welt" schreibt. Beschränken wir uns auf die Sache mit dem angeblich nicht stattgefundenen „Mutmachen". Wer hat denn, wenn nicht die von Zehrer (und nicht von ihm allein) gelästerte Intelligenzgruppe, dem Wähler immer wieder Mut eingeredet, ihm mit Argumenten zu suggerieren versucht, endlich mutig zu wählen? Das muß man freilich kurz erläutern. Mutig wählen, hätte bedeutet, in einer Richtung zu wählen (doch, das wäre schon möglich gewesen), die überhaupt die Aussicht birgt, daß wir in absehbarer Zeit aus den vielen Beklemmungen, Zwangsvorstellungen und Aussichtslosigkeiten, in die unsere Politik geraten ist, herausfinden könnten. In einer Richtung, die unsere geschichtliche Lage als geteiltes Volk mit zwei Staaten (die irgendwann wieder zu einem werden sollen) überhaupt ins Auge faßt. Und in einer Richtung, die absolut und ständig auf jenes Große zielt, das dieses Volk der darauf wartenden Menschheit bisher zu geben versäumt hat: den Frieden. Das ist die Richtung, in der die Intellektuellen zum 19. September geworben haben (nicht nur bei der DFU). Der Mehrheitsdeutsche hat sich nicht getraut, ihnen zu folgen, ihren Mut zu seinem eigenen zu machen. So liegen die Dinge. Und wer sich in dieser Richtung engagiert, kann getrost sein, daß ihm auch der unverschämte, faschistische Vorwurf der „Bindungslosigkeit" und „Heimatlosigkeit" vor der Welt nicht anhaften bleiben wird. Wir wissen gut, daß unsere Intellektuellen (schon vor diesem Wahlkampf) vieles falsch gemacht haben; vor allem dies, daß sie in ihren literarischen und künstlerischen Äußerungen zu viel Zeit und Kraft mit konventikelhaftiger Unverbindlichkeit und Selbstbestätigung vertan haben und sich zu gut dünkten, sich rechtzeitig politisch zu formieren. Folgt man jedoch der Zehrer'schen Logik, so kommt zum Beispiel die lähmende Tatsache, daß nur zehn Prozent unserer Bürger in der Lage sind, die Namen von drei lebenden deutschen Schriftstellern zu nennen,

nicht auf die Kappe der Bürger, sondern auf die Kappe der Schriftsteller: Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuld.

Unser Land steht vor Entscheidungen. Auch vor dieser: Will es seine Intellektuellen integrieren oder vollends ausstoßen? Sollen unsere öffentlichen Dinge in Zukunft ausschließlich nach den Gesetzen von Macht, Kommerzialität und Revision abgewickelt werden, oder soll der I n t e l l e k t endlich auch bei uns d a s politische Mitspracherecht erhalten, das er bei anderen Nationen schon lange hat? Das ist die Frage, um die es geht. Sie ist am 19. September nicht ein für allemal beantwortet worden. Aber wenn dieses Volk noch tiefer in den Bann der Medizinmänner vom Zuschnitt eines Ludwig Erhard oder Hans Zehrer gerät, wird eines Tages nichts Reparables mehr übriggeblieben sein.

Johannes Weidenheim

Willy Brandt und die „nationalistische Welle"

Die „Nationalzeitung" erschien nach der Wahl mit zwei großen Porträts auf der Titelseite. Das Bild rechts war unterschrieben: „Der Sieger" und zeigte bieder lächelnd Franz Josef Strauß. Das Bild links „Der Verlierer" war älteren Datums. Es zeigte Willy Brandt in der Uniform eines Offiziers der norwegischen Militärmission in Berlin 1946. „Wir haben zum Sieg über Willy Brandt beigetragen", kommentierte die „Nationalzeitung". In der Tat, das Blatt mit der vierthöchsten Auflage unter den bundesdeutschen Wochenzeitungen (nach der „Zeit", „Christ und Welt" und dem „Sonntagsblatt") hat vor der Wahl zum Mittelpunkt seiner Kampagne das Trommeln gegen Willy Brandt und die Stimmungsmache für den „starken Mann" Franz Josef Strauß gemacht und nur rechts am Rande die Schar der „Unentwegten" in der Nationaldemokratischen Partei erwähnt. Der mittelständische neue deutsche Nationalismus setzt weithin auf Strauß, der industriekonforme auf Erhard und lediglich die ideologisch „treuen" Altfaschisten und ihre Söhne und Töchter schwören derzeit auf den Bremer Betonfabrikanten Thielen als Mini-„Führer" und auf seine NPD. Was allerdings in vier Jahren anders sein kann. Der Erfolg, den die NPD bei der Errichtung ihrer Jugendorganisationen nahezu in allen Bundesländern hat, tröstet die alten Kämpfer und macht ihnen Hoffnungen „auf ein neues". Gewisse Kreise der Jugend in der Bundesrepublik drohen nämlich unter der unaufhörlichen Berieselung mit kaum noch getarnten Neofaschismen denen anheimzufallen, die in Landsberg sich vor den Gräbern hingerichteter NS-Kriegsverbrecher verneigen, sie halten das für konsequenter als die Haltung der Mitschuldigen der Globke-Generation.

Was die „Nationalzeitung" direkt betrieben hat, die Denunzierung von Willy Brandt, weil er Hitlerdeutschland 1933 verließ und weil er in der norwegischen Militärmission nach dem Kriege mitarbeitete an neuen Kontakten zwischen Deutschland und den von Deutschen überfallenen Ländern, das hat die CDU/CSU in ihrem Wahlkampf „unterschwellig" gefördert, durch intensive Flüsterpropaganda, durch mehr oder minder bestellte Fragen bei den Diskussionen im Anschluß an Wahlreden. Ludwig Erhard freilich entsprach dem „gesunden Volksempfinden" fast ebenso freimütig wie die „Nationalzeitung". Er erntete unter seinen Anhängern Ovationen, wann immer er ausrief: „Als ich an den Plänen zur Währungsreform arbeitete, war Brandt noch nicht einmal wieder deutscher Staatsbürger." Zu alledem hat die SPD auf Wehners Geheiß ebenso geschwiegen wie zu der spießig-pharisäischen Verwendung des Namens Frahm, mit der Konrad Adenauer 1961 begonnen hatte. Unehelich geboren, Spanienkämpfer natürlich bei den „Roten" und dann

noch in norwegischer Uniform heimgekehrt, im Krieg sogar gegen Hitlerdeutschland die Argumente des anderen Deutschland vertreten, na, das kann ein deutschbewußter Bürger von 1965 nicht gutheißen, diesen Kandidaten kann er nimmer wählen.

„Ich bin mit sauberen Händen nach Deutschland zurückgekommen", stellte Brandt fest. Und auch, daß die persönlichen Anwürfe gegen ihn an seinem Innern nicht unberührt vorübergingen. Brandt hat damit freilich nicht behauptet und nicht behaupten wollen, diese „Dreckkampagne", wie er es nannte, habe den Wahlkampf entschieden. Er hat vielmehr an diesem Punkt deutlich gemacht, wie der Wahlkampf insgesamt von den Siegern — von Strauß und Erhard — geführt worden ist. Und von ihren Helfershelfern, unter denen, unwidersprochen vom offiziellen Bonn, auch die „Nationalzeitung" sich brüsten kann, mit von der Partie zu sein. Vor seiner, Wehner und Erler überraschenden, Entscheidnug des Verzichts auf eine neue Kandidatur für die SPD 1969 hat Brandt allerdings, dem Vernehmen nach, eine harte Auseinandersetzung mit Wehner gehabt und ihm u. a. vorgeworfen, daß Wehner, in seiner Anpassung an die deutschnationale Welle, sich nicht entblödete, mit einem der Hauptdrahtzieher der Flüsterpropaganda gegen den Emigranten Brandt, mit dem Passauer Verleger Johann Evangelist Kapfinger, noch kurz vor dem 19. September zusammengetroffen zu sein. (Das ist gewiß eine der makabersten Szenen des Wahlkampfes gewesen, von der Passauer „Neuen Presse" im Bild festgehalten, wie Wehner auf Kapfingers Sofa Platz nahm, das schon so mancher Verirrung Raum bot. Da stützte gewissermaßen der Blinde den Lahmen.) Brandt zeigte für diese Taktik kein Verständnis. Sie ging ihm denn doch zu weit. Aber war solche Spitzenleistung an sozialdemokratischer Selbstverleugnung — unter der Parole „sicher ist sicher" und „JA" — denn etwas anderes als die konsequen-

AN UNSERE LESER

Betrifft: Abonnementspreis bleibt konstant; Werbung neuer Abonnenten

Die ständigen Kostenerhöhungen und Preisauftriebe lassen auch den Verlag der „Blätter" nicht unberührt. Mehr und mehr erschöpfen sich die Möglichkeiten, neu anbrandende Kosten aufzufangen.

Dennoch wird der Preis der Zeitschrift im Abonnement nicht heraufgesetzt werden: er bleibt auch im Jahre 1966 konstant bei DM 2,50 (für Studenten DM 2,—) für das abonnierte Monatsheft. Der Einzelverkaufspreis beträgt ab Oktober 1965 DM 3,—

In Verbindung hiermit bitten wir unsere Leser, durch die Werbung neuer Abonnenten im Freundes- und Bekanntenkreis die Bemühungen des Verlages um eine günstige Preisgestaltung zu unterstützen. Der auf solche Weise geschaffene Ausgleich wird, so dürfen wir annehmen, für alle Beteiligten von Vorteil sein.

Pahl-Rugenstein Verlag

te Fortsetzung der gesamten Wahlkampfführung und der Politik des Nichtopponierens, die seit Godesberg um sich griff und der Brandt sich, wiewohl oft gegen sein besseres Empfinden von einer respektablen und vertrauenswürdigen Politik, eingefügt hatte? Das Nein, zu dem Brandt sich entschloß, nach einem im Zeichen des JA auch gegen seine demokratischen politischen Ideen und gegen seine saubere Vergangenheit geführten Wahlkampf, kam zu spät und wirkte nun als Resignation. Wäre es nicht richtiger gewesen als Schlußfolgerung, wenn Brandt geblieben und als Parteivorsitzender in Bonn in der Baracke einen neuen Anfang gesetzt hätte, gestützt auf diejenigen, mit denen zusammen er in Saarbrücken das Nein zur Notstandsgesetzgebung gegen Wehner durchgefochten hatte (das er dann leider auch wieder relativierte, als es in Bonn zum Schwure kam), nämlich mit den Gewerkschaftlern und sozialen Demokraten, die gleich ihm im Grunde das Fiasko der Liebedienerei Wehners beim Anschmiegen an einen neuen Nationalismus voraussehen?

So nobel und von soviel Melancholie umwittert die Bonner Abschiedsszene von Brandt auch war, mit der er sich für Berlin entschied (one dann zumindest in der Passierscheinfrage das Bonner Veto einmal resolut zu durchbrechen und damit seine Befugnisse wenigstens in Berlin endlich auszuschöpfen), so wenig bringt es politisch ein. Nicht Brandts, sondern Wehners Abtritt war fällig. Hoffnungen, die manche Beobachter in der Wahlnacht hegten, Brandt mache sich jetzt aus der Umklammerung frei und werde handeln, wurden enttäuscht. Er bleibt zaudernd und hadernd seiner Hamletrolle treu, die unstreitbar tragische Züge hat wie die des Dänenprinzen. Aber daß Hamlet wie Brandt vor der Frage nach Sein oder Nichtsein zurückschrecken in den surrealen Bereich der Träume und Selbstbemitleidungen, das ist ebenso wahr, wenn man schon die exemplarische Gestalt des Nicht-Politikers, die Shakespeare dem Welttheater schenkte, als Mahnung und als „Spiegel der Zeit" zum Vergleich heranziehen will, wie das bislang eher vordergründig geschah.

Die „Dreckkampagne" gegen Brandts antifaschistische Vergangenheit ist gewiß ein Symptom für die Stimmung, die Ludwig Erhard zum Wahlsieger machte. Aber sie ist nur e i n Symptom. Daß es dazu kommen konnte, daß diese Stimmung in der Weise, wie sie heute die Nachdenklichen im In- und Ausland, in West und Ost erschreckt — man kann das mit den gleichen Argumenten sowohl in den Kommentaren der „Times" wie der „Prawda" zum deutschen Wahlergebnis nachlesen —, ein Volk neu heimsuchen konnte, daran hat der Wehnerkurs der SPD sein Gutteil Mitschuld. Und welche Konsequenzen zog die SPD-Führung bis heute aus dem Debakel? Sie holte den in Hamburg an den dortigen Kommunalfragen gescheiterten Helmut Schmidt als „Verstärkung" nach Bonn, weil es keinen NATO-freudigeren und atomwaffensüchtigeren Sozialdemokraten in der Bundesrepublik gibt. Was sagen dazu die Gewerkschaften? B. F.

Die FDP muß sich behaupten!

Es hat keinen Sinn, darum herumzureden: neben der SPD und deutlicher sichtbar als diese ist die FDP Verliererin der Bundestagswahl 1965. Mit knapper Not hat sie eine absolute Mehrheit der CDU/CSU verhindern können; doch so schwach nur verhindern können, daß durch die Abwerbung von nur vier FDP-Abgeordneten diese absolute Mehrheit bereits hergestellt würde. Der „Bayernkurier", das Organ der CSU, hat in der Tat sogleich nach dem Wahltag unverhüllt mit einem solchen Piratenstreich gedroht.

Die Freidemokraten werden also gut daran tun, sich klar zu machen, was ihre Wähler von der Fraktion erwarten. Von 12,8 % des Jahres 1961 sind 9,5 % der Partei 1965 treu geblieben, ein größerer Wählerstamm als im Jahre 1957 (7,7 %). Die Beobachtung der Stimmenfluktuation läßt den Schluß zu, daß es neben einer Gruppe von Wählern, die sich allgemein für einen bürgerlich-demokratischen gegen einen sozialistischen Kurs entscheiden und dabei zwischen CDU und FDP schwanken, eine fest umrissene Gruppe von etwa 8—10 % der Bevölkerung gibt, die innerhalb des bürgerlichen Lagers klar und unbeirrbar eine *liberale Position* bezieht, welche sich in wesentlichen Punkten *von der christdemokratischen unterscheidet.* Liberal wählen die Mitbürger, die nicht die Formierung der Gesellschaft und Wirtschaft nach Erhards großem Plan wollen, sondern deren freie Entfaltung; die sich gegen einen politischen Klerikalismus wehren, der von der Sozialethik und Familienpolitik über das Schulwesen und Bildungsprogramm bis zur Außen- und Deutschlandpolitik reicht; die das Recht des Individuums auf Respektierung seiner Persönlichkeitsphäre verteidigen und darum das Grundgesetz nicht angetastet sehen möchten; die auf einer aktiven Entspannungs- und Friedenspolitik bestehen, weil diese allein für jeden einzelnen Sicherheit und Wohlstand dauerhaft garantieren kann.

Es gibt einen Kodex liberaler Ideale, die den neuzeitlichen Staat geprägt haben. Ihn zu bewahren, ist die Partei der Freien Demokraten aufgerufen, nach diesem Gesetz ist sie angetreten. Wahrscheinlich wäre es am sinnvollsten, die FDP würde unter den gegenwärtigen Umständen auf eine Regierungsbeteiligung verzichten und die Sieger der Wahl, die CDU/CSU, allein die Geschäfte führen lassen. Frei von Koalitionsrücksichten und Kompromissen, könnte die FDP-Fraktion im Bundestag dann eine bürgerliche Politik unterstützen, aber auch allen Maßnahmen ungehindert entgegentreten, die mit liberalen rechtsstaatlichen Auffassungen nicht zu vereinbaren sind. Tatsächlich wäre ihr Einfluß dann wesentlich größer als bei einem Eintritt ins Kabinett, der sie zu Zugeständnissen und Halbheiten nötigen muß, die für jeden Liberalismus tödlich sind; denn Freiheit gibt es nur ganz oder gar nicht. In einer unabhängigen Position könnte die FDP das Ansehen und Vertrauen wiedergewinnen, das für einen künftigen Stimmenzuwachs nottut.

Indessen scheint, daß nach dem Koalitionsangebot von Bundeskanzler Prof. Erhard die FDP-Fraktion nicht mehr den Weg einer selbständigen dritten Kraft gehen will. Dieser Entschluß hängt weitgehend von der Einschätzung der Kräfte ab, mit denen man in der CDU zusammenarbeiten will. Es ist jedoch nicht nur ein *Gebot* der Selbstachtung, sondern *des Überlebens* als Partei, daß

Das neue Standardwerk

WÖRTERBUCH DER INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN UND DER POLITIK

von Günther Haensch

Systematisch und alphabetisch

Deutsch - English - Français - Español

XV, 638 Seiten, Plastik DM 34,80

»An Hand dieses Bandes kann sich der Benutzer die Fachausdrücke in ihrem organischen Zusammenhang aneignen. Zweifellos füllt das Werk eine Lücke und ist für den Politiker wie den Fachmann in internationalen Beziehungen ein wertvolles Hilfsmittel.«

Diplomatisches Bulletin

MAX HUEBER VERLAG MÜNCHEN

auch die parlamentarisch geschwächten Liberalen sich nicht zum bloßen Anhängsel einer übermächtigen Regierungsmehrheit machen lassen. Nur wenn sie die Möglichkeit haben, auch tatsächlich die Politik des Kabinetts in entscheidenden Fragen mitzubestimmen, dürfen sie auch die Verantwortung mittragen. Das heißt: die FDP muß auf der Erfüllung bestimmter Programmpunkte bestehen, wenn sie Teil der Regierung werden soll.

Die FDP hat gerade um seiner wirtschaftspolitischen Konzeptionen willen Prof. Erhard immer als ihren Bundeskanzler unterstützt; sie wird auch weiterhin in wesentlichen Fragen mit ihm konform gehen können. Angesichts der Stagnation in der Entwicklung der EWG und angesichts der Tatsache, daß wichtige Außenhandelspartner der Bundesrepublik außerhalb der Europäischen Gemeinschaft bleiben mußten, dürfte es angezeigt sein, in verstärktem Maße auf einen Brückenschlag zwischen EWG und EFTA hinzuwirken und neben den Gedanken der europäischen Wirtschaftseinigung als zweite Konzeption das alte liberale Freiheitsideal zu stellen, das keinen Gegensatz zur EWG, höchstens zu gewissen Formen des Brüsseler Dirigismus zu bilden braucht. Wir sollten nicht vergessen, daß der größere Teil der Entwicklungsländer außerhalb der EWG-Assoziationen verharrt und daß insbesondere in den Commonwealth-Ländern auch für uns lohnende Aufgaben bestehen. Vor allem kommt es darauf an, daß die Konzeption der deutschen Entwicklungshilfe, angestammtes Ressort der Freien Demokraten, die Bundesrepublik aus dem großen Gegensatz zwischen Industrie- und Wohlstandsnationen (den Besitzenden) und Entwicklungsländern (den „Habenichtsen"), wie er sich in allen internationalen Gremien abzeichnet, heraushält. Die deutsche Wirtschaftshilfe in Asien, Afrika und Lateinamerika muß frei von ideologischen Vorbedingungen und von Vorbelastungen durch Prestigefragen sein; das bedeutet, daß die Tätigkeit des Ministeriums für Entwicklungshilfe und des Auswärtigen Amtes aufeinander abgestimmt werden müssen. Zwischen beiden Ressorts muß ein Vertrauensverhältnis gewährleistet sein.

Seit Jahren haben die Freien Demokraten erhebliche Varianten zur Außenpolitik der Bundesrepublik vorgetragen. Von Botschafter Pfleiderer zu Botschafter Oellers verläuft eine kontinuierliche Linie von Vorschlägen, die allerdings von der CDU/CSU stets unter den Tisch gefegt wurden. Als Koalitionspartner darf sich jedoch die FDP von der Mitgestaltung der deutschen Außenpolitik nicht weiter abdrängen lassen. Der Außenminister muß ihr Vertrauen haben und sollte ihren Vorstellungen gegenüber aufgeschlossen sein. Es ist von Jahr zu Jahr offenkundiger geworden, daß unsere Außenpolitik in einer Sackgasse festgefahren ist, aus der sie in der neuen Legislaturperiode herausgeführt werden muß. Wenn bisher die Situation der Bundesrepublik im Rahmen der internationalen Entspannungsgespräche durch den militärischen Gesichtspunkt der Forderung nach einer Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht bestimmt und damit eine bewegliche deutsche Diplomatie blockiert wurde, so müssen wir uns jetzt aktiv in die Abrüstungsverhandlungen einschalten, wenn wir uns nicht sogar von unseren NATO-Verbündeten isolieren wollen. Der italienische Vorschlag bei der Genfer Konferenz, alle nichtatomaren Mächte möchten einen zeitlich begrenzten Verzicht auf die Teilhabe an atomaren Waffen aussprechen, um den Großmächten Gelegenheit zum Aushandeln einer Abrüstungsvereinbarung zu geben, verdient unsere Beachtung und Unterstützung.

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die Sicherheit unserer nationalen Existenz nur auf dem Boden einer internationalen Entspannung und des friedlichen Zusammenlebens der Völker garantiert ist. Es ist darum unser ureigenstes Interesse, alles zu tun, was

einem Abbau der Gegensätze in der Welt dienlich sein kann. Vollends die deutsche Wiedervereinigung wird sich nur im Zusammenhang eines europäischen Sicherheitssystems verwirklichen lassen. Dieses weitere Ziel läßt sich umso leichter erreichen, je weiter die Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarstaaten normalisiert sind. Diese Beziehungen sind von Fall zu Fall unterschiedlicher Natur. Wir müssen darum zu einem differenzierten Verhältnis zu den Ostblockstaaten kommen, das den jeweiligen ökonomischen und politischen Interessen und Problemen entspricht. Die Errichtung diplomatischer Vertretungen in den osteuropäischen Ländern ist ein Erfordernis der Stunde. Jetzt, bei dem Wechsel von einem Kabinett zum anderen, ist es leichter, eine solche Entwicklung einzuleiten, weil nun neue Leitlinien für die kommenden Jahre ausgearbeitet werden müssen. Die FDP muß darauf drängen, daß endlich in der deutschen Außenpolitik ein großer Schritt vorwärts getan wird.

Das gilt insbesondere auch für die Deutschlandfrage. Dazu heißt es in der Denkschrift, die Botschafter Dr. Fritz Oellers für den FDP-Landesvorstand Bayern ausgearbeitet hat: „Von seiten der Bundesrepublik genügt nicht der Hinweis auf die Viermächteverantwortung und das Drängen auf Initiativen seitens unserer Verbündeten. Es bedarf vielmehr in verstärktem Maße der Entwicklung eigener Initiativen und von Vorstellungen, die als Verhandlungsgrundlagen für eine Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen einer weltweiten Entspannung geeignet sind. Die zweifellos begrüßenswerte Politik der kleinen Schritte ist allein nicht ausreichend". Und im Fazit der Denkschrift heißt es dann: „Bei der Ausarbeitung eines solchen Konzepts sollten deshalb folgende Fragen geprüft und berücksichtigt werden:

— Rüstungsbegrenzung und Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa;
— Ausscheiden der Bundesrepublik und der DDR aus der NATO und dem Warschauer Pakt nach Schaffung eines *neuen* Sicherheitssystems unter Einschluß der USA und der UdSSR;
— System von Nichtangriffspakten und Garantieverträgen;
— gesellschaftspolitischer Status des wiedervereinigten Deutschlands auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts;
— militärischer Status Gesamtdeutschlands;
— Festlegung seiner Grenzen;
— Friedensvertrag mit dem wiedervereinigten Deutschland."

Zu diesen Punkten muß eine initiative Deutschlandpolitik in realistischer Weise Stellung nehmen. Eine solche Stellungnahme kann nicht von einer Partei erarbeitet werden, sondern muß das Ergebnis von Diskussionen aller Parteien sein, das von ihnen allen dann auch getragen wird. Hier hat die FDP, die bisher als einzige Partei des Deutschen Bundestags wiederholt detaillierte Vorschläge entwickelt hat, einen maßgeblichen Beitrag zu leisten.

Innenpolitisch schließlich gibt es zwei Schwerpunkte für ein freidemokratisches Programm, das zum Teil des Regierungsprogramms werden muß, wenn die FDP an einem Kabinett teilnehmen will: die Wahrung strengster Rechtsstaatlichkeit, vor allem auch im Hinblick auf die Bestrebungen, das Grundgesetz zu ändern. Und eine aktive Bildungspolitik, wie sie schon jetzt im Bereich der Planungen des Wissenschaftsministeriums, wenn auch in sachlich begrenztem Rahmen, betrieben wurde. Daß schließlich die Gemeinden und Länder vor einer Aushöhlung ihrer Selbstverwaltungsrechte bewahrt werden müssen, versteht sich für eine demokratische Politik von selbst; denn die Demokratie beginnt nicht bei den Zentralen, sondern an der Basis von Gesellschaft und Staat.

Es zeigt sich, daß die FDP sich in der Praxis als eine echte Dritte Kraft behaupten kann, wenn sie nicht darauf

verzichtet, ihre Selbständigkeit zu bewahren und eigene Konzeptionen als unverzichtbaren Teil des Regierungsprogramms in die neue Kabinettsbildung mit einzubringen. Genau das erwarten ihre Wähler von ihr, genau damit wird sie sich als ein unverlierbares Moment der deutschen Demokratie legitimieren.

Dr. Oswald A. Kohut

Krieg um Kaschmir?

Jenes Waffenstillstandsabkommen, das den formell nicht erklärten Krieg zwischen Indien und Pakistan am 22. September 1965 vorerst beendete, deutet die Grenzen eines derzeit möglichen Übereinkommens in der Kaschmir-Frage an: Neu-Delhi und Rawalpindi stimmen in dem Wunsch überein, die Streitigkeiten mögen die Ebene begrenzter lokaler Aktionen nicht verlassen. Keine Seite wünscht eine politische Ausweitung des Konflikts, Hilfsgesuche bezogen sich lediglich auf Waffenlieferungen, nicht auf unmittelbare Intervention. Keinerlei Übereinstimmung aber zeichnet sich in der politischen Beurteilung der Kaschmir-Frage ab; die territorialen Ansprüche bestehen unvermindert weiter. Die Empfehlungen der UNO verlieren ihre Wirksamkeit, sobald sie über die Feuereinstellung hinausgehen und die politische Lösung des Konflikts anpeilen. Damit hat sich im Prinzip an der labilen Situation, die in und um Kaschmir seit dem Jahre 1947 herrscht, durch diesen 22-Tage-Krieg nichts geändert.

Die eigentliche Ursache des Kaschmir-Krieges, der trotz seines räumlich und zeitlich eng begrenzten Charakters von der Bevölkerung der umkämpften Gebiete schwere Opfer forderte, geht auf Entscheidungen der britischen Regierung im Jahre 1947 zurück. Dazu gezwungen, Indien die Unabhängigkeit zu geben, widersetzte sich das Kabinett Ihrer Majestät dem Plan Gandhis, einen einheitlichen indischen Staat zu bilden, in dem die Hindus zwar die Majorität gehabt hätten, den Mohammedanern aber weitgehende Minderheitenrechte garantiert worden wären. London schürte die tiefverwurzelten religiösen Gegensätze und fand in Ali Jinnah, dem späteren Staatschef Pakistans, einen Mann, der die Teilung der Indischen Union im Sinne Londons verfocht.

Der von blutigen Terrorakten beider Seiten begleitete Prozeß der staatlichen Teilung wurde durch die Frage kompliziert, was mit den selbständig regierten Prinzenstaaten Haiderabad, Junagadh und Kaschmir geschehen solle. Formalrechtlich war ihnen der Anschluß an die eine oder andere Seite freigestellt, tatsächlich aber schuf die konfessionelle Zusammensetzung ernste Probleme: die überwiegend hinduistischen Fürstentümer Junagadh und Haiderabad hatten mohammedanische Herrscher, der Maharadscha von Kaschmir — ein Hindu — regierte über ein überwiegend mohammedanisches Volk. Die Regierung in Neu-Delhi löste die beiden ersten Streitfälle durch militärische Intervention. Sie akzeptierte weder den Entschluß des Fürsten von Junadagh, sich Pakistan anzuschließen, noch die Absicht des Nizam von Haiderabad, neutral bleiben zu wollen. Ihre einmarschierenden Truppen stützten sich auf die Sympathie der Bevölkerungsmajorität.

Im Falle Kaschmirs lagen die Schwierigkeiten für die indische Regierung in der zu Pakistan tendierenden Haltung der meisten Bewohner. Die despotische Herrschaft des Maharadscha hatte zudem schon Jahre vor der Unabhängigkeit zum Entstehen einer mohammedanischen Widerstandsbewegung geführt, die nun — von Pakistan unterstützt — zum Träger der antiindischen Aktivität wurde. Es kam zu einem grausamen Guerillakrieg, in dessen Verlauf der Maharadscha die Unterstützung indischer Truppen anforderte. Be-

sonders in der östlichen Provinz Jammu kam es zu einer starken Reduzierung des mohammedanischen Bevölkerungsteils. Zehntausende wurden getötet, hunderttausende flüchteten ins benachbarte Pakistan.

Ende des Jahres 1947 kam die Kaschmir-Frage erstmals vor die Vereinten Nationen. Der Sicherheitsrat bildete eine Kommission, der es schließlich gelang, ein Waffenstillstandsabkommen auszuarbeiten, das von beiden Seiten akzeptiert wurde. Das Abkommen enthielt in seinem ersten Teil Beschlüsse über die Feuereinstellung (1. Januar 1949) und die Demarkation einer Waffenstillstandslinie (27. Juli 1949). In seinem zweiten Teil sieht das Abkommen die Entmilitarisierung des umstrittenen Gebiets zur Vorbereitung einer Volksabstimmung über die endgültige staatliche Zugehörigkeit Kaschmirs vor. Dieser zweite Teil wurde bis heute nicht erfüllt.

Unbestreitbar trägt die Regierung in Indien die Hauptverantwortung für die Nichterfüllung des Übereinkommens. Sie wußte, daß ein Plebiszit der überwiegend mohammedanischen Bevölkerung unweigerlich zur Eingliederung Kaschmirs in den pakistanischen Staat führen würde und auch derzeit führen wird. Mit einer solchen Entwicklung glaubt sie sich nicht abfinden zu können. Und die Regierung in Neu-Delhi hat dafür eine Reihe triftiger Gründe: Kaschmir hat für Indien eine große ökonomische Bedeutung. Das Hochland verfügt über wichtige Bodenschätze; die reichen Vorkommen an Bauxiten und Eisenerz sind für den dringend notwendigen Aufbau der indischen Industrie ebenso bedeutsam, wie es die fruchtbaren Täler des derzeit indischen Teils für die Ernährung des 470-Millionen-Volkes sind. In Kaschmir liegt das Quellgebiet des Indus, wichtige Zuflüsse sind für die Bewässerung des nordwestlichen Teils von Indien unentbehrlich. Indien möchte sie nicht unter pakistanischer Kontrolle wissen. Schließlich hat der Raum von Kaschmir für Indien eine wichtige strategische Funktion. Besonders die in den letzten Jahren drastische Verschlechterung seiner Beziehungen zu China bestärkte Nehru und nun auch seinen Nachfolger Shastri in dem Entschluß, dieses Grenzgebiet — Grenzgebiet auch zu Afghanistan und der an der engsten Stelle nur 20 Kilometer entfernten Sowjetunion — unter militärischer Kontrolle zu halten.

Pakistan selbst hat diese Haltung Indiens durch seinen Entschluß, sich den von den USA initiierten Militärpakten SEATO und CENTO (dem Nachfolger des Bagdadpakts) anzuschließen, zweifellos noch versteift. In Neu-Delhi vertrat man die Meinung, daß die Politik der Blockfreiheit nur fortgeführt werden könne, wenn Indien auch militärisch stark genug sei, sich aller Provokationen und Anfeindungen zu erwehren. Die Besetzung Kaschmirs schien dazu eine unabdingbare Voraussetzung.

Der jüngste Krieg mit Pakistan ist von indischer Seite mit großer Gewißheit vor allem nur zu dem Zweck geführt worden, um die uneingeschränkte Gültigkeit dieser Doktrin zu demonstrieren. Vom ersten Tag an hat Neu-Delhi — trotz aller Kriegspropaganda — auf den begrenzten Charakter des Konflikts hingewiesen. Hier wußte man ebenso wie in Rawalpindi, daß dieser Krieg keinen Sieger hervorbringen kann. Das liegt nicht nur an der materiellen Schwäche der beiden Kontrahenten.

Nicht minder entscheidend — und schließlich auch ausschlaggebend für den Erfolg der Friedensappelle der UN — ist die Tatsache, daß die beiden Atomgroßmächte kein Interesse an einer Ausweitung des Konflikts haben. Sowohl die USA als auch die Sowjetunion haben unter Verzicht auf lautstarke Propaganda aktiv und nachdrücklich auf das Zustandekommen eines Waffenstillstands hingewirkt. Selbstverständlich haben beide Staaten eine Reihe höchst unterschiedlicher Motive für dieses gemeinsame Handeln,

aber sie treffen sich in dem Bestreben, der schnell heranwachsenden Atommacht China keine tragende Rolle in diesem blutigen Spiel um Kaschmir zuteil werden zu lassen.

Ohne Chinas Namen zu nennen, warnte die sowjetische Regierung in einer von TASS verbreiteten Erklärung: „. . . Keine Regierung darf es sich herausnehmen, Öl ins Feuer zu gießen. Der gefährlichen Entwicklung muß Einhalt geboten werden." Das spektakuläre Ultimatum der Chinesen an Indien, im Gebiet von Sikkim innerhalb von sechs Tagen militärische Einrichtungen abzubauen und bestimmte Gebietsstreifen zu räumen, hat das Zustandekommen eines Waffenstillstands an der indisch-pakistanischen Grenze nur noch dringlicher gemacht. Selbst die Haltung der mit Peking befreundeten pakistanischen Regierung deutete darauf hin, daß man sich über die indirekte Unterstützung wohl freute, eine allzu große Einflußnahme Chinas jedoch keineswegs wünschte. Stellt man alle diese politischen Elemente in Rechnung, dann ergibt sich, daß an eine politisch tragfähige Lösung des Kaschmir-Problems in nächster Zeit wahrscheinlich nicht zu denken ist. Es folgert aus ihnen aber auch, daß die Gefahr einer Ausweitung des indisch-pakistanischen Konflikts nicht akut ist.

Gewisse besorgniserregende Tendenzen der politischen Entwicklung in Indien zwingen jedoch dazu, an dieser Prognose einige Einschränkungen vorzunehmen. Einflußreiche Kreise des Landes haben — entgegen früheren Versicherungen der Regierung — den Ruf nach einer eigenen Atomwaffe laut werden lassen. Nicht nur die extrem nationalistische, in ihrer gesellschaftspolitischen Konzeption reaktionäre Opposition hat diese Forderung erhoben, auch in der — allerdings sehr heterogenen — Regierungspartei und sogar im Kabinett Shastri fanden sich Befürworter einer indischen Atomwaffe.

Die Begründung, es beürfe eines Gegengewichts zur chinesischen Militärmaschinerie, ist gleichermaßen unglaubwürdig wie unvernünftig. Die Forderung steht in allzu engem Zusammenhang mit dem Krieg gegen Pakistan, als daß sich nicht der Verdacht erhöbe, gewisse Kreise Indiens wünschen eine Lösung der Kaschmirfrage und anderer Grenzstreitigkeiten unter dem Druck einer indischen Atomdrohung. (In der Tat würde das wissenschaftliche und technische Potential Indiens ausreichen, um in einem Zeitraum von ein bis zwei Jahren eine erste Bombe zünden zu können.)

Die Folgen einer solchen Politik wären katastrophal. Sie führten nicht allein zu einer folgenschweren Verschärfung der internationalen Lage. Opfer einer solchen Entwicklung wäre vor allem Indien selbst, das seine drängenden innerpolitischen Probleme nur in einer Periode weitgehender außenpolitischer Stabilität lösen kann. Es braucht den Frieden, um die Leistungskraft seiner Wirtschaft zu verbessern. In Neu-Delhi sollte man zudem wissen, daß wirksame Hilfe von außen nur einem zuverlässig friedlichen und neutralen Indien zuteil werden kann. Ebenso gründen sich echte internationale Sicherheitsgarantien auf eine solche Grundhaltung. Ihre Wirksamkeit hat Indien — damals noch von Nehru geführt — in seinem Grenzkrieg mit China im Jahre 1962 erfahren. Darauf sollte es auch in Zukunft vertrauen. Nehrus Erkenntnis, daß sich internationale Streitfragen mit der Atombombe am allerwenigsten lösen lassen, gelten heute noch und auch für Indien. H. H.

Die Lage

Hans Heinz Holz

Deutsche Politik nach der Bundestagswahl

1.

Mit Spannung hat die Weltöffentlichkeit den Ausgang der Bundestagswahl vom 19. September erwartet. Die Zeit schien reif für einen Wechsel der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse, die deutsche Sozialdemokratie selbst hatte sich die Aussicht auf einen großen Sprung nach vorn ausgerechnet. Allmonatlich sprachen die Meinungsforschungsinstitute von einem „Kopf-an-Kopf-Rennen" der beiden großen Parteien. Die Reaktion der Bevölkerung auf die Wahlveranstaltungen der beiden Kanzlerkandidaten ließ eher eine Tendenz zugunsten Willy Brandts erkennen, der als Regierender Bürgermeister von Berlin nicht weniger Regierungserfahrung ins Feld zu führen hatte als Ludwig Erhard. Die CDU bot noch während des Wahlkampfs das Bild einer in sich zerstrittenen, uneinigen Partei, die in wesentlichen Grundfragen der Politik keine klare Konzeption entwickeln konnte. Noch nie sind die Chancen der SPD für einen Wahlsieg so groß gewesen wie in diesem Jahre 1965.

Es soll hier darauf verzichtet werden, die Methoden und Inhalte des Wahlkampfs zu untersuchen, aus denen allerdings rückblickend einige Schlüsse auf die Ursachen der Stagnation des politischen Lebens in der Bundesrepublik gezogen werden könnten. Denn eines ist sicher: der Wahlausgang hat nicht die Stabilität, sondern den Immobilismus der Bundesrepublik sichtbar gemacht. Der Verlierer dieser Wahl ist die funktionstüchtige deutsche Demokratie. Die Londoner „Times" hat aus der Erfahrung britischer Tradition mit Recht darauf hingewiesen, daß ein Handwechsel am Steuer zum innersten Wesen der demokratischen Staatsform gehöre; wo die Bevölkerung seit zwanzig Jahren mit fast gleichbleibenden Mehrheitsverhältnissen derselben Partei und denselben Männern den Vorzug gebe, müsse mit dem staatsbürgerlichen Denken etwas nicht in Ordnung sein. Wenn der „Sozialdemokratische Pressedienst" am Tage nach der Wahl erklärte: „Gewonnen hat diese Bundestagswahl die deutsche Demokratie. Die Wähler haben den Extremisten von rechts und links sowie einigen anderen Splittergruppen eine eindeutige Niederlage bereitet" — so ist diese Auslegung ein frommer Selbstbetrug. Die deutsche Demokratie war zu keiner Zeit seit der Gründung der Bundesrepublik 1949 von linken oder rechten Extremisten bedroht; sie ist jedoch von innen heraus gefährdet durch das Absterben eines lebendigen und wechselvollen Zusammen- und Gegeneinanderwirkens der parlamentarischen Gruppen, die im Wahlkampf mit wohl begründeten, echten Alternativen aufeinanderprallen. Unter den gegenwärtigen Umständen ist der Bundestag eher ein mehr oder weniger bürokratischer Gesetzgebungsmechanismus als ein Forum politischer Auseinandersetzungen und gesellschaftlich historischen Ringens. Seine ursprüngliche Aufgabe, ein Kampffeld zu sein, kann dem Parlament aber nur durch die Parteien und mittelbar also durch die von den Wählern ausgehenden Anstöße zurückgegeben werden. Insofern ist die Chance, die deutsche Demokratie am 19. September 1965 in Bewegung zu versetzen, von allen Beteiligten, von den kandidieren-

den Parteien sowohl wie von den auf sie reagierenden Wählern, vertan worden. Es ist zu untersuchen, was für Konsequenzen für die innenpolitische Situation der Bundesrepublik sich daraus ergeben.

2.

Es hat keinen Sinn, eine Niederlage zu beschönigen, man muß aus ihr lernen. Es hieße, sich selbst Sand in die Augen zu streuen, wenn man an der ersten Stellungnahme des „Sozialdemokratischen Pressedienstes" festhalten wollte, in der gesagt wurde: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat auch bei der Bundestagswahl am 19. September ihren seit mehreren Jahren feststellbaren Aufstieg fortsetzen können ... Im Ergebnis können wir also eine wesentlich gestärkte SPD, eine nur leicht ihren Anteil verbessernde CDU/CSU, eine abgeschlagene FDP und dadurch eine geschwächte Koalition registrieren." Tatsache ist: die SPD hat gegenüber dem Ergebnis von 1961 3,2% der Gesamtstimmen hinzugewonnen, die CDU/CSU 2,3%. Der geringfügige Unterschied in der Zuwachsrate von 0,8% darf in keiner Hinsicht als ein Erfolg der SPD gewertet werden. Beide Parteien haben auf Kosten des Wählerreservoirs, das bisher für die kleinen Parteien oder für die FDP stimmte, ziemlich gleichmäßig gewonnen, die FDP hat einen liberalen Wählerstamm behalten, der bei 9—10% liegt und genau dem Stand von 1953 entspricht[1]). Die CDU/CSU hat also ihre Stellung besser gehalten, als sie zu hoffen wagte. Die SPD ist in all ihren Absichten gescheitert: im ganzen erzielte sie keinen nennenswerten Einbruch in die Wählerkreise der CDU/CSU; es gelang ihr nicht, die Vierzigprozentgrenze zu überspringen oder gar mit der CDU/CSU gleichzuziehen; die CDU/CSU kam hart an die absolute Mehrheit der Sitze im Bundestag heran und hat es nicht nötig, auch nur an die Möglichkeit einer Großen Koalition zu denken. Seine Ziele nicht erreicht zu haben, ist jedoch eine Niederlage, besonders dann, wenn man bereit war, diesen Zielen wesentliche Teile der eigenen Konzeption zu opfern.

Nun gilt es allerdings, dieses Gesamtergebnis zu differenzieren, um daraus Folgerungen für die Marschrichtung innerhalb der Parteien zu ziehen. Die CDU hat großen Stimmenzuwachs zu verzeichnen in Schleswig-Holstein (von 41,8 auf 48,2%), in Hamburg (von 31,9 auf 37,6%), in Niedersachsen (von 39,0 auf 45,8%), in Bremen (von 27 auf 34%), in Baden-Württemberg (von 45,3 auf 49,9%); sie hat absolut Stimmen verloren in Nordrhein-Westfalen (von 47,6 auf 47,1%) und im Saarland von (49,0 auf 46,8%). Klammern wir einmal die Situation in den beiden Hansestädten aus, so erweist sich, daß der stärkste Rückhalt der CDU/CSU unverändert in agrarischen und kleinstädtischen Gebieten zu finden ist, während die konfessionelle Gliederung von geringerer Bedeutung zu sein scheint: der protestantische Norden hat nicht weniger dezidiert für die CDU gestimmt als der katholische Süden. Die Wählermasse der Unionsparteien rekrutiert sich aus bäuerlichen und mittelständischen Schichten.

Demgegenüber hat die SPD einen erheblichen Stimmengewinn zu verzeichnen in Nordrhein-Westfalen (von 37,3 auf 42,6%) und im Saarland (von 33,5 auf 39,8%), einen absoluten Rückgang indessen in Bremen (von 49,7 auf 48,5%). Das heißt: in den Industrierevieren an Rhein, Ruhr und Saar, wo die Gewerkschaften einen maßgeblichen Einfluß auf die politische Urteilsbildung ausüben, hat die SPD ihre stärkste Position. Ihre Wählermasse liegt nach wie vor bei den Ar-

[1]) Nachstehend eine Vergleichstabelle der vier letzten Bundestagswahlen in Prozentzahlen:

	1965	1961	1957	1953
CDU/CSU	47,6	45,3	49,8	45,2
SPD	39,3	36,2	31,8	28,8
FDP	9,5	12,8	7,7	9,5
GDP/BHE	—	2,8	8,0	9,1
Sonstige	3,6	2,9	2,7	7,7

beitern, ihre Hochburgen sind die beiden Hansestädte, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Ziehen wir das Fazit aus dieser Übersicht: es gibt eine deutliche regionale und klassenmäßige Schichtung innerhalb der Wählerschaft; die Parteien sind Ausdruck gesellschaftlicher Gruppierungen. Folglich hat die Haltung der Parteien in grundlegenden gesellschaftspolitischen Fragen von der Einstellung der Wählerschichten auszugehen, deren Mehrheit sie jeweils repräsentieren. Für die SPD bedeutet das, daß sie bei ihren politischen Entscheidungen auf die Vorstellungen der Gewerkschaften unumgänglich Rücksicht nehmen muß; daß sie zugleich aber auch von der Auffassung abkommen muß, durch eine weniger präzis formulierte Programmatik eine soziologisch nicht spezifizierte „Volkspartei" werden zu können. Der Weg zur Volkspartei führt vielmehr über die politische Aufklärung des Wählers, der von der Sache her überzeugt werden muß, wo seine Interessen besser aufgehoben sind.

3.

Betrachten wir zunächst die Situation der CDU/CSU. Daß ihre Wähler vorwiegend aus bäuerlichen und mittelständischen Schichten kommen, besagt nicht, daß die Partei auch eindeutig der Interessenvertreter dieser Schichten ist. Denn die politische Konzeption der CDU/CSU als einer typischen Honoratiorenpartei wird von einem verhältnismäßig engen Kreis von Personen bestimmt, die den Zugang zu den Finanzquellen eröffnen und folglich mit den Spitzen der Wirtschaft liiert sind. So waren zum Beispiel von jeher die Mittelstandsbelange bei der CDU/CSU de facto schlecht aufgehoben, wenn auch immer wieder von ihnen gesprochen wurde. Aber auch die Interessen von Schwerindustrie, Handel und Bauern gehen keineswegs immer konform. Demzufolge haben sich innerhalb der CDU/CSU gegensätzliche Strömungen herausgebildet, die unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers, der zugleich Regierungschef und Parteiführer war, durch eine autoritäre Geschäftsführung niedergehalten wurden. In den zwei Jahren der Kanzlerschaft Ludwig Erhards, der den Parteivorsitz nicht innehat, traten sie dann um so stärker zutage. Es entstand das Bild einer Partei, die in sich befehdende Gruppen aufgespalten ist. Der CDU-Wähler wußte am 19. September 1965 in der Tat nicht, wem er eigentlich seine Stimme abgab. Jürgen Tern spricht in der „Frankfurter Allgemeinen" von der „Uneinigkeit in den Führungskreisen" (der CDU), er notiert das verwirrende Spiel „der stillen und geflüsterten Vorbehalte, glatter Unverbindlichkeiten und regelrechter Intrigen", er schreibt klar und deutlich, daß Erhard einen Wahlsieg gegen Adenauer und Strauß und gegen die Vertreter der Großen Koalition errungen habe, die ihm vor der Wahl das Leben schwer gemacht hätten, und schreibt weiter: „Man sollte sich keineswegs scheuen, sich dieses unwürdigen, verkehrten Spiels zu erinnern." Das sind unmißverständliche Worte aus dem Munde eines Mannes, der es wissen muß. Die CDU/CSU ist in sich keine Einheit. Was sich nach außen für den Zeitungsleser als personeller Kampf um Positionen abzeichnet, was mit Kontrapositionen wie Adenauer-Erhard, Strauß-Schröder in der Öffentlichkeit namhaft gemacht wurde, sind in Wirklichkeit Machtkämpfe verschiedener Interessengruppen, die sich in den Unionsparteien verknäuelt haben. Gemeinsam ist diesen Gruppierungen der Wille, die Teilhabe an der Macht nicht abzugeben, sondern sie möglichst gegen demokratische „Zufälle" abzusichern. Darum wird die SPD weiterhin als Bedrohung empfunden, die — sei es durch „Umklammerung" (Konzept der Großen Koalition), sei es durch Ausschaltung (Konzept der Formierten Gesellschaft) — unschädlich gemacht werden muß. Auch diesen Gedanken hat Jürgen Tern anklingen lassen[2]). Allen Gruppen innerhalb der CDU/CSU liegt

[2]) FAZ vom 21. September 1965.

folglich daran, den demokratischen Bewegungsspielraum weiter einzuengen. Die Partei ist ihnen ein Machtinstrument, mit dessen Hilfe man auf legale parlamentarische Weise durch Mehrheitsentscheidungen eine konservative Konsolidierung der bestehenden Gesellschaftsstruktur und ihres parlamentarischen Spiegelbildes erreichen kann. Die Beherrschung der Informationsmedien, die Abdrängung vernünftiger Argumentation durch Reklametricks, die an das Unterbewußtsein appellieren, die Kontrolle der Institutionen durch eine aus den eigenen Reihen stammende Bürokratie, die Verlagerung der politischen Entscheidungen in geschlossene Ausschuß-Sitzungen und die damit verbundene Entwertung des Bundestagsplenums und viele andere Maßnahmen dienen letzten Endes der Unterwanderung der Demokratie mit quasi-demokratischen Methoden. Es gibt genügend Äußerungen von führenden Vertretern der Unionsparteien, die nicht gerade für Respekt vor Geist und Buchstaben des Grundgesetzes zeugen. Man wird sich also in der fünften Legislaturperiode des Deutschen Bundestags auf einige offene oder untergründige Angriffe gegen die demokratische Struktur unseres Staates gefaßt machen müssen. Dazu gehört die geplante Entmachtung des Parlaments durch eine Finanzreform, die das aktive Ausgabenrecht ausschließlich in die Kompetenz der Bundesregierung stellen und den Haushaltsausgleich auf Kosten der Sozialausgaben ermöglichen würde; eine Finanzreform, die zugleich auf Kosten der Befugnisse von Ländern und Gemeinden den Einfluß des Bundes weiter stärken soll. Dazu gehört die vorgesehene Wiederaufnahme der verfassungsändernden Notstandsgesetzgebung. Dazu gehört der Vorstoß in Richtung auf ein einfaches Mehrheitswahlrecht. Dazu gehören aber auch interne Vorgänge wie die Ausschaltung ziviler Kontrolle bei der Bundeswehr und vieles andere mehr.

Es ist nicht gut, wenn die Macht zu lange in einer Hand bleibt, da es in der modernen Massengesellschaft zu viele Möglichkeiten gibt, die Macht zu manipulieren. Wähler, für die das „Image" Ludwig Erhards ausschlaggebend war, werden wenig Widerstand gegen eine Manipulierung ihrer selbst aufbringen, wenn nicht bald sachliche Argumente an die Stelle werbewirksamer Slogans treten. Eine Erneuerung des politischen Lebens in der Bundesrepublik ist überfällig, und diese Erneuerung kann nur von einer Opposition ausgehen, die sich ihrer konstitutionellen Funktion und ihrer pädagogischen Aufgabe bewußt ist.

4.

Wie ist es nun um die Opposition bestellt? Nach Lage der Dinge gibt es auf parlamentarischer gesetzgeberischer Ebene nur eine einzige Oppositionspartei, die SPD. Sie hat in den vergangenen Jahren und im besonderen Hinblick auf die Wahl vom 19. September eine Taktik der Anpassung an die CDU betrieben. Einige Monate lang haben die Karikaturisten der Weltpresse ein unerschöpfliches Thema darin gefunden, die bis in die Nuancen der Diktion ununterscheidbaren Kampagnen der SPD und der CDU nebeneinanderzustellen und zu zeigen, daß der Wähler in der Bundesrepublik eigentlich gar keine Wahl hatte, weil eine Wahl eben eine A u s w a h l zwischen deutlich verschiedenen Möglichkeiten darstellt. Das scherzhafte Schlagwort „SPD — die beste CDU, die es je gab" ist wohl charakteristisch für den Eindruck, den man im In- und Ausland vom deutschen Wahlkampf 1965 gewonnen hat. Die SPD hat sehen müssen, daß die Anpassung an die Politik der gegnerischen Partei ihr weder einen nennenswerten Einbruch in deren Revier erlaubte noch ihr eine Regierungsbeteiligung in Form der Großen Koalition verschaffte. Wohl aber zeigte sich, daß dort, wo die Zentren kritischer Auseinandersetzung mit der bisherigen Regierung lagen, wo es eine Konfrontation zwischen einer von den Gewerkschaften als Aktionszentrum ausgehenden Alternative und der Regierungspolitik gab, die

SPD erhebliche Einbrüche in die CDU-Front erzielen konnte. Eine Analyse des Wahlausgangs nach regionalen Gesichtspunkten ergibt deutlich den Mißerfolg jener Taktik der Akkomodation, die sich im Bewußtsein der Öffentlichkeit mit dem Namen Herbert Wehners verbindet und durch die die SPD von der CDU ins Schlepptau genommen werden konnte. In vielen großen Zeitungen, insbesondere der Nachbarländer der Bundesrepublik, wurde es als selbstverständliche Konsequenz des Wahlergebnisses angesehen, daß die Politik der SPD sich grundsätzlich umorientieren müsse. Als einer unter mehreren schrieb der Bonner Korrespondent der Basler „Nationalzeitung", daß nun wohl personelle Veränderungen im Partei- und Fraktionsvorstand der SPD angebracht seien. Und einhellig war die Meinung, daß eine Oppositionspartei nur dann Chancen habe, sich durchzusetzen, wenn sie auch erkennbar in Opposition zur herrschenden Regierungspartei stehe; bei einer demokratischen Wahl gehe es eben nicht nur um einen

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

DFU muß wachen!

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Wechsel der Regierungsmannschaft, sondern um einen Wechsel der politischen Konzeptionen. Solange die Opposition keine einleuchtende Alternative anzubieten habe, werde sie der bestehenden Mehrheit kaum den Rang ablaufen können.

Diese Stimmen aus Ländern mit Erfahrungen im demokratischen System (wie England, die skandinavischen Länder, die Schweiz) sind beachtenswert. Die SPD hat keine Niederlage erlitten, von der sie sich „erholen" müßte, denn sie hat keine Stimmen eingebüßt, sondern im Rahmen der Konzentration der Wählerschaft auf drei Parteien Stimmen dazugewonnen. Nur hat sich gezeigt, daß der begangene Weg nicht weiterführt, weil an seinem Ende keine Wählerbewegung von einer zur anderen Seite, sondern eine Stagnation der großen Wählermassen, eine Immobilität der Mehrheit der Wählerschaft steht. Eine Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse war auf diese Weise nicht zu bewirken. Wehners Methode ist gescheitert. Die SPD muß sich nun schleunigst auf

die Ausarbeitung einer klaren oppositionellen Linie konzentrieren. Sie muß den Handlungen der Regierung eindeutige Positionen entgegenstellen, deren Grundlage durchaus das Godesberger Programm sein könnte. Die Zeit des Liebäugelns mit der Großen Koalition, die Zeit des Entgegenkommens um einer möglichen Regierungsbeteiligung willen ist jetzt vorbei. Zugeständnisse sind jetzt nicht mehr am Platze, die SPD muß zeigen, daß sie etwas anderes will als die CDU. Sie muß wieder Alternativen zeigen, sie muß in den kommenden vier Jahren den Wähler dazu erziehen, daß er wieder auf politische Argumente achtet, statt sich mit den Methoden der Konsumgüterwerbung umschmeicheln zu lassen. Gerade weil die CDU die Reklame an die Stelle der Politik gesetzt hat, muß die SPD die Reklame durch Politik überwinden. Beharren auf dem bisherigen Kurs würde das Ende der Demokratie als politischer Bewußtseins- und Verhaltensform, das Ende der Mündigkeit des Staatsbürgers bedeuten. Denn die Demokratie lebt vom Gegensatz und fordert die Kontradiktion. Der eine löst den anderen nur ab, wenn er etwas anderes zu bieten, eine Alternative zur Diskussion zu stellen hat; Opposition heißt: Alternativmöglichkeiten bereitstellen. Oppositionspolitik muß dem Wähler zeigen, daß es einen zweiten Weg gibt, der von dem der Regierung verschieden ist. Und sie muß, durch ihr Dasein, ihre Aktivität und notfalls ihr Sperrvotum im Parlament eine Regierungsmehrheit daran hindern, einen Weg einzuschlagen, der für falsch, für schädlich oder für gesetzwidrig gehalten wird. Das heißt weiter: Opposition muß sich vier Jahre im Parlament als Opposition bewähren, wenn sie Aussicht haben will, auch vor dem Wähler zu bestehen. Das sind elementare Wahrheiten der Demokratie, die die SPD vergessen hatte und die sich durch den Ausgang der Wahl vom 19. September bestätigt haben. Es wäre verhängnisvoll, wollte die SPD dieser Selbstbesinnung aus dem Wege gehen und sich damit bescheiden, daß die stetige Steigerung des Stimmenanteils seit 1957 „ein gutes Ergebnis" sei, wie es im „Sozialdemokratischen Pressedienst" hieß.

5.

Die Situation im fünften deutschen Bundestag ist eindeutig. Die CDU/CSU hat einen klaren Vorsprung, der ihr das Anrecht auf die Regierungsbildung gibt. CDU/CSU und FDP bilden eine regierungsfähige Mehrheit für ein bürgerliches Regierungsprogramm. Die SPD ist eine Opposition, deren Stärke ihr Gewicht und einen weiten Operationsradius gibt. Verfassungsänderungen darf es nach diesem Wahlergebnis nicht geben — denn der SPD ist ihr Mandat erteilt worden mit dem unausgesprochenen Auftrag der Wähler, Eingriffe in das System unseres demokratischen Staatswesens zu verhindern; die hohen SPD-Gewinne in den Industrierevieren, wo der gewerkschaftliche Widerstand gegen die verfassungsändernden Notstandsgesetze von den Wählern honoriert wurde, ist in dieser Hinsicht eine nicht zu ignorierende Verpflichtung. Die verhältnismäßige Stärke der Parteien bestimmt also das Gesicht und die Funktionsweise des fünften deutschen Bundestags: keine absolute Mehrheit für die CDU/CSU, die darum auf die rechtsstaatlichen und liberalen Grundsätze ihres kleineren Koalitionspartners Rücksicht nehmen muß; eine starke Opposition als Hüterin der Verfassung und mit der Aufgabe, alternative politische Konzeptionen zu entwickeln. Somit ist eine Verteilung der staatspolitischen Funktionen zwischen Regierungskoalition und Opposition eindeutig gegeben. Wenn jede der im Bundestag vertretenen Parteien ihre Rolle kompromißlos spielt, ist ein demokratischer Verlauf von Legislative und Exekutive gewährleistet.

Alles hängt nun davon ab, daß die Opposition sich auf die ihr zukommende Aufgabe in einer Demokratie besinnt, daß sie nicht länger als Anhängsel einer

CDU/CSU, fasziniert von deren fünftem Wahlerfolg, sich manipulieren und überfahren läßt. Der kämpferische Ton Kurt Schumachers muß im neuen Bundestag wieder zu hören sein. Das ist das Lebensgesetz einer Partei im Parlamentarismus. Und in diesem besonderen Falle ist es das Überlebensprinzip der SPD, die sich selbst ein für allemal entmannen würde, wenn sie sich nicht jedem Zugriff auf die Verfassungsgegebenheiten der Bundesrepublik mit aller Kraft entgegenzustemmen bereit wäre. Denn unsere Verfassung ist so gebaut, daß sie der unterschiedlichen Verteilung der Parteistärken im Bundesgebiet Rechnung trägt. Es gibt reservierte Rechte und Zuständigkeiten der Länder, es gibt eine Basisdemokratie in den Gemeinden. In einigen Ländern steht die SPD vorn, in den Großstädten liegt das Zentrum ihrer politischen Kraft. Den Föderalismus und die kommunalen Kompetenzen zu erhalten, eine Zunahme der Machtkonzentration bei der Bundesregierung zu verhindern, ist ihr vitales Interesse; da darf es unter keinen Umständen Zugeständnisse geben (das gleiche gälte für die CDU/CSU, die, wenn sie in der Opposition wäre, zugunsten ihrer ländlichen Wählerschaft auf denselben Verfassungsprinzipien bestehen müßte; so ausgeglichen ist das Grundgesetz konzipiert). Weiter: es gibt keinen Notstand, der so groß sein könnte, daß man seinetwegen schon jetzt unsere demokratische Staatsform antasten müßte. Die Politik der kleinen und großen Kompromisse in Notstandsfragen, die die SPD vor den Wahlen betrieben hat und die schon genügend schlimme Ergebnisse in Form der bisher verabschiedeten einfachen Notstandsgesetze gezeitigt hat, darf auf gar keinen Fall weitergeführt werden. Welche „Verbesserungen" auch an dem jetzt vorliegenden Entwurf der Verfassungsänderung noch vorgenommen werden sollten, die SPD darf sich dazu kein „Ja" abringen lassen; denn dieser Entwurf ist so schlecht, daß er durch keine Ausfeilungen erträglich gemacht werden könnte.

Verfassungsfragen sind Machtfragen. Die SPD ist stark genug, um ihrer Aufgabe gerecht werden zu können, die Machtausübung zu kontrollieren. Sie hat nicht den mindesten Anlaß, einer seit sechzehn Jahren bestehenden und für vier weitere Jahre bestätigten Mehrheit mehr Macht zuzuschanzen, als diese ohnehin kraft ihres Wahlsieges besitzt. Im Gegenteil. Sie muß dafür sorgen, daß diese Macht, die schon zu lange in denselben Händen liegt, nicht über das in der bestehenden Verfassung hinaus vorgesehene Maß weiter befestigt und verewigt wird. Eine Opposition ist nur dann Opposition, wenn sie in allen Fragen höchste Wachsamkeit walten läßt. Ein Parlament ist kein Kompagnongeschäft zur gemeinsamen Ausübung der Macht, sondern eine Institution zur gegenseitigen Kontrolle und Machtbegrenzung. Die Phase des „good will" von seiten der Opposition ist vorbei. Wenn es einmal der Gedanke der sozialdemokratischen Politiker war, daß die Folgen des Krieges nur durch eine Allparteienregierung beseitigt werden könnten, so daß die Verantwortung gleichmäßig verteilt würde, so hat die Politik der CDU/CSU einen solchen Gedanken illusionär gemacht. Denn mit dieser Politik ist bis jetzt kein Schritt auf einen Abschluß der Kriegsfolgezeit hin getan worden. Sollte es einmal dazu kommen, daß in einem Friedensvertrag für Deutschland oder in einem internationalen Abkommen über die Regelung der deutschen Frage und eines europäischen Sicherheitssystems bindende Verpflichtungen übernommen und ein endgültiger Status Nachkriegsdeutschlands akzeptiert werden, so müßten solche Verträge natürlich vom Bundestag einstimmig ratifiziert werden, müßte jede der Parteien für das Ergebnis einstehen. Wie die Dinge liegen, scheint von der CDU jedoch keine Initiative dieser Art zu erwarten zu sein. Die Politik dieser Partei verschärft eher die Spannungen, die sich aus der unklaren völkerrechtlichen Situation Deutschlands ergeben, als daß sie zu deren Abbau beitrüge. Auch hier muß die Opposition eine neue Linie erarbeiten.

Der fünfte deutsche Bundestag sieht sich vor Aufgaben gestellt, die einer unnachgiebigenOpposition bedürfen, wenn die deutsche Demokratie nicht darüber zerbrechen soll. Der Bundeskanzler, Prof. Ludwig Erhard, hat ein gesellschaftspolitisches Programm entwickelt[3]), das eine grundlegende Veränderung unserer staatlichen Substanz nach sich zöge. Die Wähler der SPD, die Arbeitnehmerklasse, die Gewerkschaften im besonderen, sind davon zuerst und am schwersten betroffen. Die Gegenposition ist im Gewerkschaftlichen Aktionsprogramm umrissen. In der kommenden Legislaturperiode werden die gesellschaftlichen Kräfte und Ideen hart aufeinanderprallen. Darum muß sich auch die SPD dafür rüsten, einen harten Kurs zu steuern.

6.

Wir sprachen vom Parlament. Dort geht es um drei Parteien und um die Auseinandersetzung zwischen den von ihnen repräsentierten Kräften. Die vergangenen Jahre haben gelehrt, daß die SPD eine schwache Opposition war. Das kann anders werden. Doch haben sich die Demokraten, die gegen eine Aushöhlung unserer Verfassung und unserer Rechtsstaatlichkeit kämpften, auf diese Hoffnung bisher nicht verlassen können. Es hat sich eine außerparlamentarische Opposition formiert, die, wenn sie auch nicht auf den Bänken des Bundestags vertreten war, dort auch nicht überhört werden konnte. Die gemeinsamen Aktionen von Gewerkschaften, Professoren, Studenten, von kirchlichen Kreisen und unabhängigen Intellektuellen haben eine überraschende und vorschnelle Verabschiedung der Notstandsverfassung vereitelt. Wir haben erfahren, daß die parlamentarische Demokratie um so besser funktioniert, je stärker auch in der Öffentlichkeit die dezidierte Anteilnahme am politischen Geschehen ist. Auch für die kommende Legislaturperiode bleibt also die Aufgabe bestehen, eine außerparlamentarische Opposition wachzuhalten, die den Vorgängen im Bundeshaus mit Wachsamkeit folgt und warnend ihre Stimme erhebt, wenn Gefahr für unsere Demokratie besteht. In vorderster Front dieser außerparlamentarischen Opposition werden natürlich weiterhin die Gewerkschaften stehen, die auch am nachhaltigsten in die Parteien hineinwirken können. Daneben muß die Kontrollfunktion der Presse, des Rundfunks, des Fernsehens intakt gehalten werden! Die Unabhängigkeit der Informationsmedien ist ein unabdingbares Moment der Demokratie. Aktionsgruppen aller Art können ad hoc die Aufgabe der Aufklärung der Bevölkerung übernehmen und müssen die politische Aktivität des Staatsbürgers mobilisieren. Das Beispiel der alten und großen Demokratien zeigt uns, daß Politik nicht nur in den gewählten Gremien, sondern überall in der Öffentlichkeit gemacht und entschieden wird. Es gibt Ansätze, den Immobilismus des politischen Lebens in der Bundesrepublik zu überwinden. Diese Ansätze zu entwickeln, ist eine Aufgabe, die allen demokratischen Kräften gestellt ist und zu der es in den kommenden vier Jahren nicht an Gelegenheit mangeln wird.

[3]) Reinhard Opitz, Der große Plan der CDU, Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9/1965.

Franz Joseph Humpert

Rüstungswirtschaft in der Bundesrepublik

„Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus" heißt der Titel eines hochaktuellen Buches, das soeben in der verdienstvollen „res novae"-Reihe der Europäischen Verlagsanstalt erschienen ist. Sein Verfasser — Fritz Vilmar — ist in den letzten Jahren mit sozial-, wirtschafts- und ideologischen Aufsätzen hervorgetreten; besonderes Aufsehen erregten seine in Zusammenarbeit mit Horst Simanowsky entstandenen Studien über „Die Welt des Arbeiters". Vilmar gibt in seiner neuen Untersuchung — der wohl ersten zusammenhängenden Darstellung des Problembereichs — „Rechenschaft von den Rüstungs- und Abrüstungstendenzen im 20. Jahrhundert unter dem in der akademischen Politilogie und Historie meist vernachlässigten Aspekt kapitalistischer Produktionsverhältnisse". „Dabei konzentriert sich die Darstellung, zu gesellschaftpolitischer Stellungnahme herausfordernd, auf folgende Schwerpunkte: den Zusammenhang von Spätkapitalismus und Krieg im 20. Jahrhundert; die fatale konjunkturpolitische Bedeutung überdimensionaler Rüstungsproduktion in der spätkapitalistischen Ökonomie; demgegenüber die — alle strategischen Ideologien ad absurdum führende — Ausweglosigkeit der Militärpolitik (besonders für Deutschland) im Zeitalter der Atomwaffen; die Unlösbarkeit der elementaren Friedensaufgaben ohne Abrüstung; die vorhandenen Ansätze einer realistischen Abrüstungspolitik; die vorhandenen theoretischen Modelle zur Umstellung der Rüstungswirtschaft auf Friedenswirtschaft; demgegenüber aber wiederum die massiven spätkapitalistischen Widerstände gegen Abrüstungspolitik und -ökonomie und daher letzten Endes: die Abhängigkeit einer entschiedenen Wendung des ‚Kräfteparallelogramms' ins Positive vom Engagement der Staatsbürger zur Umwandlung dieser spätkapitalistischen Gesellschaft in eine soziale Demokratie." Die Grundthese Vilmars ist, daß „die Rüstungen überdimensional entwickelt" sind, daß diese überdimensionale Entwicklung der Rüstungen „nicht nur außenpolitisch, sondern vor allem kapitalistisch-innenpolitisch begründet" ist und daß daher „der Frieden in der Welt" wesentlich von der Fähigkeit des eigenen gesellschaftlichen Systems abhängt, „anstelle der traditionellen, die Herrschaft der alten Machteliten stabilisierenden Gewaltpolitik eine fortschrittliche, über die eigenen Grenzen hinaus wirkende Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu betreiben". „Das gilt für den Westen wie für den Osten. Wir aber, im Westen, haben bei uns damit zu beginnen."

Wir geben im folgenden einen ausführlichen Bericht über eines der aufschlußreichsten und uns am unmittelbarsten berührenden Kapitel des Buches: „Rüstungswirtschaft in der Bundesrepublik."

Rüstungswirtschaftliche Entwicklung 1954—1964

Das Rüstungsbudget der Bundesrepublik ist zum zweitgrößten innerhalb der NATO angewachsen. Der Anteil der Rüstungsausgaben der Bundesrepublik stieg in den Jahren 1956 bis 1964 von 10 v. H. auf 32 v. H. des Bundeshaushalts*). Diesem verhältnismäßig rasch wachsenden Anteil der Militärausgaben steht die Entwicklung in den anderen Ländern gegenüber, die fast stagnierend, teilweise sogar rückläufig war. (In der Bundesrepublik erst seit 1964 eine ähnliche Tendenz zum Stagnieren der Ausgaben auf dem freilich erschreckend hohen Niveau von 30% des Bundesetats.) Es bleibt abzuwarten, ob der Knick in der Entwicklungs-

*) Der folgende ausführliche Buchbericht folgt streckenweise wörtlich dem Buchtext (S. 79—119). Quellennachweise sind ggf. dort zu finden.

kurve der Beginn einer dauerhaften Mäßigung in bezug auf die Rüstungsbeträge bedeutet, oder ob — nach 1965 als dem Jahr der Wahlgeschenke der Regierung — in Kürze ein neuer Aufschwung der Rüstungsausgaben zu erwarten steht. Erschreckend und eines sozialen Rechtsstaats unwürdig bleibt die gegenläufige Entwicklung der Rüstungs- und der Sozialausgaben des Bundes. Angesichts einer solchen Vernachlässigung der Kultur- und Sozialinvestitionen muß der Betrag von 18 bis 20 Milliarden DM für die Bundeswehr als ein gewaltiges Hemmnis unserer kulturellen und sozialen Entwicklung betrachtet werden, die viel wesentlicher für die künftige Auseinandersetzung mit dem östlichen Gesellschaftssystem sein wird als die gesellschaftspolitisch wirkungslose Aufrüstung.

Westdeutsche Rüstungs- und Sozialausgaben in v. H. des Bundeshaushalts:

	Bundeshaushalt in Mrd. DM	Rüstungsausgaben in Mrd. DM	in v. H. des Bundeshaushalts	Sozialausgaben in Mrd. DM	in v. H. des Bundeshaushalts
1955	29,69	0,10	0,3	9,814	42,6
1963	58,77	19,03	32,4	14,781	26,9

Neben den finanziellen Lasten, die der deutschen Volkswirtschaft hier aufgebürdet werden, ist die Bindung eines bedeutenden Arbeitskräftepotentials nicht zu vergessen: die Zahl der in militärischen Diensten Stehenden wird nach Bonner Berechnungen um 1970 etwa 750 000 betragen — die in der Rüstungsproduktion Tätigen nicht mitgerechnet.

Gegenüber Vorwürfen der USA, die Bundesrepublik übernehme nicht genügende Rüstungslasten, verweist Vilmar auf statistische Berechnungen, die ergeben, daß die Pro-Kopf-Leistungen der Westdeutschen kaum mehr kleiner als die der anderen europäischen „Groß"mächte und daß das Pro-Kopf-Einkommen der Amerikaner doppelt so groß ist wie das westdeutsche:

	A. Verteidigungsausgaben B. Sozialprodukt pro Kopf, in US-Dollar (1962)	
USA	295	2723
England	95	1286
Frankreich	94	1255
BRD	85	1327

Rüstungswirtschaftliche Interessen der Industrie

„Nie mehr Panzer und Kanonen! Diese Nachkriegsparole der deutschen Wirtschaft ist längst nicht mehr gültig. Im Gegenteil, Rüstungsaufträge sind heutzutage umworben und begehrt, sie sind alles andere als suspekt. Dieser Situationswandel erstreckt sich keinesfalls nur auf die Lieferung von Unterwäsche, Uniformen und sogenanntem ‚weichen Gerät', auch bei ‚hartem' Rüstungsmaterial werden in der Bundesrepublik seit geraumer Zeit beachtliche Produktionsinitiativen entfaltet." Mit diesen Sätzen charakterisierte bereits zu Beginn des Jahres 1962 der gewiß nicht besonders sozialkritische „Volkswirt" die immer deutlicher und stärker werdende neue Hinwendung des westdeutschen Kapitals zum Rüstungsgeschäft.

Anhand der Jahresberichte der „Bundesvereinigung der Deutschen Industrie" zeigt Vilmar, wie die Industrieherren einerseits die Pose der Distanzierung, des sich widerwillig Beugens annehmen — andererseits aber immer energischer fordern, bei der Planung und Auftragsvergabe der Rüstung gebührend beteiligt zu werden. Da man mit Exportaufträgen noch gut eingedeckt ist, kann man es sich leisten (1955) zu sagen: „Die deutsche Industrie (ist) sich klar darüber, daß der auf diesen Konferenzen (London und Paris 1954) beschlossene deutsche Wehrbeitrag nicht als Zugeständnis eines Vorrechts für Deutschland anzusehen ist, sondern als eine Pflicht, die mit einer ernsten finanziellen und auch psychologischen Belastung verbunden ist. Die deutsche Industrie ist aber bereit, diese Belastung zu tragen (!), weil sie sich ihrer Verpflichtung zur Verteidigung des Friedens und der Freiheit bewußt ist. Es fällt ihr nicht leicht, sich zu dieser Einstellung durchzuringen nach der allgemeinen Verleumdung und Herabsetzung, der sie sich im besonderen Maße nach diesem Krieg ausgesetzt sah, nach dem bösartigen Herausstellen der Gewinnsucht als des angeblich einzig leitenden Gedankens bei der Rüstungsfertigung in der Vergangenheit, nach den unwürdigen Maßnahmen, denen führende Persönlichkeiten der Industrie ausgesetzt waren." (BDI-Bericht 1954/55.) In der Tat: Die Attitüde des widerstrebend sich Fügenden ist die eleganteste Haltung in der außerordentlich heiklen Situation der westdeutschen Industrie nach 1945, mit der einen Hand noch die berechtigten Vorwürfe der Kollaboration mit Hitler abwehren, mit der anderen aber zugleich nach neuen Rüstungsaufträgen greifen zu müssen.

Der BDI-Bericht 1956/57 meldet bereits eine Ausdehnung der „verteidigungswirtschaftlichen Arbeitsgruppen" auf 27. Zeitweise (1961) waren es sogar 100. Immer stärker seit 1956 drängt die Industrie danach, daß aus ihren Reihen Vertreter als wirtschaftlich-technische Beiräte von der Regierung akzeptiert werden. 1957 werden beispielsweise Vorschläge zur Bildung von Verteidigungsbeiräten unterbreitet, die von der deutschen Forschungsgemeinschaft und dem BDI besetzt werden und in Forschungs- wie in wehrtechnischen Fragen die Regierung beraten sollen. Und ein Jahr später heißt es: „Es war von Anfang an klar, daß eine Neubildung der sogenannten Selbstverwaltungsorgane der Kriegswirtschaft, insbesondere der Ausschüsse und Ringe des früheren Reichsministers für Rüstungs- und Kriegsproduktion, nicht in Frage kommen konnte. Diese waren Leitstellen der Kommandowirtschaft gewesen mit Anordnungsbefugnissen von der Investition bis zur Schließung von Betrieben. Demgegenüber sollte nun ein neutrales fachliches Beratungswesen entwickelt werden, das dem Staate die Entscheidungen nicht ab- oder vorwegnahm, sondern das ihm seine Entscheidung durch Andienung des Fachwissens der Industrie erleichtert."

Das Drängen des westdeutschen Kapitals, bei den staatlichen Rüstungsplanungen ihre industriellen Arbeitsgruppen und Berater einzuschalten, muß auf dem Hintergrund des Verlangens verstanden werden, einerseits möglichst früh zu möglichst langfristigen Planungen und Auftragsvergaben zu kommen, andererseits aber die Rüstungswirtschaft keineswegs staatswirtschaftlichen oder gar gemeinwirtschaftlichen Tendenzen — sei es auch nur in Gestalt intensiverer staatlicher Preiskontrollen — zu überantworten. So wird seit 1955 in den BDI-Berichten mehrfach die Forderung erhoben, der Industrie langfristige Zeitpläne über die geplanten Beschaffungen, über die Größenordnung des Rüstungsbedarfs zur Verfügung zu stellen, damit sie sich darauf einrichten könne. Andererseits aber heißt es: „Wo es nur irgend angeht, sollen die marktwirtschaftlichen Grundsätze auch in der Verteidigungswirtschaft den Ausschlag geben. Deshalb hat sich der BDI nachdrücklich gegen staatliche Waffenfabriken ausgesprochen."

Politische Hintergründe der Rüstungsimporte

Der Demonstration des Desinteresses der westdeutschen Industrie am Rüstungsgeschäft, der Behauptung, die Wiederaufrüstung sei im Grunde eine Belastung, spricht nun am deutlichsten hohn das sich verstärkende Drängen der Industrie, das in den Berichten ihrer Dachorganisation immer neu zum Ausdruck kommt: das Verhältnis von Auslands- und Inlandsaufträgen zugunsten der letzteren zu verschieben.

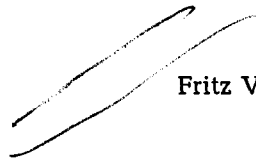
Aus den amtlichen Statistiken und Verlautbarungen ergibt sich, wie Vilmar zeigt, daß im Durchschnitt in den letzten Jahren 40—50% der westdeutschen Rüstungsaufträge ans Ausland vergeben wurden.

Bereits im Jahre 1956 fanden Besprechungen führender Vertreter der Industrie mit Bundesministern zur Frage Inlandsbeschaffung oder Rüstungseinfuhren statt. Die Unternehmervertreter haben dabei gefordert, Rüstungsaufträge sollten nur dann ins Ausland gehen, wenn die Herstellung im Inland nicht möglich oder nicht lohnend oder wesentlich teurer sei. Diese Argumentation entsprang einem politisch erstaunlich naiven ökonomischen Wunschdenken. Es wurde dabei übersehen, daß unsere Rüstungsimporte wesentlich aus außen- und exportpolitischen Gründen notwendig waren und sind.

Die deutschen Unternehmer sind freilich keineswegs bereit, diese Notwendigkeiten ohne weiteres anzuerkennen. So spricht der BDI-Bericht 1958/59 die Hoffnung aus: „... das zur Zeit bestehende Verhältnis von Inlands- und Auslandsaufträgen dürfte sich in den nächsten Jahren zugunsten der Inlandsaufträge verändern."

Allmählich freilich erkennt die westdeutsche Industrie, daß sie sich in bezug auf die staatliche Auftragspolitik in einer Zwickmühle befindet. Das zeigt sich klar im selben BDI-Bericht 1958/59: Die deutsche Industrie übersieht immerhin „nicht die entscheidende wirtschaftspolitische Bedeutung der Rüstungseinfuhren. Länder, die gegenüber der Bundesrepublik seit Jahren eine dauernd passive Außenhandelsbilanz aufweisen, können durch Rüstungslieferungen an uns ihre Handelslage bessern und erhöhen fast von selbst (!) ihre Importe aus der Bundesrepublik. Unter diesen Gesichtspunkten sind unter anderem die Munitionsaufträge an Portugal, Norwegen, Griechenland und die Türkei zu beurteilen. Eine Reihe von Handelsverträgen kam im übrigen erst zur Ratifizierung, nachdem die Vertragspartner Rüstungsaufträge erhalten hatten." Mit schöner Offenheit wird die exportpolitische „Brauchbarkeit" von Rüstungsimporten deutlich gemacht. Daneben freilich wird das Drängen nach mehr Inlandsaufträgen bis heute fortgesetzt.

In der ganzen Diskussion um die Inlandsquote der Rüstungsaufträge tritt die typische — sozialtheoretisch hochbedeutsame — Diskrepanz zwischen dem Staat als dem Sachwalter der gesamtkapitalistischen (nicht etwa: gesamtgesellschaftlichen) Interessen und den partiellen Interessen bestimmter Industriegruppen zutage. Für den Staat gibt es sehr gute macht- und konjunkturpolitische Gründe, viele Rüstungsaufträge im Ausland zu placieren. Erstens: Angesichts der außerordentlich guten zivilen Absatzmöglichkeiten der westdeutschen Industrie insgesamt besteht für die Regierung (im wohlverstandenen kapitalistischen Interesse) keine Veranlassung, von der jetzigen Auftragspolitik abzugehen. Zweitens aber, wichtiger: Rüstungskäufe, neben anderen Zahlungen (vorfristige Kriegsschuldenzahlungen an England; Wiedergutmachungs- und Militärhilfe-Zahlungen an Israel; Zahlungen an Entwicklungsländer usw.), sind in den letzten zehn Jahren ein wenig sympathisches, aber sehr wirksames Mittel Bonner Politik geworden. Daß die Allierten Rüstungskäufe als Äquivalent für den Devisenabfluß infolge ihrer Truppenstationierungen in Westdeutschland forderten, scheint nur



Fritz Vilmar

RÜSTUNG UND ABRÜSTUNG IM SPÄTKAPITALISMUS

Materialien und Analysen

Vorwort: Professor Ossip K. Flechtheim

Ist die Aufrechterhaltung überdimensionaler Rüstungen, die Verhinderung erfolgreicher Abrüstungsverhandlungen eine Lebensbedingung des Spätkapitalismus? — Das ist hier die Frage.

Inhalt:

I. Bedeutung der Rüstungswirtschaft im Kapitalismus des 20. Jahrhunderts;

II. Rüstungswirtschaft in der Bundesrepublik;

III. Der Bankrott der Militärpolitik;

IV. Abrüstung — Notwendigkeit und Chancen;

V. Umstellung der Rüstungswirtschaft (I): Theoretische Möglichkeiten;

VI. Umstellung der Wirtschaft (II): Gesellschaftliche Widerstände;

VII. Gesellschaftspolitische Voraussetzungen einer erfolgreichen Abrüstungspolitik.

Mit vielen Tabellen und Schaubildern; 320 Seiten; DM 14,80.

Bd. 38 der Paperback-Reihe „res novae"
der Europäischen Verlagsanstalt Frankfurt am Main.

logisch; die Frage ist freilich, ob diese kostspieligen Besatzungen nicht längst weitgehend reduziert worden wären, wenn Bonn nicht für ihre Anwesenheit (in Verfolg einer verfehlten Politik der Stärke und der Nichtverständigung gegenüber dem Osten) Jahr für Jahr immense (Rüstungs-)Kaufsummen erlegte. Und darüber hinaus: In den letzten Jahren ist immer wieder der Eindruck entstanden, als ob die USA und mehr noch England die entspannungsfeindliche Haltung der Bundesrepublik in der Frage der Oder-Neiße-Grenze, der DDR-Anerkennung, des Disengagements (Eden-Plan!), der atomaren Mitbestimmung nur deshalb nicht offen desavouiert haben, weil wir ein so überaus zahlungskräftiger und zahlungswilliger „Partner" waren — und sind.

Alles in allem ist demnach kaum zu leugnen, daß diese Politik der Bindung — insbesondere der „Westmächte" — durch finanzielle Opfer im Interesse der Selbsterhaltung des Gesellschaftssystems in der Bundesrepublik liegt.

Rüstungsaufträge als Industriehilfe

In der folgenden Darstellung zeigt der Autor, daß bestimmte Branchen der westdeutschen Industrie, wie die Werft- und die Flugzeugindustrie, aber auch Fahrzeugwerke wie Henschel und BMW, in beträchtlichem Umfang durch Rüstungsaufträge gestützt worden sind, wenn auch die Industrie insgesamt infolge der allgemeinen Nachkriegskonjunktur bisher nicht auf Rüstungsaufträge angewiesen war. Unter anderem wird der Spiegel-Bericht über Goergen/Henschel zitiert:

„Goergen gelang es, den Jahresumsatz von 1959 = 250 Mill. DM auf 456 Mill. DM im Jahr 1963 zu steigern. Dabei gab er die Parole aus, die neue Rüstungsproduktion in Kassel solle fünf Prozent des Jahresumsatzes nicht übersteigen. Da jedoch im Lastwagen-, Lokomotiv- und Maschinen-Geschäft die Konkurrenz immer stärker wurde, wich auch er mehr und mehr auf das risikofreie Rüstungsgeschäft aus ..." Die gesamte Rüstungsproduktion in Kassel betrug während der Jahre 1959 bis 1963 282 Mill. DM.

„Immerhin stieg damit die Rüstung am Henschel-Umsatz über Goergens 5-Prozent-Klausel auf durchschnittlich 13 Prozent pro Jahr. 1960 und 1961 schwoll der Anteil sogar auf 16 und 19 Prozent an."

Der folgende, im Buch abgedruckte Katalog der wichtigsten mit Rüstungsaufträgen beschäftigten Firmen zeigt, daß viele der großen deutschen Konzerne in diesem Geschäft wieder engagiert sind:

An der Spitze der deutschen Rüstungsindustrie dürfte der Flick-Konzern stehen, der über Tochtergesellschaften und Beteiligungen mehrfach dem Rüstungsgeschäft verbunden ist. Die Dynamit Nobel AG macht Munition und Sprengstoffe, Daimler Benz fertigt Lastkraftwagen und Motoren, die Tochter Auto Union baut in Ingolstadt Geländewagen für die Bundeswehr. General-Unternehmer für den Bau des Standard-Panzers von 40 Tonnen ist die Krauss-Maffei AG, München, die als Beteiligung von Buderus zur Flick-Gruppe gehört. Krupp ist heute über die Vereinigte Flugtechnische Werke GmbH, Bremen, mit öffentlichen Aufträgen befaßt. Der entsprechende Umsatz wird von der Konzernleitung für 1962 mit 120 Millionen DM genannt. Im Rahmen des Gutehoffnungshütte Aktienvereins befassen sich sowohl die MAN (Lastkraftwagen und Triebwerke) wie die Zahnräderfabrik Renk AG, Augsburg, mit Lieferungen an die Bundeswehr. Ein ähnliches Programm wie MAN hat übrigens die Klöckner-Humboldt Deutz AG in Köln. Die Rheinischen Stahlwerke, Essen, bauen in den Nordseewerken in Emden U-Boote (vorerst allerdings nur für Norwegen), bei der Tochter Rheinstahl-Hanomag demnächst Panzer, während die Rheinstahl Hüttenwerke (früher Ruhrstahl AG) in der Entwicklung geeigneter Stähle sowie als Zulieferantin tätig ist. Die Röch-

ling-Gruppe stellt über ihre Beteiligung Rheinmetall in Düsseldorf Munition, Handfeuerwaffen und leichte Geschütze her.

Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß bereits wieder die meisten namhaften deutschen Werke der Maschinen-, Kraftfahrzeug-, Elektro-, Flugzeugbau-, Schiffsbau- und chemischen Industrie im Rüstungsgeschäft beteiligt sind.

Faßt man die gesamten Inlandsaufträge der Bundeswehr bis zum 1. September 1963 (Gesamtsumme 22,5 Mrd. DM) an die wichtigsten Branchen zusammen, so ergibt sich (in v. H. der Gesamtsumme):

Fahrzeugbau	20,2 v. H.
Waffenindustrie	12,0 v. H.
Luftfahrt	11,8 v. H.
Elektroindustrie	10,0 v. H.
Schiffsbau	8,5 v. H.
Eisen-, Stahl- und Blechwaren	6,9 v. H.
Maschinenbau	5,9 v. H.

Hohe Profitchancen im Rüstungsgeschäft

In einem abschließenden, gut dokumentierten Abschnitt zeigt Vilmar, daß im Gegensatz zu den offiziellen Beteuerungen Rüstungsaufträge in der Regel ein besonders lukratives Geschäft darstellen.

Die wahrhaft erschreckenden Feststellungen des SPD-Experten Wienand über die völlig unzureichende Preiskontrolle werden notiert. Es wird nachgewiesen, daß die Bundesrepublik im Begriff ist, wieder in großem Umfang am internationalen Rüstungshandel teilzunehmen. Auf das kommende, jährlich 3—9 Milliarden DM betragende makabre Luftschutzgeschäft wird eingegangen. Vor allem aber wird aufgedeckt, wie über Rüstungsaufträge die Privatindustrie in die Lage versetzt wird, die hohen technologischen Forschungs- und Entwicklungskosten zu finanzieren. So heißt es in einem BDI-Bericht: „Unsere Industrie erkennt ... immer klarer, welche Anregung sie von der Wehrtechnik her erhält und welchen Nutzen sie für den zivilen Bereich ziehen kann. Dieser Gesichtspunkt kann gar nicht oft und stark genug herausgestellt werden; er wird deutlich in den mit der Luft- und Raumfahrt zusammenhängenden Bereichen der sogen. Spitzentechnik."

Und die „Welt" fordert rundheraus, man solle bei Rüstungsaufträgen lieber die einheimische als die ausländische Industrie subventionieren: „In den Preisen für Rüstungsgüter, die an das Ausland bezahlt werden, sind hohe Beträge enthalten, mit denen die Entwicklungskosten abgegolten werden. So gesehen, subventioniert der deutsche Steuerzahler die Versuche der ausländischen Industrie, mit deren Ergebnissen diese auf dem zivilen Markt mit der deutschen Industrie konkurriert." Und selbst die der Rüstungsindustrie nahestehende Zeitschrift „Wehr und Wirtschaft", eifrig bemüht, die Möglichkeit von Rüstungsprofiten zu bestreiten, gibt zu: „Das eigentliche Rüstungsgeschäft (ergibt sich) aus der Nutzung der Forschungs- und Entwicklungsresultate, die bei militärischen Projekten erzielt werden konnten, für die Verbesserung der allgemeinen Produktion." Um die Tatsache der Profitabilität wehrtechnischer Investitionen vollends deutlich zu machen, sei noch der Präsident des Koblenzer Beschaffungsamtes, Dr. Theodor Benecke, zitiert, der vor einiger Zeit in einem Gespräch mit Journalisten feststellte, „daß die Wehrtechnik auf viele Gebiete der Industrie befruchtend wirke und deshalb nicht so eng wie bisher betrachtet werden dürfe! ‚In Zeiten der Hochkonjunktur muß der Staat Mäzen (!) sein', sagt Benecke. ‚Wir liegen im Weltmaßstab sehr, sehr ungünstig'". Auf deutsch: Dr. Benecke forderte, der deutsche Steuerzahler solle die Industrie auf dem Wege über großzügige Übernahme von Forschungs- und Entwicklungskosten stärker als bisher subventionieren.

Gerhard Brandt hat das zunehmende Interesse der westdeutschen Industrie an Rüstungsausgaben, durch die sich Forschungen finanzieren lassen, beschrieben und auf die grundlegende konjunkturpolitische Bedeutung staatlich finanzierter Innovations-Ausgaben für die ständige Erneuerung der Investitionschancen hingewiesen: „Daß nach dem Kriege die kapitalistische Produktion einen neuen Aufschwung genommen hat und seitdem in ständiger Expansion sich befindet, ist folgerichtig einer neuen Welle technischer Neuerungen zugeschrieben worden ... Die Chancen, durch Investitionen Gewinne zu realisieren, von der neueren ökonomischen Theorie als Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals umschrieben, werden unter dem Eindruck sprunghafter Erweiterungen des technischen Wissens von den Unternehmern günstiger denn je beurteilt und haben dem kapitalistischen System zu neuem Leben verholfen. Ob das kapitalistische Wirtschaftssystem die Impulse, die ihm dazu verhalfen, sich zu perpetuieren, aus seinem immanenten Zusammenhang hätte erzeugen können, ist freilich einigermaßen zweifelhaft. Jene technischen Neuerungen, auf die die neue Zuversicht der privaten Wirtschaft in den alten kapitalistischen Ländern sich gründet, verdanken sich wesentlich Fortschritten der Waffentechnik während des letzten Krieges und Sekundärwirkungen des Rüstungswettlaufs im Banne des Kalten Krieges." Selbst wenn diese von der Rüstung ausgehenden, das unternehmerische Risiko wesentlich vermindernden Investitionsimpulse an der spezifischen westdeutschen Konjunktur seit 1948 noch nicht mitgewirkt haben, bleiben sie für die generelle spätkapitalistische Entwicklung wesentlich und gefährlicher Anreiz, Rüstungsausgaben zu bejahen, Abrüstungstendenzen aber Widerstand entgegenzusetzen.

Wir beschließen damit den Bericht über diesen auch in der Bundesrepublik wieder entstandenen gefährlichsten Sektor der Wirtschaft —, gefährlich, weil er außerordentlich sichere und profitable kapitalistische Absatzchancen bietet, weil sein Ausbau als ebenso bequeme wie „explosive" Form staatlicher Konjunkturpolitik seit Hitlers Rüstungsplanwirtschaft sich bewährt hat, und weil seine Existenz ernsthaften Abrüstungsbemühungen entgegenwirkt. (Vilmar zeigt im V. und VI. Kapitel seines Buches, daß die kapitalistischen Machteliten gegen die konsequente staatliche Umstellungsplanung, die durch eine Abrüstung notwendig würde, erheblichen Widerstand mobilisierten.)

Besonders wichtig erscheint es aber — mit diesem Hinweis sei unser Bericht beendet —, daß in dem Buch auch die (nicht wirtschafts-, sondern) gesellschaftspolitischen Motive aufgedeckt werden, die die jetzige Bundesregierung veranlaßt haben, forcierte Aufrüstung zu betreiben und allen Abrüstungsbestrebungen sich entgegenzustellen.

Die westdeutsche Remilitarisierung wird als ein Element der „Zweiten kapitalistischen Restauration" in Deutschland verstanden, das sich zu einem Mittel neuer deutscher Machtpolitik entwickelt hat: als wichtigstes Instrument einer starren antikommunistischen Frontbildung und einer Westintegration der Bundesrepublik, die eine für die Herrschaft der westdeutschen Oberschicht gefährliche Wiedervereinigung praktisch unmöglich gemacht hat, und als „Entreebillett" zur Souveränität und zu den Konferenzräumen der westlichen Alliierten.

Innerhalb der Nachkriegspolitik des Spätkapitalismus entwickelte sich die westdeutsche Regierung zu derjenigen Kraft, die sich am unerbittlichsten den aus dem atomaren Schrecken geborenen entspannungspolitischen Tendenzen im Westen entgegenstemmt, weil diese die im Sinne der kapitalistischen Restauration vorteilhafte starre Anti-Position der Bundesrepublik als Bastion der „freien Welt" im Kalten Krieg in Frage stellen würden.

Josef Oertgen

„Entwicklungspolitik" aus Bonn

Motive, Praktiken und Ziele — Eine Übersicht

Der Reichskolonialbund seligen Angedenkens hat nach dem Kriege einer Neugründung Platz machen müssen, der Deutschen Afrika-Gesellschaft, die von Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, einem renommierten Großwildjäger in afrikanischen Revieren, geleitet wird. Doch reicht die Deutsche Afrika-Gesellschaft weit über den Bereich des alten Reichskolonialbundes hinaus. Ihr gehören namhafte Industrielle und Militärs an. Sie arbeitet in enger Tuchfühlung mit Wirtschaftsgebietern wie Flick, Finanzberatern wie Schacht und Generalen wie Heusinger. Diese wiederum halten Kontakte zu amerikanischen, französischen, belgischen, spanisch-portugiesischen Interessengruppen und natürlich zur Südafrikanischen Union. Die verantwortlichen Afrikareferenten der Bundesregierung sind im Auswärtigen Amt Ministerialdirigent Graf von Posadowsky-Wehner und im Bundeswirtschaftsministerium Ministerialrat Dr. Erdmann. Verteidigungsminister v. Hassel ist, als alter „Deutschostafrikaner", sein eigener Afrikaexperte. Strategisch läßt er sich von General Heusinger beraten.

Heusinger gab auch das Stichwort, unter dem Afrika in den Vorstellungen von Militär, Industrie und Regierung in der Bundesrepublik seinen anatomischen Platz hat. Es ist für ihn und seine Freunde „Europas Unterleib". Das ist eine Sprache, die jeder alte Kolonialist versteht — rauh, aber direkt. Wenn man von der Unabhängigkeit Afrikas spricht, lächeln diese Experten nur milde. „Afrika wird nie unabhängig", versicherte mir mit geduldigem Nachdruck ein Afrikaexperte des Bundesverbandes der deutschen Industrie. Wir trafen uns im Frühjahr, anläßlich eines Vortrages, den der Ministerpräsident der Kongorepublik, Moise Tschombé, im Düsseldorfer Industrieclub hielt. Aber Tschombé sei ein Mann, so fügte jener Industrieexperte hinzu, der die Zeichen der Zeit in Afrika begriffen habe, der wisse, daß in Afrika ohne den Westen auch künftig nicht regiert würde. „Denn fragen Sie doch unsere Militärs, nicht nur in Bonn, auch im NATO-Hauptquartier, es ist kein militärisches Geheimnis, wir können auf Afrika nicht verzichten."

General Adolf Heusinger war bis zum Frühjahr vorigen Jahres Vorsitzender des Ständigen Militärausschusses der NATO in Washington. Dann hatte er das Pensionsalter erreicht und kehrte in die Bundesrepublik zurück, nicht etwa um seinen Lebensabend friedlich zu genießen, sondern um als Ratgeber die verschiedenen Sonderaufgaben für die Bundesregierung wahrzunehmen, darunter die deutsche Afrikastrategie.

Über das Thema „Was Afrika und die arabischen Länder für uns bedeuten" hielt er einen — auszugsweise in „Christ und Welt" vom 16. Juli 1965 abgedruckten — Vortrag vor mehreren interessierten Gremien. (Herausgeber von „Christ und Welt" ist der Leiter der Deutschen Afrika-Gesellschaft, Bundestagspräsident Gerstenmaier). Der Abdruck von Auszügen aus Heusingers Referat in „Christ und Welt" ist von offizieller Bonner Seite kritisiert worden. Andere regierungsnahe Blätter, etwa die FAZ, haben auf einen Wink aus dem Auswärtigen Amt hin den politisch und strategisch hochbedeutsamen Artikel darum auch nicht kommentiert. Er ist von keiner Nachrichtenagentur zitiert worden. Gerstenmaier und seine Deutsche Afrika-Gesellschaft sind für unverhüllte Bekundung deutscher Interessen in Afrika. Die derzeitige Bundesregierung sieht in solch offener Sprache eine Indiskretion und meint, man müsse das Pathos der uneigennützigen „Entwicklungshilfe" als offizielle Sprachregelung beibehalten, wie es

etwa mit so schöner Schlichtheit vom Bundespräsidenten Lübke und seiner Frau Wilhelmine angewandt wird. Dagegen herrscht im Lager Gerstenmaier-Heusinger die Ansicht vor, man könne die Gelder für deutsche Investitionen in Afrika leichter erhöhen, wenn man der Bevölkerung klar mache, daß diese Ausgaben zum Schutz der Bundesrepublik und des Westens vor dem „Weltbolschewismus" verwandt würden. Darauf lief denn auch Heusingers Argumentation hinaus. Auch hält man die Zeit für gekommen, „realistisch" und ohne „Humanitätsduselei" in der Bundesrepublik über die Afrikapolitik Fraktur zu reden. Jedenfalls in den Kreisen der Afrika-Gesellschaft und der Bundeswehr.

Die Prämisse der Ausführungen Heusingers ist von daher einleuchtend: „Das Machtdenken besteht nach wie vor", sagt er. Dabei sei zu bedenken: „Im westlichen Lager wird die früher allein beherrschende Rolle Amerikas nicht überall mehr voll anerkannt. Europa ist wieder erstarkt und vielfach bestrebt, eigene Wege zu gehen." Meinungsverschiedenheiten „in Fragen der großen Weltpolitik" seien auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet die Folge. In diesem Zusammenhang sieht Heusinger für die Zukunft „Gefahren" für die NATO und macht darauf aufmerksam, daß die Bundesrepublik sich strategisch vorbereiten muß, im Fall eines etwaigen Auseinandergehens des NATO-Bündnisses auf allen Gebieten mit eigenen Konzeptionen aufzuwarten. So auch hinsichtlich Afrikas.

„Vor diesem weltpolitischen Hintergrund erhebt sich die Frage nach der Rolle Afrikas", fährt Heusinger fort. „Auf Grund seiner strategisch-geographischen Lage kann Afrika von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung sein." Heusinger geht in seinen Vorstellungen von einem gemeinsamen Handeln der westeuropäischen Streitkräfte aus — auch ohne die USA —, unter militärischer Führung der Bundesrepublik. Letzteres spricht er zwar nicht aus, sondern spricht stets von „Westeuropa", aber deutsche militärische Vorstellungen für das „Halten der Front gegen den Osten" durch „Westeuropa" laufen darauf hinaus, die Ideen der bundesdeutschen Vorwärtsstrategie zu entwickeln. Die übrigen westeuropäischen Partner sollen dabei mit der Parole verschreckt und unter deutsches Kommando gebracht werden: „Würde Afrika in die Hände des Kommunismus fallen, so wäre, auf die Dauer gesehen, Westeuropa kaum zu halten. Umgekehrt würde ein Verlust Westeuropas zwangsläufig auch den Afrikas nach sich ziehen. So wird im wahrsten Sinne Westeuropa auch in Afrika verteidigt, wie umgekehrt Afrika auch am Eisernen Vorhang in Westeuropa verteidigt werden muß." Diese Schlußfolgerungen setzen still voraus, daß Afrika Besitz des europäischen Neokolonialismus bleibt, beziehungsweise wieder dafür zurückgewonnen wird. Mit welchen Mitteln, soll uns hernach noch beschäftigen.

Afrika ist für Heusinger „eine große Landmasse mit einem Menschenpotential von rund fünfhundert Millionen". (Man beachte den feinsinnigen Unterschied, daß er nicht mehr, wie einst als Hitlerstratege, von Menschenmaterial spricht, sondern von Menschenpotential.) Sehr taktvoll umschreibt Heusinger sodann die Voraussetzung seiner Afrikastrategie, daß es nämlich für die jungen afrikanischen Staaten keine Unabhängigkeit vom Westen geben darf. Er sagt das so: „Die Bedeutung Afrikas für die strategische Weltlage ist in der kommunistischen wie in der nichtkommunistischen Welt voll erkannt. Die Bemühungen um die Gewinnung Afrikas sind daher ebenso verständlich wie das Streben der afrikanischen jungen Staaten, sich nicht in die völlige Abhängigkeit einer der beiden großen Machtgruppen zu begeben, sondern ihre Unabhängigkeit zu bewahren. Infolge ihrer wirtschaftlichen (!) und vielfach auch innerpolitischen (!) Schwäche ist es aber für sie schwer, sich diesem Einfluß zu entziehen." Sie entkommen uns also schon nicht . . . (Zu diesem Ausspruch von Heusinger sagte der UNO-Delegierte von Nigeria für Wirtschaftsfragen, Mr. Ladener, bei einem Besuch in

der Bundesrepublik: „Wie sollen wir an die Aufrichtigkeit deutscher Entwicklungshilfe glauben, wenn in der Bundesrepublik Generale von Einfluß derartig zynisch sich zur wirtschaftlichen Infiltration für militärpolitische Zwecke bekennen.")

Leider können mutmaßlich vorhandene Details des Heusingerplans nicht erörtert werden. In „Christ und Welt" hat Heusinger sich lediglich in der skizzierten Weise grundsätzlich zur strategischen Notwendigkeit der Einbeziehung Afrikas in die westeuropäische militärische Planung geäußert und dabei in diesem Zusammenhang eine Förderung der Wirtschaftshilfe für Afrika angeregt.

Doch bringen uns da Überlegungen weiter, wie sie im Düsseldorfer Industrieclub angestellt und auch auf verschiedenen Tagungen der Deutschen Afrika-Gesellschaft, so z. B. im Mai in Lauterbach, öffentlich ausgesprochen wurden. Wollen wir solchen Gedankengängen mit einfühlsamem Verständnis folgen, müssen wir uns aber zunächst einige Fakten der afrikanischen politischen Entwicklung des letzten Jahres vergegenwärtigen.

Im Juli 1964 kehrte der gestürzte und vertriebene Diktator des kurzlebigen Teilstaates Katanga, Moise Tschombé, zur Überraschung der Weltöffentlichkeit in den Kongo zurück und wurde Premierminister jener Zentralregierung in Leopoldville, die er zuvor, im Interesse europäischen Kapitals in Katanga, mit seinen weißen Söldnern und farbigen Hilfstruppen bekämpft hatte. Tschombés Rückkehr war das Ergebnis eines komplizierten internationalen Intrigenspiels. Wohlgemerkt das erste Ergebnis dieses Spiels. Denn die Intrige läuft weiter und hat sich noch größere Ziele gesteckt.

Tschombé ist heute gewiß einer der vermögendsten Leute in Afrika. Die Kreise, die ihn brauchen, haben ihm großzügige Verdienst-Anteile gewährt. Er verließ Katanga bereits als mehrfacher Millionär. Der Mord an dem kongolesischen Volksführer Lumumba hat sich besser ausgezahlt als jeder Raubmord der Kriminalgeschichte. Wenigstens für Tschombé persönlich.

Im Exil, in Madrid, mit Abstechern nach Brüssel, Paris und Lissabon, blieb er nicht untätig, sondern gab sich wiederum willig und emsig dazu her, das Geflecht von Beziehungen mitzuknüpfen, das seine Rückkehr ermöglichen sollte und ihm die Rolle des starken Mannes für den gesamten Kongo einbrachte.

Hierzu teilt der frühere „Spiegel"-Redakteur Hans Germani bemerkenswerte Einzelheiten mit. Germani, den der „Spiegel" nach seiner undurchsichtigen Aktivität beim ungarischen Geschehen 1956 vorsichtshalber entließ, ging daraufhin seinen politischen Neigungen frei nach, u. a. in Zusammenarbeit mit dem Springer-Auslandsdienst und dem Deutschen Industrie-Institut, und kam schließlich nach Afrika als diplomatischer Sonderkorrespondent, mit guter ständiger Fühlung zu Gerstenmaiers Afrika-Gesellschaft. Er schrieb denn auch freimütig in Gerstenmaiers „Christ und Welt" (vom 9. 7. 1965): „Bereits im Mai 1964 suchten die CIA und amerikanische militärische Dienststellen Kontakt zu Tschombés südafrikanischen Freunden. Im Juni beschlossen schließlich die zwei mächtigsten Männer von Leopoldville, Armeekommandant General Mobutu und Sicherheitschef Nendaka (der mit CIA zusammenarbeitet), den Katangesen aus dem Exil in Madrid zurückzuholen. Mit der Aufgabe wurde der belgische Journalist Pierre Davister betraut."

CIA schaltete sich freilich erst zu diesem späten Zeitpunkt ein, während zuvor, wie Germani gleichfalls bestätigt, eine amerikanisch-französische Auseinandersetzung im Untergrund der Geheimdienste vorbereitet worden war. Dazu Germani: „Französische Stellen scheinen (vorher) spekuliert ju haben, Tschombé könnte die amerikanische Satellitenregierung in Leopoldville stürzen." Als

CIA dem französisch-belgisch-portugiesischen Plan noch im letzten Augenblick zuvorkam, hatte inzwischen eine bedeutende amerikanische Wirtschaftsgruppe über belgische Vermittler bereits bei Tschombé vorgefühlt und sich auch mit belgischen Wirtschaftskreisen besprochen. Zu diesem Zeitpunkt kam über die USA auch eine größere deutsche Wirtschaftsgruppe mit ins Spiel, die amerikafreundlich bzw. amerikaabhängig ist. Tschombés Rückkehr vollzog sich auf Grund einer Einigung verschiedener am Kongo interessierter westlicher Kapitalgruppen. Als diese Wirtschaftskreise sich geeinigt hatten, einigten sich auch in der offiziellen Politik Amerikaner mit Franzosen, Belgiern und Engländern und mit den Interessenten aus der Südafrikanischen Union. Überrascht vernahm das der UNO-Generalsekretär U Thant, dem, noch wenige Tage vor der Rückkehr Tschombés, von Rusk versichert worden war, die USA würden niemals ein come back Tschombés zulassen. Die UNO, der sich Tschombé seinerzeit militärisch widersetzt hatte, war offen brüskiert worden. Und jedermann war klar, daß das Volk am Kongo sich gegen die Rückkehr des Lumumba-Mörders stellen würde und daß somit ein neues Blutbad am Kongo bevorstand. Welche entsetzlichen Ausmaße der Rachefeldzug annahm, den der heimgekehrte Tschombé gegen seine alten Gegner durchführte, unterstützt von belgischen und amerikanischen Truppen und von seinen weißen Söldnern, die teilweise unter Führung ehemals deutscher SS-Leute stehen, ist bekannt. Der Neokolonialismus knüpfte in diesem Feldzug des gnadenlosen Hasses an seine schwärzesten Stunden und Prinzipien an. Im Düsseldorfer Industrieclub aber zollte man Tschombé „wärmstes Verständnis für seine Ordnungsfunktion in Afrika" und die „Befriedung am Kongo", als er, noch während der Massaker, einen kurzen Zwischenbesuch bei seinen deutschen Geldgebern machte und dabei auch von Bundespräsident Lübke empfangen und „aufrichtiger Freundschaft" versichert wurde.

Denn die Bundesrepublik ist inzwischen mit im Geschäft als Partner Tschombés am Kongo, mit am Zuge bei der „großen Intrige", von der Gerstenmaier-Emissäre wie Germani schwärmen, — und vielleicht etwas zu freimütig plaudern. Auf der Tagung der Deutschen Afrika-Gesellschaft in Lauterbach wurde im Kreis der „Eingeweihten", zu dem bemerkenswert viele Bankiers und Industrielle zählen, recht offen über das Afrikakonzept gesprochen, das auch von Schröders Afrikareferenten im Auswärtigen Amt, Graf Posadowsky-Wehner, gutgeheißen wird. Und bei dem der Ministerialrat Dr. Erdmann im Bundeswirtschaftsministerium den Koordinator spielt: Die internationale amerikanisch-belgisch-französisch-deutsche Wirtschaftsgruppe, die sich gleichsam — obwohl zunächst aus rivalisierenden Clans bestehend — auf den gemeinsamen Strohmann Tschombé geeinigt hat, und dies auf Anraten der NATO (siehe Heusinger), verfolgt folgende Ziele:

- Portugal auf die Dauer zur Preisgabe Angolas zu bewegen. Angola soll aber nicht unabhängig werden, sondern fusioniert werden mit der Kongorepublik Tschombés. Dabei sollen Portugal große finanzielle Zugeständnisse gemacht werden, so daß das Geschäft sich für Portugal lohnt, das ohnehin nicht weiß, wie es die Aufrechterhaltung seines Militärregimes finanziell und kräftemäßig bis zum bitteren Ende durchstehen will.
- Des weiteren soll Rhodesien mit dem Kongo vereinigt werden. Hier muß Englands Interessen in gleicher Weise entgegengekommen werden. England ist aber auch an der internationalen Kapitalgruppe beteiligt.
- Eine Großmacht Angola-Kongo-Rhodesien würde bei weitem über die meisten Bodenschätze in Afrika verfügen und könnte gleichzeitig zusammen mit der Südafrikanischen Union einen Block bilden, der dem Neokolonialismus in Afrika eine neue reale Machtbasis geben würde.

In Verfolgung dieses Programms sind bereits umfangreiche Investitionen aus der Bundesrepublik in Angola getätigt worden. Auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Südafrikanischen Union sind nach wie vor äußerst eng. In Angola waren in den letzten Jahren fast alle mit bundesdeutscher Afrikapolitik befaßten Experten, von Gerstenmaier bis zum CSU-Jaeger, zu Gast und äußerten sich begeistert über diese Kolonie. Und über die „abendländische Sendung", die dort vertreten werde.

Der Korrespondent der „Welt" in Lissabon, Rolf Görtz, bestätigte das Projekt der neokolonialistischen Partnerschaft Tschombés mit den Portugiesen in bemerkenswerter Offenheit. Unter der Überschrift „Portugal setzt in Afrika auf Moise Tschombé" schrieb Görtz in der „Welt" vom 28. 8. 1965: „Die Amerikaner haben mit Interesse die Möglichkeiten erkannt, die Angola und Mozambique durch ihre Stabilität in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus in Afrika bieten. So jedenfalls glaubt man in Lissabon verschiedene Äußerungen des Weißen Hauses deuten zu können. Man fühlt sich bestätigt durch wirtschaftliche Investitionen amerikanischer und europäischer Unternehmen in Angola. Warum, so fragt man in Lissabon, würden führende Industrielle in Angola investieren, wenn sie nicht an die Zukunft dieses Gebietes glauben würden?" Einen weiteren Beweis, daß sich die „Stabilität" dieses sich abzeichnenden neukolonialen Großreiches im Zusammenspiel aller interessierten Kräfte „festigt", halten die portugiesischen Gesprächspartner des „Welt"-Korrespondenten für im Augenblick noch gravierender: „Als Beweis dient das nur noch oberflächlich geheimgehaltene Gespräch mit dem Kongo. Die Anbahnung von Beziehungen zu dem Nachbarland von Angola stützt sich sichtbar vor allem auf den kongolesischen Ministerpräsidenten Moise Tschombé".

Worauf aber stützt sich Tschombé? Unter anderem und nicht ganz unbeträchtlich auf reichlich für ihn fließende Bonner Gelder. Im August besuchte er zum zweitenmal in diesem Jahr Bonn, wurde von Lübke empfangen und erhielt von Staatssekretär Carstens und Entwicklungsminister Scheel wieder Millionenbeträge, diesmal vornehmlich zum Ausbau seines Funksystems für die Propagierung seines Regimes. Außerdem gelang es ihm, in Besprechungen mit deutschen Industriellen und Bankiers, unter anderem mit Herrn Abs, neue große Investitionen der deutschen Wirtschaft sicherzustellen. Nachdem Tschombé abgereist war, kam der Finanzminister der Südafrikanischen Union für eine Woche in die Bundesrepublik und verhandelte gleichfalls mit Abs, bei dem einige Fäden des internationalen Geschäfts zur „Stabilität" in Afrika zusammenlaufen. Daß man, nach anfänglicher Geheimniskrämerei, nun schon die Maske fallen läßt und mit Tschombés Hilfe für das Projekt offen kokettiert, zeigt an, wie weit die Operation bereits gediehen ist. Dabei wird immer eindeutiger, was in der Bundesrepublik unter „Entwicklungshilfe" und „Afrikapolitik" verstanden wird.

Speziell mit „Entwicklungspolitik" befaßte sich im Bonner Auswärtigen Amt bislang der Ministerialdirigent Dr. Rolf Friedemann Pauls, der nunmehr als Botschafter nach Israel ging. Er soll dem Vernehmen nach auch als Botschafter in Israel sich mit dieser Spezies der Bonner Politik weiterbeschäftigen. Nicht zuletzt deshalb fiel die Wahl des Auswärtigen Amtes auf ihn und nicht auf einen Goodwill-Repräsentanten außerhalb der diplomatischen Karriere. Hier sieht das Bonner Kalkül folgende Möglichkeit: Pauls soll sich darum kümmern, die in Israel wirtschaftliche Beratung und technische Hilfe suchenden afrikanischen und asiatischen Politiker als ein vorgeschobener Posten des Auswärtigen Amtes jeweils anzusprechen, ob sie deutsche Entwicklungshilfe annehmen wollen für eine Gegenleistung im Rahmen der Bonner „Entwicklungspolitik". In einem Vortrag über

„Entwicklungshilfe als Entwicklungspolitik" hat sich Pauls im Mai, zu einem Zeitpunkt, als er bereits vom Auswärtigen Amt als Israelbotschafter nominiert war, zu diesem Komplex vor Politikern und Wirtschaftlern geäußert und dabei gesagt: „Entwicklungshilfe sollte nur nach außenpolitischem Ermessen gewährt werden. Entwicklungspolitik ist selbstverständlich ein Operationszweig der Außenpolitik." Bei der so verstandenen Entwicklungspolitik komme es darauf an, zu beachten: „Der Begriff Freund wird immer neuer Auslegungen bedürfen." Das heißt: Pauls empfiehlt nachdrücklich, Entwicklungshilfe, auch wenn sie bereits zugestanden ist, dann einzuschränken, wenn das Entwicklungsland von den damit auferlegten politischen Bedingungen abweicht. Nur so könne man erreichen, „daß das Geld, welches zur Verfügung steht, optimal nutzbar wird". Pauls regte auch an, „das bisher vorwiegend handelspolitische Instrument der Garantiegewährung in ein entwicklungspolitisch verwertbares zu steigern — das heißt, befreundeten Regierungen Garantieplafonds einzuräumen und diese mit Zinsverbilligungen auszustatten, damit sie entwicklungspolitisch nutzbar werden".

Sieht man die Äußerungen von Pauls und Heusinger im Zusammenhang und verbunden mit dem entwicklungspolitischen Plan der internationalen amerikanisch-belgisch-französisch-deutschen Kapitalgruppe zur Schaffung eines neokolonialistischen Groß-Kongo unter Tschombé, so dürfte sich abzeichnen, daß die Bonner Afrikapolitik im Zeichen eines neuen Imperialismus, den Verhältnissen angepaßt, inzwischen klares Profil erhalten hat. Im Auswärtigen Amt nennt man das „zentrale deutsche Planung für einzelne Entwicklungsländer", was unter anderem auch Interventionen in Form von „Experten- und Kommissionsreisen" zur Besichtigung der mit deutschem Geld durchgeführten Vorhaben anbelangt, soweit sie nach strategischer Planung in Bonn projektiert und von Bonn gefördert werden. Das ist beispielsweise in Angola weithin der Fall, deshalb die ständigen Beobachterreisen in die portugiesische Kolonie. Man kann unter diesem Gesichtspunkt auch verstehen, daß der sich um die Selbständigkeit seines Landes bemühende Staatschef von Tansania, Nyerere, mit solcher Entschiedenheit jede weitere deutsche Entwicklungshilfe, vor allem aber die angelaufene Militärhilfe, zu dem Zeitpunkt ablehnte, als „entwicklungspolitisch" von Bonn die Schließung des Konsulats der DDR gefordert wurde. Doch nicht jeder Staatschef in Afrika reagiert so selbstbewußt. Nyerere jedenfalls hat in seiner Stellungnahme zu diesem Fall auf die politischen Bedingungen Bonns hingewiesen und sie als unzumutbar erklärt. Wie weit diese Bedingungen reichen, zeigen die Ausführungen von Pauls.

Entwicklungspolitik nach Bonner Verständnis hat zwei Schwerpunkte in ihrer Durchführung. Zum einen trifft sie sich mit der Wirtschaft in dem Verlangen, die Industrialisierung in den Entwicklungsländern kapitalmäßig in die Hand zu bekommen und auch strategische NATO-Gesichtspunkte dabei zu berücksichtigen. Zum anderen legt sie großen Wert auf die Bildungspolitik. Auf diesem Gebiet konzentriert sich das Hauptinteresse der Bonner Entwicklungspolitiker derzeit auf das Berufsschulwesen, zu dem man möglichst viel beitragen will, weil so „am wirksamsten der Kampf gegen den Kommunismus zu führen ist, dem sonst die Schaffung eines städtischen Proletariats im Zuge der Industrialisierung zugutekommt", wie Pauls bemerkt. Dabei arbeitet Bonn eng mit der katholischen Aktion „Misereor" zusammen, deren missionarische Gesichtspunkte bei der Haltung des deutschen Episkopats eng mit denen der derzeitigen Bundesregierung zusammenfallen. Hingegen hat die evangelische Aktion „Brot für die Welt" es abgelehnt, ihre Mittel „entwicklungspolitisch" einzusetzen. Sie lehnt die politischen Bedingungen ab und steht auf dem Standpunkt — wie sich etwa bei der Unterstützung notleidender Algerier während ihres Befreiungskampfes durch „Brot

POLITICA

LUCHTERHAND

1 **Iring Fetscher**
Rousseaus politische Philosophie
332 Seiten, Leinen DM 19,50,
Studienausgabe DM 16,–

2 **H. R. G. Greaves**
Grundlagen der politischen Theorie
216 Seiten, Leinen DM 19,50

3 **Dieter Groh**
Rußland und das Selbstverständnis Europas
368 Seiten, Leinen DM 19,80,
Studienausgabe DM 16,–

4 **Jürgen Habermas**
Strukturwandel der Öffentlichkeit
304 Seiten, 2. Auflage 1965,
Leinen DM 28,–, Studienausgabe DM 19,–

5 **T. D. Weldon**
Kritik der politischen Sprache
Vom Sinn politischer Begriffe
216 Seiten, Leinen DM 19,80,
Studienausgabe DM 16,–

6 **Jean Dabin**
Der Staat – oder Untersuchungen über das Politische
290 Seiten, Leinen DM 36,–

7 **Die Lehre Saint-Simons**
Eingeleitet und herausgegeben von Gottfried Salomon-Delatour
300 Seiten, Leinen DM 28,–,
Studienausgabe DM 19,–

8 **Erich Angermann**
Robert von Mohl (1799–1875)
Leben und Werk eines altliberalen Staatsgelehrten. 470 Seiten und zwei Kunstdrucktafeln. Leinen DM 36,–

9 **Bertrand de Jouvenel**
Über Souveränität
Auf der Suche nach dem Gemeinwohl.
348 Seiten, Leinen DM 28,–

10 **Leo Strauss**
Über Tyrannis
Eine Interpretation von Xenophons „Hieron" mit einem Essay über „Tyrannis und Weisheit" von Alexandre Kojève.
244 Seiten, Leinen DM 22,–

11 **Jürgen Habermas**
Theorie und Praxis
Sozialphilosophische Studien.
370 Seiten, Leinen DM 27,–

12 **Georges Burdeau**
Einführung in die politische Wissenschaft
502 Seiten, Leinen DM 36,–

13 **Hans Maier**
Die ältere deutsche Verwaltungslehre
Rund 300 Seiten, Leinen etwa DM 24,–

14 **Wilhelm Hennis**
Politik und praktische Philosophie
132 Seiten, Leinen DM 12,50

15 **Eric Weil**
Philosophie der Politik
316 Seiten, Leinen DM 38,–

16 **Der Herrschaftsvertrag**
Herausgegeben von Alfred Voigt.
294 Seiten, Leinen DM 28,–

17 **Otto Kirchheimer**
Politische Justiz
687 Seiten, Leinen DM 45,–

18 **Gottfried Salomon-Delatour**
Moderne Staatslehren
Rund 750 Seiten, Leinen etwa DM 45,–

19 **Hasso Hofmann**
Legitimität gegen Legalität
Der Weg der politischen Philosophie Carl Schmitts. 304 Seiten, Leinen DM 28,80

20 **Luis Diez del Corral**
Doktrinärer Liberalismus
410 Seiten, Leinen DM 38,–

21 **Leo Strauss**
Hobbes politische Philosophie
Rund 320 Seiten, Leinen etwa DM 28,–

22 **Thomas Hobbes**
Leviathan
Herausgegeben von Iring Fetscher.
Rund 550 Seiten, Leinen etwa DM 40,–

23 **Georg Lenz**
Deutsches Staatsdenken im 17. und 18. Jahrhundert
Rund 474 Seiten, Leinen etwa DM 36,–

Ein Gesamtverzeichnis erhalten Sie in Buchhandlungen oder direkt vom

Hermann Luchterhand Verlag GmbH
545 Neuwied, Postfach 369

für die Welt" gegen das Verbot der Bundesregierung zeigte — daß Entwicklungshilfe in christlichem Geist aus keinem anderen Motiv als dem der brüderlichen Partnerschaft geleistet werden dürfe.

Jede Intervention einer europäischen Macht in Afrika setzt voraus, daß damit eine bestimmte Vorstellung von der Zukunft dieses Kontinents verbunden ist. In Bonn hat man eine solche Vorstellung. Sie ist von den amtlichen Vertretern der Bonner Afrikapolitik nie offiziell so ungeschminkt vorgetragen worden wie unlängst auf einer Afrika-Tagung der Evangelischen Akademie Loccum von einem Publizisten, dem Fernsehreporter des Bayerischen Rundfunks Klaus Stephan, der gerade von einem mehrjährigen Aufenthalt in Afrika, vornehmlich in Nigerien, zurückgekehrt war. Mit seiner Darstellung stieß er nicht nur bei der evangelischen Tagungsleitung, sondern noch heftiger bei den anwesenden afrikanischen Politikern, darunter dem Botschafter von Malawi und der einflußreichen Parlamentsabgeordneten Madame Diop aus Senegal, auf Widerspruch. Die afrikanischen Gäste drohten die Tagung zu verlassen, und nur die Distanzierung der Tagungsleitung von Stephan rettete den programmgemäßen Ablauf der Zusammenkunft. Was Stephan sagte, fand indes die begeisterte Zustimmung und starken Beifall der anwesenden Vertreter der deutschen Wirtschaft, des Bankwesens und der Deutschen Afrika-Gesellschaft. Insofern verdienen seine Gedankengänge festgehalten zu werden.

Stephan verteidigte zunächst einmal die Kolonialzeit als einen „zivilisatorischen Segen" für Afrika. Dieser Kontinent sei dadurch mit der „Kultur des Abendlandes" in Berührung gekommen. Eine Bemerkung, die den Afrikanern nur bitteren Hohn entlockte. Stephan aber fragte sich dann, was Afrika Europa gegeben habe oder geben könne. Er antwortete: „Nichts". Dagegen habe Europa Afrika die Grundzüge einer sinnvollen Verwaltung, alle Errungenschaften der modernen Technik sowie Lesen und Schreiben beigebracht. Der Afrikaner sei nun einmal „unschöpferich". Die Arroganz, mit der Afrikaner heute aufträten und behaupteten, sich selbst verwalten zu können, entspräche durchaus nicht der Tatsache, daß sie noch auf fast allen Gebieten auf europäischen Rat und europäische Hilfe angewiesen seien.

Damit war also, bar jeder Selbstkritik an den Praktiken der Kolonialzeit, das „abendländische Leitbild" von der Herrenrasse neu aufgerichtet. Die Folgerungen, die Stephan daraus zog, sahen entsprechend aus: Afrika müsse erkennen, daß es auch in Zukunft nur in enger Anlehnung an Europa seine Zukunft meistern könne. Sonst drohe ihm mit dem Abfall vom Abendland die Strafe des Kommunismus. Der weiße Mann müsse in Afrika als Berater deshalb die ihm zustehende Position ungeschmälert wieder zugestanden erhalten. In diesem Zusammenhang warnte Stephan dann die deutsche öffentliche Meinung vor einer „einseitigen" Sicht der Politik der Südafrikanischen Union, die vielmehr den Realitäten in Afrika weit besser Rechnung trage — wenn er auch gewisse Überspitzungen der Apartheidpolitik nicht befürworten wolle — als der „romantische Philoafrikanismus", der sich in Europa aus einem unberechtigten schlechten Gewissen wegen der Kolonialzeit noch immer breitmache.

Der Geschäftsführer der Deutschen Afrika-Gesellschaft, Splett, verteidigte ausdrücklich Stephans Konzeption. Er sagte, ein wirkliches Verständnis des Afrikaners müsse auch dessen konstitutive Schwächen „ehrlich zur Kenntnis nehmen". Damit hatte Stephan den Segen von Gerstenmaier. (Wir folgen hier dem Bericht und den Aufzeichnungen eines afrikanischen Teilnehmers an der Tagung.) Afrikanische Sprecher, so Madame Diop, erklärten in Loccum, die Ausführungen von Stephan und Splett zeigten, daß ein Diolag mit Afrika in der Bundesrepublik noch auf große mentale Schwierigkeiten stoße. Er sei aber mit Gewinn für beide

Seiten nur zu führen, wenn man in der Bundesrepublik vom Gedanken der Partnerschaft ausgehe. Aus diesem Geist der Partnerschaft heraus müsse man auch dem afrikanischen Sozialismus Gerechtigkeit widerfahren lassen, der die stärkste Idee Afrikas auf dem Wege zu seiner Selbstbestimmung in Freiheit sei und der nicht auf Feindschaft gegen den Westen, sondern auf Frieden in Afrika und auf Frieden Afrikas mit aller Welt abziele.

Daß der Bonner Neokolonialismus auf dem alten „abendländischen Kolonialismus" und seinem Herrenmenschenstandpunkt aufbaut, ergibt schon ein Blick auf die Herkunft und Mentalität der erzkonservativen Politiker, die heute bei uns Afrikapolitik initiieren, wie Gerstenmaier, Hassel oder als Public-relations-Mann der Chefredakteur von „Christ und Welt", Giselher Wirsing mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit. Allerdings soll der Neokolonialismus im heutigen Afrika zweispurig vorgetragen werden. Zum einen wird natürlich die Südafrikanische Union auch künftig mit jeder Ermunterung rechnen können. Ihre Fortexistenz in der derzeitigen Form und Verfassung ist die „Kraft eines Symbols für alle alten Afrikapioniere", wie es die Deutsche Nationalzeitung nennt. Zum anderen aber will man nicht nur im Kongo, sondern überall, wo man finanziell Fuß fassen kann, korrupte „Führungskräfte" in Afrika bestärken, die zwecks Absicherung der Herrschaft ihres Clans bereit sind, dem westeuropäischen und amerikanischen Interventionismus Tür und Tor zu öffnen. Mit Partnerschaft hat das nichts zu tun. Diese Politik unterschätzt indes auf gefährliche Weise und in alter arroganter Verblendung den Freiheitswillen der Afrikaner. In Ostafrika bahnt sich eine Entwicklung an, die der Westen heute schon immer weniger „entwicklungspolitisch" zu beeinflussen vermag. Die Schwäche mancher afrikanischer Staaten ist eine Folge der Kolonialzeit. Sie rührt von der willkürlichen Zerstückelung der afrikanischen Stammesterritorien nach den Interessen der einstigen kolonialen Eroberer her. Daß man aus den Kolonien inzwischen Staaten machte, die nicht immer lebensfähig sind, hält manches afrikanische Staatsgebilde in einer Abhängigkeit von der einstigen Kolonialmacht. Sinnvolle Föderationen zur Stärkung der Wirtschaftsmacht dürfen aber nicht Projekte des internationalen westlichen Kapitals zur Neuetablierung des Kolonialismus „in zeitgemäßer Form" bleiben, wenn Afrika seine Freiheit behaupten und in allen Regionen durchsetzen möchte, wo sie heute noch nicht besteht. Wenn Staaten wie Transania, Kenia, Ghana, Guinea zu Zentren der Kooperation des freien Afrikas werden, wenn die bislang noch eher platonische Bewegung für die afrikanische Einheit in diesem Sinne fortschreitet, erst dann wird Afrika insgesamt auf dem Wege zu seiner ihm zustehenden souveränen Rolle in der Weltpolitik sein.

In Bonn ist man dabei, auf dem Pfade neuer kolonial-imperialistischer und zweifelhafter militärisch-strategischer Abenteuer eine Chance zu verspielen, die gerade uns Deutschen in Afrika offenstand, nämlich die Chance einer Partnerschaft mit den afrikanischen Völkern, die auf dem Wege zu ihrer Souveränität sind. Deutschland war kolonial nicht unbelastet, aber doch im Bewußtsein vieler Afrikaner der jetzt regierenden Generation nicht mehr als Kolonialmacht so abgestempelt wie andere westliche Länder, weil es nach dem Ersten Weltkrieg — wenn auch nicht aus freiem Entschluß — seine Kolonien bereits aufgab. Wir hätten den Hoffnungen, die in Afrika uns Deutschen entgegengebracht wurden, gerecht werden sollen, so wie es einzelne private Organisationen, so wie es weithin „Brot für die Welt" tat. Wir haben stattdessen eine „Entwicklungspolitik" getrieben, die uns in Tansania bereits den Verzicht der dortigen Regierung auf jede Unterstützung aus Bonn einbrachte. Auch die Spekulationen mit Tschombé sind auf einen schwankenden Grund gebaut. Das Gesetz der Entwicklung, daß der Kolonialismus historisch ausgespielt hat, läßt sich in Afrika noch mit allerlei

Tricks und Manövern verzögern, aber nicht endgültig aufhalten. Das Debakel, das sich in Tansania noch in einigermaßen höflichen Formen abspielte, könnte uns im Kongo, wenn dort eine Volksregierung an die Macht kommt, weit härter bloßstellen. Die Zukunft dieses Kontinents wird auf die Dauer nicht mit goldenen Fesseln abzuschnüren sein. Afrika ist die längste Zeit der „Unterleib Europas" gewesen. Heusingers Strategie und Bonns Taktik liegen historisch und human auf der Seite der sicheren Verlierer. Aber die Politiker bei uns, die das einsehen und gewillt sind, daraus Konsequenzen zu ziehen, sind dünn gesät. Was not täte, wäre eine breite Diskussion in der Bundesrepublik über die unter dem schön, wenn auch ein wenig herablassend und eigentlich schon deshalb verdächtig klingenden Namen „Entwicklungshilfe" verborgene Entwicklungspolitik, die dazu angetan ist, uns mitschuldig zu machen an der Fortsetzung der Kolonialpolitik in geistig und praktisch kaum gewandelter Form. Und damit mitbeteiligt an der ausstehenden Endabrechnung dieses Kapitels in der Menschheitsgeschichte. Diese Dinge, diese schwerwiegenden Entscheidungen, dürfen nicht exklusiv dem Düsseldorfer Industrieclub überlassen bleiben.

Dokumentation zum Krieg in Vietnam

1. Das Vorspiel: Der erste Indochinakrieg 1947 bis 1954.

. . . Doch 90 Prozent der vietnamesischen Bevölkerung standen auf seiten des Viet-Minh; die Intellektuellen und Politiker machten aus ihren Sympathien für die Befreiungsbewegung keinen Hehl, und selbst die antikommunistischen Kräfte des Nordens, der Dong-Minh und der V.Q.N.N.D., verhielten sich allen Angeboten der Franzosen gegenüber reserviert, wenn nicht ganz offen feindselig . . .

Gegenüber dem französischen Expeditionskorps und den vietnamesischen Hilfstruppen hatten die „Viets" einen entscheidenden Trumpf in der Hand: die Unterstützung durch die Bevölkerung . . .

Da die Fortsetzung des zermürbenden Kampfes die Mittel zu übersteigen schien, welche die Regierungen in Paris bereitstellen konnten — oder wollten —, steuerten die Amerikaner nicht nur Geld und Kriegsausrüstungen bei; sie kamen auch in immer größerer Zahl als Militär- und Zivilberater sowie als Kontrolleure in das Land. Diese Tatsache wurde von den Franzosen zunächst begrüßt, wirkte sich aber später für ihre eigene Stellung in Indochina verhängnisvoll aus . . .

1950 hatten die Vereinigten Staaten zum erstenmal 500 Millionen Dollar für die Fortsetzung des Krieges zur Verfügung gestellt. 1954 erreichte die amerikanische Finanzhilfe den enormen Betrag von 1400 Millionen Dollar. Was diese Unterstützung für Frankreich bedeutete, geht daraus hervor, daß die Vereinigten Staaten im letzten Jahre des Krieges allein achtzig Prozent der gesamten Kriegsausgaben bestritten, während Frankreich selbst nur zu zwanzig Prozent daran beteiligt war . . .

In Washington wurde allen Ernstes erwogen, Atombomben gegen die Viet-Minh-Armee einzusetzen. Ein Weltkrieg würde so fast unvermeidlich werden, wenn die Kommunisten vor dieser massiven Drohung nicht zurückschreckten und chinesische Truppen den amerikanischen Einheiten direkt entgegentraten. Der Chef des Vereinigten Generalstabs, Admiral Radford, sprach sich für den Einsatz von Atombomben aus, der Armeebefehlshaber, General Ridgway, war dagegen. Präsident Eisenhower neigte der Ansicht von Radford zu, wollte aber nicht ohne die Einwilligung des Kongresses und der englischen Regierung handeln. Der Frieden der Welt hing an einem seidenen Faden, ohne daß dies der Öffentlichkeit recht bewußt wurde. Es war letzten Endes das Verdienst der englischen Regierung unter Anthony Eden, den Amerikanern am Ostersonntag 1954 ganz eindeutig erklärt zu haben, daß Großbritannien — und damit das Commonwealth — nicht

bereit sei, das selbstmörderische Spiel mit der Abschreckung mitzumachen, um Frankreich in Indochina vor einer militärischen Niederlage zu bewahren.

Günter Schütze, Der schmutzige Krieg, München—Wien 1959, S. 48, 72, 51, 67, 81—82.

Die internationale Lage ist kritisch. Ganz Südostasien geht einer großen Gefahr entgegen, und wenn Indochina verloren ist, gibt es eine Kettenreaktion im ganzen Fernen Osten und in Südostasien.

Außenminister John Foster Dalles am 6. V. 1953.

Ich glaube ehrlich, daß die Militärhilfe in Indochina, welches auch ihre Bedeutung sein möge, keinen Feind besiegen kann, der zu gleicher Zeit überall und nirgends ist, der die Unterstützung und Sympathie des Volkes genießt.

John F. Kennedey, Rede im Senat am 6. IV. 1954.

2. Der Genfer Waffenstillstand, Juli 1954.

1. Teilung des Landes durch eine Demarkationslinie entlang des Ben-Hai-Flusses, der etwa in Höhe des 17. Breitengrades von Westen nach Osten fließt.

2. Räumung aller Gebiete nördlich dieser Linie durch die französischen Truppen und aller Gebiete südlich der Linie durch die Vietminh-Truppen. Beiden Mächten bleiben im Gebiet des Gegners für 300 Tage bestimmte „Umgruppierungszonen" erhalten, in denen die Truppen zunächst zusammengezogen werden und in denen sie sich bis zum endgültigen Abtransport aufhalten sollen.

3. Bildung einer internationalen Kontrollkommission aus Vertretern Indiens, Kanadas und Polens. Diese Kommission fällt ihre Entscheidungen durch Mehrheitsbeschluß, außer in solchen Fällen, die zu einem Wiederaufleben der Kämpfe führen könnten. In diesem Fall ist Einstimmigkeit erforderlich.

4. Abhaltung allgemeiner Wahlen zwischen dem Juli 1955 und dem Juli 1966. Die interessierten Parteien sollen im Juli 1955 zusammentreten, um die Wahlen vorzubereiten.

5. Bildung einer Kommission aus beiden Parteien, welche die Feuereinstellung und die Umgruppierung der Truppen verwirklichen und darüber wachen soll, daß die Demarkationslinie respektiert wird.

6. Einstellung der Einfuhr von Waffen, Munition und Truppen nach Vietnam und Verbot von Militärstützpunkten ...

Der amerikanische Delegationschef Bedell Smith teilte der Indochinakonferenz mit, die USA schlössen sich der Konferenz-Erklärung nicht an, weil Amerika immer die Anschauung vertreten habe, daß Völker berechtigt sind, ihre eigene Zukunft selbst zu entscheiden ... Bedell Smith brachte in einer einseitigen Erklärung zum Ausdruck, die Vereinigten Staaten würden die erzielten Vereinbarungen in keiner Weise stören ...

Süddeutsche Zeitung v. 22. VII. 1954.

Als sich dann der Südvietnam unter Diem weigerte, die Bestimmungen des Genfer Vertrages zu erfüllen und in Verhandlungen mit dem „Partner" im Norden einzutreten, verfügten die Garantiemächte von Genf nicht über genügend wirksame Mittel, um die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen zu erzwingen. Frankreich, das für die Durchführung des Genfer Abkommens in Südvietnam verantwortlich zeichnen sollte, sah sich dazu außerstande, nachdem seine noch im Lande verbliebenen Streitkräfte vor dem Julitermin des Jahres 1955 hatten abziehen müssen. In ganz entscheidendem Maße hatten allerdings die Vereinigten Staaten das Regime Diems in seiner Weigerung bekräftigt, überhaupt Wiedervereinigungsverhandlungen zuzulassen. Angesichts dieser amerikanischen Stellungnahme beließen es Paris und London und die Mitglieder der Kontrollkommission bei Protesten, die keinerlei praktische Wirkung haben konnten.

Günter Schütze, ibid. S. 87—88.

3. Der Südostasienpakt (SEATO), September 1954.

Aber schon drei Monate später erklärte Dulles auf der Manila-Konferenz, die USA würden und müßten unter allen Umständen an Südvietnam festhalten, weil diese Region so wie Südkorea von vitaler Bedeutung für die strategische Position der USA im Fernen Osten sei und nicht verlorengehen dürfe. Die Schutzklausel des Manila-Paktes stellte bereits die erste formelle Überschreitung der in Genf getroffenen Neutralisierungsverpflichtung dar, und die Internationale Kontrollkommission protestierte pflichtgemäß ...

Die Grundidee Dulles' war dabei einfach: Gegenüber dem Norden mußte alles getan werden, was dem sich auf Friedensverhältnisse umstellenden Gegner den wirtschaftlichen und administrativen Boden unter den Füßen wegzog und sein Land ins Chaos stürzte. So sollte er dem Süden so unattraktiv wie möglich werden und alle Wiedervereinigungswünsche gefährlich und widersinnig erscheinen lassen. Nach Dulles' Berechnungen mußte der so isolierte und boykottierte Norden langsam in seiner unlösbaren Misere ersticken. Hierauf würde ein politischer und vielleicht auch militärischer Gegenzug der SEATO das erste geglückte „Roll-back"-Manöver des Kalten Krieges vollenden. In Ergänzung dieser Taktik mußte im Süden Paris daran gehindert werden, die Genfer Abkommen auszuführen, vor allem die versprochenen Wahlen abzuhalten, und das konnte am besten über die Verdrängung Frankreichs erreicht werden. Dulles war sich gleichzeitig darüber klar, daß die nationalistische, antikoloniale Stimmungswelle auch in Südvietnam weiter so hochschlug, daß sich nur ein Regime halten konnte, das sich womöglich noch antikolonialer gebärdete als die Vietminh selbst. Washington regte also das neugeschaffene Regime Diem an, sich so franzosenfeindlich wie nur möglich zu geben, um sich populär zu machen, und opferte ihm hierzu den Verbündeten. Der gewünschte Effekt trat ein, als im Juli 1955 Hanoi mit Saigon Kontakt zur Vorbereitung der Wahlen aufnehmen wollte. Saigon lehnte jeden, auch nur jeden postalischen Kontakt mit dem Norden strikte ab, und Diem erklärte schon im Oktober des gleichen Jahres, freie Wahlen in Nord und Süd kämen auf keinen Fall in Frage. Nur Blutvergießen könne sie erzwingen.

Hans Henle, Chinas Schatten über Südost-Asien, Hamburg 1964, S. 220, 221—222.

Unsere Regierung kann sich auf keinem Gebiet durch den Genfer Vertrag, der von ihr nicht unterzeichnet wurde, gebunden betrachten.

Präsident Ngo Diem am 9. VIII. 1955.

Parallel zum Aufbau des südostasiatischen Militärblocks richteten die Vereinigten Staaten, sofort nach dem Waffenstillstand, ihre militärischen, wirtschaftlichen, administrativen Organe in Südvietnam ein, ohne den Genfer Vertrag zu berücksichtigen. Schon am 21. Juli (1955) hatte Eisenhower verkündet, daß die Vereinigten Staaten durch diesen Vertrag keineswegs gebunden sind. Die Militärmission M.A.A.G., die hätte zurückgezogen werden müssen, wurde verstärkt. Die U.S.O.M. (U.S. Organization Mission), welche die amerikanischen Gelder verteilte, brachte ihre Büros im größten Hotel Saigons unter, und ihre Berater traten ihren Dienst an in den Ministerien Diems. Eine Mission der Universität Michigan widmete sich der Erziehung, und im Sicherheitsdienst zeigte Colonel Lansdale seine Talente. Ein anderer amerikanischer Spezialist leitete das Amt der „Agrarreform". Amerikanische Staatsmänner, Generäle, Kardinäle fuhren zwischen Washington und Saigon hin und her, während amerikanische Missionen jeder Art in Eile ihre Zelte aufschlugen.

Nguyen Kien, Le sud-vietnam après Dien-Bien-Phu, Paris 1963, S. 32.

Nicht nur der Friede in Indochina, sondern im ganzen Fernen Osten und in der ganzen Welt verlangt die vollständige Anwendung des Genfer Vertrags durch die interessierten Parteien sowie allgemeine Wahlen nach den Vorschriften dieses Vertrags.

Indisch-polnische Regierungserklärung v. 26. VI. 1955.

Der hauptsächliche Fehler besteht in der Tatsache, daß Herr Diem den Genfer Vertrag nicht anerkennt, obwohl er Vorteile daraus wahrnimmt.

Ministerpräsident Nehru am 29. II. 1956.

Die Vereinigten Staaten werfen Kambodscha vor, der SEATO nicht beigetreten zu sein. Das kambodschanische Volk sieht in der SEATO einen Militärblock und in dem Beitritt zu diesem Block eine Verletzung des Genfer Vertrags.

Prinz Sihanouk, Staatschef von Kambodscha, am 6. IV. 1956.

Unsere ersten Anstrengungen verfolgen den Zweck, Vietnam bei der Aufrechterhaltung seiner Sicherheitskräfte — umfassend eine reguläre Armee von 150 000 Mann, eine mobile Zivilgarde von 45 000 Mann und lokale Einheiten zum Kampf gegen den Umsturz in den Dörfern — zu helfen. Wir sind dabei, diesen Kräften Geld und Ausrüstung zu liefern, und wir haben die Aufgabe, die vietnamesische Armee auszubilden. Wir helfen auch bei der Organisierung, Ausbildung und Ausrüstung der vietnamesischen Polizei.

W. Robertson, US-Unterstaatssekretär der Abteilung Fernost, am 1. VI. 1965.

Ein Roman um Deutschland

STEFAN HEYM

Lenz oder die Freiheit

748 Seiten mit 2 Karten im Text.

Ganzleinen **DM 25,80**

Stefan Heym schildert in diesem „klassischen historischen Roman" die badener Revolution im Jahre 1849, die nach dem Scheitern der Paulskirchen-Versammlung eine deutsche Republik schaffen wollte.

Lenz, Soldat eines Rastatter Regiments und Verfasser revolutionärer Gedichte und Lieder, steht im Mittelpunkt des großangelegten Gemäldes und tritt als Verdichtung vieler Gestalten jener Zeit auf. Zwei Frauen lieben Lenz, die schöne, gefühlsstarke Josepha, die vom Soldatenliebchen zur Offiziersmätresse aufsteigt, und die kluge, warmherzige und resolute Bankierstochter Lenore, die Lenz durch diese heißen Wochen der Revolution und später bis ans Ende der Welt begleitet.

Die Männer der Revolution wollten das Beste. Doch die Revolution verblutet, weniger an der Überlegenheit der preußischen Armee und der mit ihr Verbündeten, als an der Uneinigkeit der Liberalen selbst, an der Furcht der Gemäßigten vor den Radikalen.

Über den Rang dieses Werkes schreibt Helmut Günther: „. . . erzählen kann dieser Heym! Vor allem die tragischen Schlußszenen — das Ende der Revolution in den Todeskasematten von Rastatt — sind großartig. Die Farbigkeit und Fülle seiner Szenen und Menschen macht ihm so leicht keiner nach."

Unsere Bücher sind durch jede Buchhandlung zu beziehen.

LIST VERLAG MÜNCHEN

4. Die Diem-Diktatur 1954—1963.

Alle diese Fragen und Klagen führten immer wieder zu einer Zentralfigur, um die in Südvietnam das ganze öffentliche Leben kreiste. Es war der Präsident Ngo Dinh Diem. Ngo war Südvietnam. Die Amerikaner hatten ihn dazu gemacht ... Kardinal Spellman, der Ngo von Maryknoll her kannte, empfahl ihn an Dulles. Dulles wiederum diktierte Bao Dai Ngos Ernennung zum Ministerpräsidenten im Juni 1954, und Ngo begann mitten in die Genfer Verhandlungen mit so saftigen antifranzösischen Verbal-Breitseiten hineinzufeuern, daß die Amerikaner sofort bereit waren, alles auf seine Karte zu setzen ...

Aber fast zur gleichen Zeit mit seinem Abstimmungserfolg [1]) erging die Ankündigung, daß der Süden die für Sommer 1956 angesetzten Wiedervereinigungswahlen verweigere. Das war für die überwältigende Mehrheit der Nation ein furchtbarer Schlag, bedeutete er doch nicht nur die Zerreißung aller familiären Bande zwischen Nord und Süd, sondern auch die Negierung aller nationalen Hoffnungen und Wünsche und die Frustrierung jenes brennenden Anliegens, für das Millionen Vietnamesen jahrelang gelitten und gestritten hatten. Mit einem Schlag war Ngo in den Augen der Massen, wenn nicht ein Verräter, so doch suspekt geworden.

Hans Henle, ibid. S. 229, 230, 231.

Diem ist vor allem ein Mandarin, ein reiner Feudaler. 1954 hatte das vietnamesische Feudalsystem, das von der Kolonialverwaltung am Leben erhalten worden war, eine gewaltige Krise erlitten. Zum erstenmal in der Geschichte des Landes war es den „Piraten" gelungen, den Großgrundbesitzern den Boden wegzunehmen, die Notabeln, die Mandarine zu verjagen und in der Nordhälfte Vietnams ein neues Regime zu errichten. Ein großer Teil der nordvietnamesischen Feudalen, mitsamt ihrer Klientel, folgten dem französischen Expeditionskorps in den Süden. Alle diese Feudalen stellten sich sogleich unter amerikanischen Schutz und glaubten, mit der allmächtigen Hilfe der Vereinigten Staaten eines Tages im Norden ihr Land und ihre Vorrechte wieder zu bekommen. Im südlichen Teil Mittel-Vietnams hatte die Widerstandsbewegung den Boden ebenfalls unter die armen Bauern verteilt, Volksausschüsse anstelle der Mandarine und Notabeln eingesetzt. Nach dem Waffenstillstand waren die Feudalen wieder an die Macht gelangt, als die Volkstruppen das Land verließen, um in den Norden abzuziehen. Die Regierung Diem ruhte also im wesentlichen auf dieser Klasse von Feudalen, Grundbesitzern, Mandarinen, Notabeln ...

Nguyen Kien, ibid. S. 81—82.

Das politische Regime Vietnams beruhte seit je nicht auf der Verwaltung durch Volksvertreter, sondern durch einen von einigen aufgeklärten Ministern umgebenen Herrscher. Diese Konzeption gab einst ausgezeichnete Resultate ... Es wäre wahnsinnig, blind und ohne Einschränkung das von den friedfertigen Nationen des Westens praktizierte demokratische System übernehmen zu wollen.

Präsident Ngo Diem am 23. III. 1959.

Alle ehemaligen Widerständler werden verfolgt, aus den öffentlichen Ämtern und sogar aus den privaten, dem Regierungsdruck ausgesetzten Unternehmungen entfernt. Diems Truppen veranstalten Säuberungsaktionen wie mitten im Krieg, füllen die Konzentrationslager mit Tausenden Menschen an, die einst in der Vietminh-Zone lebten, geben sich der Plünderung hin, häufen die Erschießungen im Gebiet nahe des 17. Breitengrads. Die politische Diktatur ist derart, daß sogar mehr oder weniger nuancierte antikommunistische Meinungen nicht geduldet werden.

Tribune des Nations, Paris, vom 23. IX. 1955.

Auf die Nachricht vom Sturz der Diem-Diktatur [2]) brachen in ganz Südvietnam ungeheure Freudenkundgebungen aus. Das Volk entlud seinen immensen Haß gegen die Unterdrücker. Es kam zu spontanen Verbrüderungsszenen mit der Armee. Nhus [3]) engste Mitarbeiter, besonders die Polizeikommandeure, wurden gelyncht oder summarisch erschossen. Mit einem Schlag barst auch die ganze demokratische Fassade, die die USA um ihren Schützling aufgebaut hatte. Plötzlich erfuhr das staunende Asien, daß in diesem Vorposten der freien Welt jahrelang 130 000 Häftlinge in KZs und Bagnos gesessen hatten, daß politische Häftlinge, darunter Frauen und Kinder, lebendig begraben, einge-

[1]) Im Oktober fand eine Volksabstimmung statt, die die Monarchie abschaffte und Diem mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten der Republik wählte.

[2]) Am 1. November 1963.

[3]) Ngo Dinh Nhu, bis November 1963 „Politischer Berater" des Präsidenten und Chef der Geheimpolizei.

mauert, erstickt, gefoltert worden waren, daß die Diems immense Gelder aufgehäuft und in Sicherheit gebracht hatten. Man erfuhr, daß Erzbischof Tuc, der Verteidiger des Christentums in der Provinz Hue, das Monopol des Holzhandels innegehabt hatte, daß seine Seminarien durch die Armee gebaut wurden, daß die Kirchenbehörden die Wohlfahrtspenden aus dem Ausland gegen Gold und Schmuck verramscht, daß die Reisverteilungen nur an Katholiken und „Bekehrte" stattgefunden, daß Tuc selbst die Verwendung von Blasengas gegen demonstrierende buddhistische Schulkinder befohlen hatte — und das seit Jahren und unter den Augen der amerikanischen Protektoren. An der Mitverantwortlichkeit der USA an Diems trauriger Bilanz gibt es keinen Zweifel.

Hans Henle, ibid. S. 293.

5. Die Intervention der Vereinigten Staaten.

12. 5. 1961: Vizepräsident Lyndon Johnson verspricht der Regierung in Saigon zusätzliche militärische Hilfe.

16. 6. 1961: US-Beratergruppe wird von 685 auf 3000 Mann vergrößert, darunter sind Spezialisten für den Anti-Guerillakrieg.

11. 10. 1961: Präsident Kennedy entsendet seinen militärischen Berater, General Maxwell Taylor (seit 1964 Botschafter in Südvietnam), mit einer Delegation nach Saigon.

15. 11. 1961: USA liefern Hubschrauber und alte B 26-Bomber.

9. 2. 1962: Vier-Sterne-General Paul D. Harkins übernimmt „US-Militärhilfe-Kommando Vietnam".

15. 3. 1962: Verteidigungsminister McNamara gibt zu, daß US-Berater an Kampfhandlungen teilnehmen und US-Piloten Einsätze gegen die Vietkong fliegen. Die US-Soldaten dürfen nur in Selbstverteidigung schießen.

1962/63: Die Zahl der US-Soldaten erhöht sich auf 13 000.

Februar 1964: Neuer Stand: 16 500 US-Soldaten.

5. 8. 1964: US-Flugzeuge zerstören vier Torpedoboothäfen in Nordvietnam.

Herbst 1964: Bewaffnete US-Aufklärungsflüge über Laos, Jagdbombereinsätze gegen Nachschublinien der Vietkong.

27. 12. 1964: Erstes „Polaris"-U-Boot im Pazifik. Drei Flugzeugträger im Südchinesischen Meer.

Ende 1964: Neuer Stand: 23 500 US-Soldaten.

28. 1. 1965: US-Verluste seit 1961: 360 Tote, 1546 Verwundete, 19 Vermißte.

7. bis 11. 2. 1965: Erste Vergeltungsangriffe gegen militärische Ziele in Nordvietnam. „Hawk"-Raketen-Bataillon nach Da Nang.

Mitte Februar 1965: Düsenjäger und Bomber greifen Vietkong-Stellungen an.

8. 3. 1965: 3500 Marine-Infanteristen landen bei Da Nang.

Munzinger-Archiv, Lieferung 22/1965, S. 9985.

Die Entscheidung ist gegen die Ausweitung des Krieges nach Norden, auf das kommunistische Gebiet Nordvietnams und möglicherweise Chinas, gefallen. Das Stichwort heißt „Konzentration auf Südvietnam" ... Dies nicht nur, weil die Operationen eine Weltkriegsgefahr heraufbeschwören könnten, sondern weil die Analyse der örtlichen Lage, die McNamara jetzt bestätigt fand, den Ratgebern der Beschränkung recht gab. Das Problem wäre, selbst wenn amerikanische Eingriffe den kommunistischen Norden Indochinas erobert hätten, nicht gelöst. Die antikommunistische Seite hätte trotzdem Südvietnam verlieren können, wo der Kampf wesentlich zwischen Südvietnamesen stattfindet, wenn auch die kommunistischen Vietkong von außen Unterstützung erhalten. Der Verteidigungsminister hat an Ort und Stelle seine Auffassung bekräftigt gefunden, daß es sich um einen politischen Krieg handelt.

Die Welt v. 19. III. 1964.

Das amerikanische Außenministerium gab am Wochenende ein Weißbuch über den Vietnam-Krieg heraus. Es ist dazu bestimmt, die amerikanische Politik in Südostasien gegen das wachsende internationale Drängen nach Verhandlungen zu rechtfertigen. Seine These ist: Der Krieg in Südvietnam ist kein interner Bürgerkrieg, sondern eine von der kommunistischen Regierung in Nordvietnam organisierte und gelenkte „getarnte Aggression zur Unterwerfung eines souveränen Volkes in einem Nachbarstaat".

Süddeutsche Zeitung v. 1. III. 1965.

Die Legende eines von Hanoi aus unternommenen Aggressionskrieges konnte den Amerikanern dienen, um einen Verantwortlichen für ihre Rückschläge zu entdecken: sie widersteht keiner Prüfung und kann weder der Kriegsführung noch der Friedenssuche nützlich sein.

Le Monde v. 9. IV. 1965.

Man weiß hier nur zu gut, daß die These von der „Aggression aus dem Norden" eine Hilfsthese neueren Datums ist, man weiß, daß selbst die Amerikaner unter vier Augen zugeben, daß die Zahl der Infiltranten aus dem Norden im Jahre 1964 geringer war als 1962, und man weiß, daß im gesamten Krieg bisher nur zwanzig nordvietnamesische Staatsangehörige in Südvietnam gefangengenommen worden sind, der erste davon im Juli 1964. Man zweifelt hier daran, daß es den Amerikanern gelingen wird, eine volksnahe und damit auch stabile Regierung in Südvietnam auf die Beine zu bringen, unerläßliche Voraussetzung einer dauerhaften Lösung ...

Stuttgarter Zeitung v. 23. IV. 1965.

Die Wahrheit ist, daß die Vereinigten Staaten nicht hoffen können, einen theoretisch im Namen des vietnamesischen Volkes, „Opfer einer ausländischen Aggression", geführten Krieg zu gewinnen, ohne daß dieses Volk ihnen dazu den Auftrag erteilt und sich selbst bereit zeigt zu kämpfen.

Le Monde v. 25. VIII. 1965.

6. Die Opfer.

Man erfährt aus vertrauenswürdiger Quelle, daß die Amerikaner und Südviamesen Gas im Kampf gegen die Vietkong verwenden. Neben Tränengas wird Gas, das Erbrechen und vorübergehende Blindheit hervorruft, über die Männer der Befreiungsfront aus Hubschraubern und Flugzeugen verbreitet. Große Behälter sind unter den Maschinen angebracht. Manchmal werden Granaten abgeworfen, um Gasschwaden zu verbreiten.

Le Monde v. 23. III. 1965.

Südvietnamesische Regierungstruppen haben mit Hilfe amerikanischer Ausbilder diese Woche zum erstenmal in größtem Ausmaß die Kriegstaktik der „verbrannten Erde" gegen die kommunistischen Vietkong-Rebellen angewandt. Bei einer dreitägigen Operation wurde ein 30 km langer Landstreifen entlang des Vaico-Flusses nahe der kambodschanischen Grenze verwüstet. Der Fluß und seine Ufer bildeten nach Ansicht der Regierungstruppen eine wichtige Nachschublinie und ein Versteck für Versorgungsdepots der Vietkong. Tiere und Pflanzen wurden bis auf wenige Ausnahmen vernichtet. Die Haustiere der Bewohner wurden abgestochen und liegengelassen oder von den abziehenden Regierungstruppen mitgeschleppt. Die evakuierten Dörfer wurden mit 3000 amerikanischen Raketen von Hubschraubern bombardiert. 700 Dorfbewohner — Frauen, Kinder und alte Leute — wurden aus ihren Häusern vertrieben. Die wehrfähigen Männer flüchteten vor den anrückenden Regierungstruppen in den Dschungel. Von den in dieser Gegend vermuteten Vietkong wurden bei der Operation 25 getötet ...

Süddeutsche Zeitung v. 8. VI. 1964.

532 Flüge wurden über Vietkong-Basen in Südvietnam an einem einzigen Tag ausgeführt. Das ist eine Rekordzahl im Laufe dieses Kriegs. Apparate der drei amerikanischen Flugzeugträger Independence, Oriskany und Coral-Sea nahmen zum erstenmal an Bombardierungen teil. Man nimmt an, daß die Bombardierungen eine Ausdehnung und Intensität erreicht haben, die selbst den Zweiten Weltkrieg übertreffen.

Le Monde v. 5.—6. IX. 1965.

Bei den Kämpfen in Südvietnam sind nach Angaben der Regierung in Saigon allein im Monat August 360 000 Menschen obdachlos geworden. Ein Regierungssprecher sagte, die Zahl der Flüchtlinge sei jedoch erheblich niedriger. So seien im Juli nur 10 000 gezählt worden, seit der Ausweitung der Kampfhandlungen steige jedoch deren Zahl. Die Flüchtlinge würden nach Möglichkeit in Lager eingewiesen und durch ausländische Hilfe versorgt. Amerikanische Stellen äußerten, daß das Flüchtlingsproblem sehr bedauert werde und daß zugleich alle Anstrengungen gemacht würden, die Not zu lindern. Botschafter Cabot Logde zeigte selbst große Anteilnahme, Schäden der Zivilbevölkerung seien in Kriegszeiten jedoch nicht zu verhindern. Auch Bombenschäden für die Besitzer der landwirtschaftlichen Plantagen werden eingeräumt. Aber „wir können nicht eine Gummi-

plantage schonen, wenn der Vietkong darin aufmarschiert". Bis zum Jahresende wird der Krieg den Kautschukertrag, den Hauptexportartikel Südvietnams, nach Schätzungen um mehr als die Hälfte senken, auch die Reisernte wird schwer getroffen.

Süddeutsche Zeitung v. 16. IX. 1965.

Nicht allein die Professoren drückten ihre Opposition aus. Mitte April klagten 350 Schriftsteller und Künstler (unter ihnen Robert Lowell, Arthur Miller, Philip Roth, William Styron und Edmund Wilson) die amerikanische Politik an. Fast zur gleichen Zeit ... veröffentlichte ein interkonfessionelles Komitee in der New York Times ein ganzseitiges Manifest unter dem Titel: „2500 Pastoren, Priester und Rabbiner sagen: Herr Präsident, in Gottes Namen, halten Sie ein!" Sie erklärten sich „entsetzt angesichts der Rolle, die die Vereinigten Staaten in Vietnam spielen", sie drückten die Furcht aus, „daß (die Regierungspolitik) das Gottesurteil über unsere Nation bringe".

Le Monde v. 8. VII. 1965.

In internationaler Politik bin ich völlig unzuständig. Ich urteile nicht, ich verdamme nicht, aber ich lese das amtliche Kommuniqué: „Drei aufeinanderfolgende Wellen über den Vororten von Hanoi. Ziele erreicht. Ein Flugzeug mit fünf Mann gilt als verlustig." Der Militärgeistliche des Flugzeugstützpunktes (oder des Flugzeugträgers) wird für die fünf militärischen Opfer einen Gottesdienst abhalten ... Erlauben Sie, daß ich das gleiche tue für die fünftausend Zivilisten, unschuldige Opfer dieser Operation? Das Kommuniqué spricht niemals davon. Die Zeitungen fast nie. Aber ich kenne dieses Delta von Tonking, mit den am meisten besiedelten Reisfeldern der Welt. Für eine zerstörte Brücke — und die Franzosen kennen aus eigener Erfahrung die Breite der Bombenteppiche —, wieviele ermordete Frauen und Kinder? Strategisch ist das ein Erfolg. Menschlich ist es ein Massaker. Christlich ist es ein Skandal. Auf meinem Schreibtisch liegt ein Brief eines alten befreundeten Missionars aus Vietnam, der mich drängt zu sprechen, sonst wird das Schweigen der Christen des Abendlands die schönsten Schemata des Konzils zunichte machen. Denn die armen Menschen der Reisfelder sind jedesmal die Opfer.

Monsignore Rohain, Generalsekretär der Secours catholique in Frankreich, Le Monde v. 5.—6. IX. 1965.

Wenn ich das vorgeschlagen hätte, was Johnson heute in der Dominikanischen Republik und Vietnam macht, dann hätte man mich an den Daumen aufgehängt. Damals betrachtete man mich als einen Kriegshetzer, mit dem Finger am Abzug, weil ich zum großen Teil das forderte, was wir heute tun.

Senator Barry Goldwater am 10. V. 1965.

Daher ist das Wort Frieden in unseren Augen das wichtigste Wort unserer Sprache in diesem Augenblick, und mehr als jedes andere Wort beansprucht es unsere Aufmerksamkeit.

Präsident Johnson am 25. VIII. 1965.

7. Krieg oder Frieden?

Wer glaubt, daß der Kampf, den wir gegen den Vietkong führen, in drei oder vier Monaten gewonnen oder verloren werden kann, hat nichts begriffen. Es handelt sich um einen langen Krieg, der zwanzig Jahre dauern kann. Wir brauchten vierzig Jahre, um das zu verwirklichen, was wir in den Philippinen geleistet haben.

Generaloberst Viney, 2. Kommandeur der US-Spezialtruppen, am 11. VIII. 1964.

Die Vereinigten Staaten verfügen bereits über Pläne zur Zerstörung militärischer und industrieller Ziele, einschließlich der Atomanlagen im kommunistischen China im Falle eines allgemeinen Konflikts. Diese Enthüllungen machte General John Lavelle, zweiter Generalstabschef und Direktor des Raketenprogramms.

Le Monde v. 27. IV. 1965.

Die Beamten des Verteidigungsministeriums geben zu, daß der Vietnamkrieg für die Streitkräfte ein „Kriegslaboratorium" darstellt. Man probiert Taktiken, man bildet Soldaten aus, man prüft Waffen in echten Kämpfen. Das interessiert die Marine genau so wie die Luftwaffe oder das Landheer ...

New York Times v. 4. V. 1965.

Die Südvietnamesen sind nicht stark genug, um den Krieg nach Nordvietnam zu tragen. Aber wir haben die Möglichkeit, die Natur dieses Krieges zu ändern. Das ist ein fol-

genschwerer Entschluß ... Die Frage einer demokratischen Regierung, so wie wir sie kennen, gehört nicht zu den dringenden Fragen ... Wir sind nicht dort unten, um für die Demokratie zu werben ... Für mich ist der legale Aspekt des Problems am unwichtigsten.

Cabot Lodge, US-Botschafter in Saigon, U.S. News and World Report v. 15. II. 1965.

Die erste Realität ist, daß Nordvietnam eine unabhängige Nation, Südvietnam, angegriffen hat ... Und das Ziel dieses Angriffs ist ein befreundetes Land, demgegenüber wir Verpflichtungen eingegangen sind ... Über diesem Krieg und über ganz Asien lastet eine andere Realität: der immer drohender werdende Schatten des kommunistischen Chinas ... Wir handeln so, um das Vertrauen des mutigen südvietnamesischen Volkes zu stärken ... Wir werden nicht nachgeben, wir werden uns nicht zurückziehen, weder offen noch unter dem Deckmantel eines wertlosen Vertrags.

Präsident Johnson am 7. IV. 1965.

Ich hoffe, daß Präsident Johnson seine feste Stellung halten wird, um den Kommunismus zu stoppen ... Muß man China bombardieren? Das hängt von der Lage ab. Man muß zwei Fälle unterscheiden: Entweder China provoziert uns oder es provoziert uns nicht ... Wenn ich Präsident wäre, würde ich beten, damit China uns angreift, denn dann könnten wir es bombardieren. Aber ich glaube nicht, daß es das tun wird.

Senator Barry Goldwater am 28. IV. 1965.

Senator Fulbright, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses, sprach sich zugunsten einer Rückkehr zum Genfer Vertrag 1954 aus, mit freien Wahlen, die unter UNO-Kontrolle stattfinden könnten. „Ich glaube, das Resultat wäre ein unabhängiges nationalistisches Regime, weil ich nicht denke, daß die Vietnamesen unvermeidlich für eine Art chinesisches kommunistisches Regime stimmen werden."

Le Monde v. 7. V. 1965.

Schließlich und ganz besonders entfernen die Angriffe (gegen Vietnam) die befreundeten Mächte in Asien, Europa und Afrika von uns; sehr wahrscheinlich verstärken sie dort die Opposition. Verschiedentlich, während mancher Epochen muskulöser Verirrung, haben wir gedacht, daß wir keine Freunde brauchten, und regelmäßig mußten wir entdecken, daß dies unmöglich sei.

John K. Galbraith, Professor in Harvard, ehemaliger Botschafter in Indien, Le Monde v. 29. IV. 1965.

Der Generalsekretär (der UNO) erachtete es für notwendig, in einer Erklärung seine Befürchtung auszudrücken angesichts der „Gefahr einer möglichen escalation". In seiner Erklärung behauptet U Thant ebenfalls, daß der Konflikt nicht durch militärische Methoden gelöst werden kann und daß das allein gültige Mittel das der Verhandlungen ist. Bei dieser Gelegenheit sprach er von der „Wiederbelebung der Genfer Konferenz".

Le Monde v. 14.—15. II. 1965.

In der Einleitung zu seinem Jahresbericht forderte Generalsekretär U Thant wie schon mehrfach während der vergangenen Monate die Delegierten auf, Rotchina in ihre Reihen zuzulassen. Ohne China namentlich zu nennen, erklärte der Generalsekretär, daß die Situation in Vietnam ebenso wie der tote Punkt, auf dem die Abrüstungsfrage sich befinde, den Vereinten Nationen die dringende Notwendigkeit vor Augen führten, so bald wie möglich eine Universalität der Mitgliedschaft zu erreichen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 23. IX. 1965.

Tatsächlich gibt es in Asien keine politische Realität betreffend insbesondere Kambodscha, Laos, Vietnam oder Indien, Pakistan, Afghanistan, Birma, Korea oder Sowjetrußland oder auch Japan usw., die China nicht berührt oder interessiert. Vor allem ist weder Krieg noch Frieden in diesem Erdteil vorstellbar, ohne daß China nicht mitinbegriffen wäre. So ist absolut, außerhalb seiner Mitwirkung, ein eventueller Vertrag über die Neutralität der Staaten Südostasiens undenkbar, denen wir Franzosen, aus so zahlreichen Gründen, eine ganz besondere und herzliche Aufmerksamkeit widmen ... Neutralität, die in der gegenwärtigen Periode die einzige mit dem Frieden und Fortschritt der Bevölkerung zu vereinbarende Situation zu sein scheint.

Staatspräsident de Gaulle am 31. I. 1964.

Bundeskanzler Erhard teilte nach seinem Gespräch mit Lodge im Bayerischen Rundfunk mit, er habe dem Sonderbotschafter die Unterstützung der Bundesrepublik für die Südostasien-Politik der USA zugesagt. „Wir können zwar keine militärische Hilfe leisten — sie wurde uns auch nicht abverlangt —, aber wirtschaftlich können wir etwas tun",

sagte Erhard. Er fühle sich verpflichtet, der amerikanischen Regierung in ihrer Südostasien-Politik moralischen Beistand zu leisten, damit Asien nicht dem Kommunismus überantwortet wird. „Das würde auch auf Europa Rückwirkungen haben."

Süddeutsche Zeitung v. 28. VIII. 1964.

Deutschland befürwortet es, wenn Präsident Johnson aus einer Position der Stärke verhandeln will. Sollten sich die Vereinigten Staaten einseitig zurückziehen, dann könnte das eine Kettenreaktion hervorrufen, die auch neue Unruhe in Berlin schafft.

SPD-Fraktionsvorsitzender Fritz Erler, AP-Meldung v. 21. IV. 1965.

Diese Emanzipationsbewegung ist noch nicht beendet — das ist etwas, was begriffen werden muß. Sie wird in Ostasien und Südostasien nicht beendet sein, bis es in dieser Weltgegend keine oder fast keine amerikanischen und britischen Militärstützpunkte mehr gibt. Der Wunsch, jeden okzidentalen Machteinfluß gänzlich loszuwerden, liegt im Herzen jedes Ostasiaten oder Südostasiaten, gleichgültig, ob er augenblicklich politisch neutralistisch, prowestlich oder kommunistisch eingestellt ist.

Lily Abegg, Frankfurter Allgemeine Zeitung, v. 12. III. 1964.

(Zusammengestellt von Heinz Abosch)

Max von der Grün

Glaubt ihnen nicht . . .

Eine Rede vor dem 19. September 1965

Der Schriftsteller Max von der Grün, mit seinen aus der Erfahrung von dreizehn Jahren bergmännischer Arbeit unter Tage geschöpften Ruhrkumpelromanen „Männer in zweifacher Nacht" und „Irrlichter und Feuer" viel beachtete erste Stimme der Arbeitnehmerschaft der Bundesrepublik in der Nachkriegsliteratur, in vierzehn Sprachen übersetzt, in West und Ost diskutiert, hat auch im Bundestagswahlkampf nicht geschwiegen, sondern nachdrücklich vor Ludwig Erhards Praktiken und der Gesinnung, die dahinter steht, gewarnt. Gemeinsam mit Günter Grass sprach er am 12. September in der Dortmunder Westfalenhalle und richtete sein Wort vor allem an die Arbeiterschaft. Der Wahlausgang hat seine Warnungen gewiß nicht entkräftet oder widerlegt. Sie spiegeln sich literarisch in dem Erzählband „Fahrtunterbrechung", den er in diesem Herbst vorlegt und in dessen Mittelpunkt die sozialkritische Durchleuchtung neuer Formen der Industrieherrschaft über Mensch und Staat steht. Wir stellen den politisch engagierten Autor hiermit unseren Lesern vor und veröffentlichen den Text seiner oben genannten Rede, den er den „Blättern" zum Abdruck zur Verfügung stellte. D. Red.

Eine von Günter Graß' Wahlreden für die SDP heißt „Loblied auf Willy". Ich möchte es mir versagen, eine Rede zu halten als Loblied auf Günter — obwohl es berechtigt wäre. Einige Worte aber müssen hier doch gesagt werden, weil diese Veranstaltung die einzige hier im Ruhrgebiet ist, und zwar in der Stadt Dortmund. Nicht von ungefähr. Es soll also keiner kommen und sich beklagen, das Ruhrgebiet sei wieder einmal — wie so oft — zu kurz gekommen und als bundesdeutsches Stiefkind behandelt worden. Graß ist hier, und er kam bestimmt nicht, weil er, wie er mir einmal sagte, die Kneipen im Ruhrgebiet besonders schätzt. Manchmal haben Schriftsteller eine bessere Antenne für soziale Wirklichkeiten als Politiker, und sie wissen auch, wo diese Wirklichkeiten im Konzentrat aufzufinden sind. Wer im Ausland zu erkennen gibt, daß er im Ruhrgebiet wohnt, wird nicht selten von seinem Gesprächspartner ein langgezogenes Oooo als erste Reaktion zu hören bekommen, und in diesem Oooo drückt sich Respekt aus, ganz gleich, ob im Osten oder Westen, ein Respekt, den selbst die Bundesregierung nicht abwerten konnte, nicht einmal durch das idiotische Röhrenembargo.

Ich möchte hier einiges bemerken, weil sich in den letzten Wochen Bemer-

kenswertes abspielte. In der deutschen Geschichte ist es, so viel ich weiß, das erstemal, daß ein deutscher Schriftsteller, der im In- und Ausland einen guten Namen hat — auch wenn der Wohlstandserfinder Erhard ihn als Nichtskönner abtut — sich in öffentlichen Wahlversammlungen für den Sieg einer Partei einsetzt, die ihn nicht gerufen hat und der er auch nicht als Mitglied angehört. Er tut es aus Überzeugung und einfach darum, weil er in dieser Partei eine Alternative sieht, getreu demokratischen Grundprinzipien, daß dann eine Partei oder Regierung zum Wohle des Staates abtreten muß, wenn sie nur noch so viel Kraft aufbringt, sich von einem Tag auf den andern durchzuwursteln. Und das haben wir in den letzten zwei Jahren in einem unerträglichen Maß erlebt.

Und noch was. Sie werden es bemerkt haben, daß man hier, wie anderswo auch, wo Graß sprach, Eintrittsgeld verlangte. Das ist, zugegeben, ungewöhnlich. Nun, Unkosten gibt es überall, allein diese Halle kostet für diesen Abend einige tausend Mark, aber was an Reinerlösen bleibt, wird nicht etwa der Parteikasse zugeführt, nein, dafür werden Bücher gekauft für die Büchereien der Bundeswehr, und es wird ein Preis ausgesetzt für deutsche Schullesebücher. Zwei geistige Anregungen also, die nicht ein Wahlreisender finanzieren sollte, sondern die Bundesregierung. Wenn man bedenkt, daß die deutsche Misere weitgehend daher rührt, daß immer zwei staatstragende Faktoren, nämlich Justiz und Pädagogik, traditionell rechts standen und auch heute noch im wesentlichen rechts stehen, kann man nur begrüßen, wenn ein Teil dieser Reinerlöse für vernünftige Schullesebücher verwendet wird.

Auch wer einmal Bundeswehrkasernen von innen sah, wird festgestellt haben, daß meist überhaupt keine Bücher vorhanden sind. Wenn doch, dann kann man nur die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, was sich da findet. Es ist nicht der Blut- und Bodengeruch aus einer sogenannten unbewältigten Vergangenheit, der mir da in die Nase fährt — was mich dabei ankotzt, ist das neue Blut und der neue Boden und die Klage über Verlorenes. Nirgendwo, glaube ich, ist dieses Geld besser angelegt. Leider reicht es nicht dazu, früheren Richtern und Staatsanwälten aus der Auschwitz- und Treblinka-Zeit Pensionen auszusetzen, damit sie von unserem demokratischen Staatswesen ihre Finger und ihre Gesinnung lassen.

Alles impotente Geschwätz verblaßt gegenüber der Tatsache, daß ein Intellektueller aktiv in den Wahlkampf eingreift, persönliche Angriffe, Diffamierungen und Verunglimpfungen auf sich nimmt — wie etwa in Würzburg, wo er in den Huttensälen sprach, einfach aus seiner Überzeugung, daß eine abgewirtschaftete Partei wie die CDU/CSU nicht mehr in die Lage versetzt werden darf, die kommende Regierung zu bilden.

Das ist ein Sieg über den Elfenbeinturm, in den gewisse Leute deutsche Schriftsteller hineinwünschen, damit sie ihre Finger von der Politik lassen. Dabei vergißt man, daß das Feld der Politik in einer lebendigen Demokratie nicht mehr allein das der Politiker ist, sondern das eines jeden Staatsbürgers, er muß nicht unbedingt Graß heißen.

Präsident Kennedy schickte einen angesehenen amerikanischen Schriftsteller, der nicht einmal mit der Konzeption seiner Politik einverstanden war, nach Moskau, um das politische Klima dort zu sondieren für künftige Gespräche, Herr de Gaulle schickte einen international anerkannten Schriftsteller und Archäologen nach Rot-China, um Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zu prüfen, Premierminister Wilson läßt sich von englischen Schriftstellern Rat geben, Mao Tse Tung ist selbst Schriftsteller, aber der Löwe aus Fürth beschimpft die deutschen Schriftsteller, die andererseits von seiner Regierung im Ausland als repräsentativ offeriert werden und als Zeugnis dafür, daß im neuen Deutsch-

land ein humaner Geist herrsche. Kein Wunder, Erhards geistige Quellen liegen im 19. Jahrhundert, das aber wäre nicht so schlimm, würde er nicht tagtäglich versuchen, mit diesen veralteten Vorstellungen Politik der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu praktizieren.

Der fränkische Biedermann spricht von den deutschen Schriftstellern als Banausen, Nichtskönner, Pinscher und von ihrem Intellektualismus, der in Idiotie umschlage. Nun, mit dieser Terminologie begibt sich der Bonner Chefphraseologe — wie ihn Hochhuth zu Recht nennt — auf das Gebiet, das früher einmal ausschließlich Jagdrevier eines Reichspropagandaministers Josef Goebbels war, der Heinrich Mann mit folgenden Worten beschimpfte: „Dieser Banause, dieser Nichtskönner, dieser Fabrikant von entartetem Zeugs, dieser sogenannte Dichter ist ein Schmierfink, der auf dem Wege der Literatur Artfremdes, daher Deutschfeindliches, in unser Volk einschleusen will . . ."

Sprach Herr Erhard nicht auch von entartetem Zeugs, das er nicht lesen könne, weil ihm dann schlecht werde? Ein kleiner Unterschied besteht: Hitler brauchte einen Goebbels, um Schriftsteller abzusauen, unser derzeitiger Bundeskanzler braucht keinen Goebbels, der besorgt das schmutzige Geschäft selbst.

Aber jetzt bekommt er Schützenhilfe, denn Herr Seebohm schlägt jetzt auch in die entartete Leier, der sudetendeutsche Herodes hat uns gerade noch gefehlt. Den bundesdeutschen Autobahn-Bandzerschneider und Straßenwundermann, der die Zwischenrufer mit „Schlachterhund" abtut, kann man aber weniger ernst nehmen als Herrn Ulbricht, obwohl er mit ihm etwas gemeinsam hat: Er überlebte bisher alle Krisen und Regierungen. Und mit Herrn Goebbels hat er auch etwas gemeinsam: Goebbels bezeichnete einmal, bei einer Wahlrede in Berlin-Moabit, seine Zwischenrufer als Schlachterhunde, die waren allerdings bei der kommunistischen Partei, die Logik also ist, jeder Zwischenrufer bei Herrn Seebohm ist ein Schlachterhund und damit ein Kommunist. Im dritten Kapitel von Hitlers „Mein Kampf" finden sich Muster solcher Tiraden, da wimmelt es nur so von „Nichtskönnern", wenn es darum geht, den politischen Gegner zu beschimpfen.

Wie sich doch die Bilder gleichen; und man kann sagen, was man will: Mit der Sprache fängt alles an!

Kein Wunder also — Biedermänner ducken sich und kriechen nach oben, und der Wirtschaftswundermann aus Fürth hat sich unter Adenauer redlich geduckt, er hat mehr geschluckt, als ein gesunder Magen vertragen kann, jetzt duckt er sich sogar vor seinem eigenen Mythos, den die Bildzeitung um ihn aufgetürmt hat. Es ist schon so: Wahrzeichen schaffen noch lange keinen Politiker, auch wenn dieses Wahrzeichen eine Zigarre sein sollte — auch ich bin leidenschaftlicher Raucher — und wenn dauernd von Maßhalten gesprochen wird. Und wenn man sich nicht scheut, die deutschen Bauarbeiter offen der Faulheit zu bezichtigen. Das aber wiederum hat mit seinen Maßhalteappellen zu tun, so wie er sie verstanden haben will.

Herr Erhard hat überhaupt zum deutschen Arbeiter ein Verhältnis wie ein Salontiroler zum Gebirge. Auf seiner letzten Wahlreise durch das Ruhrgebiet besuchte er auch eine Zeche und fuhr nach unter Tage, und er ließ sich von den Schönfärbern — die für Schönheit der Arbeit sprechen — zeigen, was zeigenswert war, wo alles sauber war und interessant, grandios und wo es vor technischen Neuerungen strotzte, er kam aber nicht dorthin, wo geschwitzt und geflucht wurde. Zum Schluß sollte er mit ein paar Kumpels sprechen, sie standen sich also dann dank der Fürsorge von Schönheit der Arbeit gegenüber — natürlich, dank des Direktors, stumm. Bis der Betriebsführer die Ölgötzen anstieß und sie aufforderte, doch endlich etwas zu sagen. Da aber fragte der Kanzler schon: Na,

wieviel Stunden in der Woche arbeitet ihr denn? Vierzig, Herr Bundeskanzler. Soso, sagte der Kanzler, drehte sich um und ging baden; damit ich nicht mißverstanden werde: Ich meine, er ging in die Kaue, um sich zu waschen. Die andere Seite sieht dann so aus, daß ein Betrag von 1,5 Milliarden rausgeschmissen wird, die Zechen zu rationalisieren, dann aber werden wieder 1,5 Milliarden bereitgestellt, die kaum rationalisierten Zechen absaufen zu lassen. 3 Milliarden also für die Herren an der Ruhr, damit diese ohne nennenswerte Verluste ihr Ölgeschäft subventionieren können. Und wer soll das bezahlen? Es wird ausgetragen auf dem Rücken des Arbeiters. Auch das ist Maßhalten im Sinne des Kanzlers, und seine soziale Wirklichkeit sieht dann so aus, wie es im Trompeter von Säckingen steht: Denn der Große frißt den Kleinen, und der Größte frißt den Großen, also löst in der Natur sich einfach die soziale Frage.

Drei Milliarden, wenn man bedenkt, wofür — die Universität Göttingen wartet seit zehn Jahren auf ein physikalisches Labor, das 4 Millionen Mark kosten soll. Und jetzt sollen auch noch dem Max-Planck-Institut 25 Millionen Mark abgezwackt werden, um das 3-Milliarden-Loch im ungedeckten Haushalt von morgen zu stopfen. Was soll das: Max-Planck-Institut, wir haben schließlich einen Bildungsnotstand, und was wir Deutschen einmal haben, das wollen wir auch behalten. Üb immer Treu und Gestrigkeit!

Ich glaube nicht, daß den Arbeitern, speziell denen des Ruhrgebiets — auch wenn sie den höchsten Prozentsatz an Bildzeitungslesern stellen — dieses Mißverhältnis entgangen sein kann. Hier im Ruhrgebiet fallen noch immer die großen wirtschaftlichen Entscheidungen, auch wenn Herr Abs in Frankfurt kräftig mitmischt. Bitte, wir bekommen sogar eine Universität und eine technische Hochschule, hört, hört, bitte, beklagt euch nicht. Hier im Ruhrgebiet sollten aber auch zwangsläufig die politischen Entscheidungen fallen, und es liegt weitgehend in der Hand unserer Arbeiter, der Menschen an der Ruhr, wie die Entscheidung am 19. September ausfallen wird. Ich glaube, unser Arbeiter ist klüger geworden, er läßt sich heute weder vom Biedermann aus Fürth blenden, noch vom Wort Sozialpartnerschaft, das ebenso eine Lüge ist wie die Behauptung, es gebe in unserem Staat keine sozialen Spannungen mehr und auch keine Probleme. O, sie sind da, man braucht nur in die Betriebe zu gehen, da sind noch ganz andere Spannungen vorhanden, von denen sich Herr Erhard nichts träumen läßt, da wird ein Neufeudalismus gezüchtet, der früheren in nichts nachsteht. Nur spielt sich das alles hinter den Fabriktoren ab, sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit — wie eine Ehescheidung.

Es wird immer argumentiert, dem deutschen Arbeiter sei es noch nie so gut gegangen wie heute. Verdammt, frage ich mich, warum wird das eigentlich so betont? Ist das ein Verbrechen oder gar ein Geschenk der CDU? Hat der deutsche Arbeiter dafür nicht geschuftet — und die soziale Wirklichkeit des Herrn Erhard sieht doch so aus, daß schon die Ehefrau mitarbeiten muß, wenn eine Familie das erreichen will, was „Bild" und Kanzler unter Wohlstand verstanden wissen wollen. Es ist so leicht geworden heute, mit dem Wort Wohlstand alles zu überdecken, aber damit kam noch lange nicht die soziale Sicherheit, der Unsicherheitsfaktor für den Arbeiter ist heute noch genau so groß wie früher, trotz Mitbestimmung in der Montanindustrie und anderer Sicherheitsventile. Und Selbstbeteiligung im Krankheitsfalle nenne ich weder christlich noch sozial. Das ist Feudalismus, den es nicht einmal unter Bismarck gegeben hat. Und soziale Sicherheit wird auch nicht durch die Wahlaktie Veba erreicht und das Schlagwort: Pack die Aktie auf die Bank!

Ein Landstrich wie der unsere hier im Ruhrgebiet, ein Konglomerat aller er-

denklichen Strömungen und vorurteilsfrei wie kaum anderswo, sollte es wagen, eine andere Partei in die Regierungsverantwortung zu bringen.

Aber es gibt Politiker der CDU/CSU, die der SPD die Regierungsfähigkeit absprechen, getreu dem, was Hitler in „Mein Kampf" schrieb. Ich zitiere: Man lehnt bei der SPD alles ab, die Nation, das Vaterland, die Autorität des Gesetzes, die Schule (auch damals gab es schon Zwergschulen, und Heinrich Lübke war schon geboren), die Religion, die Moral usw. . . usw . . .

Die Restauration ist bei uns hierzulande in vollem Gange, und sie treibt Blüten und wird weiter Blüten treiben, wenn nicht bald in Bonn ein Wechsel eintritt, eine Partei in die Verantwortung kommt, der Rechtsstaatlichkeit noch Inhalt ist und nicht Sandstreudose für die Augen derer, denen heute noch Ruhe die erste aller Bürgerpflichten zu sein scheint — aber bitte, immer etwas außerhalb der Legalität. Und wenn der Kanzler sagt, wir könnten beruhigt schlafen — dann heißt es besonders wachsam sein, denn auch Hitler hat auf einem Reichsparteitag in Nürnberg gesagt, solange er die Geschicke des deutschen Volkes lenke, dank der Vorsehung, könne das deutsche Volk beruhigt schlafen. Die meisten sind erst 1945 aufgewacht, so tief war ihr Schlaf. Und wenn der Kanzler auf dem Parkplatz steht und sagt: Ich bin der Querschnitt von euch allen, dann muß ich sagen, daß mir dieser Aufschnitt verdächtig vorkommt. Er hat schon grüne Flecken. Aber vielleicht war es der Parkplatz, auf dem nur Autos der Herren Krupp und Flick standen, bestimmt nicht der VW-Bus eines Philipp Rosenthal.

Zum Schluß möchte ich noch einmal auf den Erhardschen Pinscherismus zu sprechen kommen — wieder ein Ismus mehr. Es wäre interessant, zu erfahren, was der Kanzler — der gute Stern auf allen Straßen und der deutschen Wirtschaft — unter Kunst im allgemeinen und Literatur im besonderen versteht. Ein Volk wie das unsere, seit Jahrzehnten ästhetisch fehlerzogen, hat einen Kanzler, der sich um die Kunst Sorgen macht — darin unterscheidet er sich in nichts von den sogenannten Kulturträgern der sogenannten östlichen Länder. Ich weiß nicht, was unser sogenannter Kanzler fordert, ich weiß nur, was er ablehnt. Unsaubere Leinwand lehnt er ab, und sagt nicht, was er unter unsauber versteht, entartete Literatur lehnt er ab und sagt nicht, was er unter entartet versteht. Da Art aber etwas mit Rasse zu tun hat, muß ich annehmen, daß ihm unsere Literatur nicht deutsch genug ist. Nun, vielleicht ließe sich aus dem Reptilienfond eine Subvention für neue Blut- und Bodenliteratur und auch Wohlstandsliteratur abzweigen, dann käme bestimmt nichts Artfremdes, Entartetes, also Undeutsches hervor — wobei zu fragen wäre, was deutsch ist. Doch hoffentlich nicht nur die Spießigkeit, die sich in den Worten des Löwen von Fürth niederschlägt, wenn er sagt: „Sie (die deutschen Schriftsteller) begeben sich auf eine Ebene, auf die parterreste Ebene eines kleinen Parteifunktionärs, und wollen doch mit dem hohen Grad eines Dichters angesprochen werden. Nein, so haben wir nicht gewettet." — Nun, wobei zu fragen wäre und gleich festgestellt werden muß, daß kein deutscher Schriftsteller mit dem Kanzler gewettet hat. Aber dieser Satz zeigt die ganze Geistesfremdheit eines Kanzlers, der noch nicht begriffen hat, daß die Politik, die sozialen Notwendigkeiten unseres Volkes nicht mehr von ein paar Wenigen diskutiert und angepackt werden können. Das wäre 19. Jahrhundert mit einem Schuß „Tausendjähriges Reich", und es entspricht den Vorstellungen eines Spießers, ein Schriftsteller habe in seiner Klause zu sitzen, saubere, nicht entartete Kunst zu produzieren, die man getrost an die Wand hängen oder in den Schrank stellen kann, sonst habe er den Mund zu halten, weil er von anderen Dingen keine Ahnung hat.

Wie gesagt, Herrn Erhards Verhältnis zum deutschen Arbeiter ist nicht nur wie das eines Salontirolers zum Gebirge, auch sein Verhältnis zur Kunst ent-

spricht genau den Vorstellungen eines Spießers — wobei gesagt werden muß, daß Spießer natürlich rechtschaffene Leute sein können. Aber sie geben nicht zu, daß sie Graß oder Genet lesen, sie empören sich und lesen diese Bücher unter der Bettdecke. Aber trotzdem, ich lehne einen Spießer ab und halte ihn nicht für den richtigen Mann, die Richtlinien der Politik zu bestimmen. Dem deutschen Arbeiter möchte ich noch an dieser Stelle sagen, was sich bei Peter Weiß im „Marat" findet:

„Glaubt ihnen nicht, wenn sie euch freundschaftlich auf die Schulter klopfen und sagen, die Unterschiede wären nicht mehr der Rede wert und es bestände kein Anlaß mehr zu Streitigkeiten — denn dann sind sie ganz auf der Höhe."

Anton Kiephäuer

Neuer Realismus auf deutschen Bühnen

„Der Prozeß der neuen Politisierung des Theaters beginnt sich fortzusetzen", stellt die Fachzeitschrift „Theater heute" fest. Nach den explosiven politischen Wirkungen, die Rolf Hochhuths Schauspiel „Der Stellvertreter" seit der Berliner Uraufführung durch den alten Meisterregisseur politischen Aktionstheaters Erwin Piscator auslöste, hat das Theater in der Bundesrepublik gleichsam über Nacht einen Erfahrungssatz wiederentdeckt, der es konkurrenzfähiger gegenüber dem Fernsehen macht als alle bühnentechnischen Perfektionen: Das Theater findet statt für Zeitgenossen. Also muß lebendiges Theater auch einen zeitkritischen Bezug haben.

Auf dem Essener Germanistentag hat Martin Walser im vorigen Jahr ein Plädoyer „Für einen neuen Realismus" gehalten, das aus der Arbeitserfahrung des um die Erfassung der gesellschaftlichen Konflikte von heute bemühten Dramatikers und Romanciers, der mit Stücken wie „Eiche und Angora", „Überlebensgroß Herr Krott" und „Der schwarze Schwan" das Hineinwirken faschistischer Vergangenheit in unsere Gegenwart darstellte, wichtige Einsichten neu in Umlauf setzte. Walser sagte:

> „Der Möglichkeit nach gibt es keinen dem Theater vergleichbaren Ort, das (von den herrschenden Kräften) montierte Bewußtsein zu demontieren, ihren Jargon zu parodieren, ein Zuschauer und Beurteiler des Prozesses zu werden, dessen Objekt man außerhalb des Theaters ist. Der Möglichkeit nach gibt es auch keine Institution der Gesellschaft, die so wenig Rekrutierungsabsichten hat wie das Theater. Das Wichtigste am Theater aber ist seine Öffentlichkeit. In aller Öffentlichkeit können hier die Dinge beim richtigen Namen genannt werden. Ja, die Freiheit kann augenblicksweise so weit getrieben werden, daß wir alle lachen können über etwas, was wir sonst elend erleiden. Das ist gut menschliche Art, einer Übermacht zu begegnen. Was wir alle zusammen politisch wirken und verwirken, das können wir im Theater alle zusammen anschauen als Zeugen, als Fachleute, als Betroffene. Scham, Zorn, Borniertheit, sogar Liebe, die gröbsten und die feinsten Regungen eines Zeitalters werden öffentlich, werden anschaubar. Und die Sprache, in der all das erspielt wird, ist keine angewandte Sprache. Sie hat keinen Herrschaftsanspruch."

Keine angewandte Sprache, kein Herrschaftsanspruch — das will sagen, daß die Sprache des gesellschaftskritischen Dramatikers nicht zurechtgestutzt, frisiert, verlogen deformiert ist, wie die „Sprache der Herrschaft" — ein Begriff, den Hans Magnus Enzensberger am Beispiel der politischen Information und Kommentie-

rung in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" definiert hat. Am Beispiel dieser Zeitung des „herrschenden Systems", nach Enzensberger, war klargelegt worden, wie methodisch durch die Abrichtung der Sprache für die Anpreisung der bestehenden Zustände eine exakte Verschleierung der wirklichen Verhältnisse möglich ist und ein „Jargon der Uneigentlichkeit" gebildet wird, der nur auf feinere und psychologisch wirksamere Art die Sprachregelung der dreißiger Jahre weiterführt. Dabei werden Konfliktzonen, deren Offenlegung für die Herrschaft unangenehm sind, tabuisiert.

Dazu gehört vor allem der Komplex des Hineinragens des Faschismus in die bundesdeutsche Gegenwart, der, wo immer er dennoch offenkundig wird, wenn etwa ein Minister zurücktreten muß, wenn auf ausländischen Protest hin ein führender Abgeordneter der Regierungspartei, der an Judenverfolgungen beteiligt war, einen Orden dem Bundespräsidenten zurückgeben muß usw., als Einzelfall, als Verleumdung, als das Wirken deutschfeindlicher Stimmungen in Ost und West abgetan wird. In der Literatur aber kann man mit Verschleierungstaktiken kein wahrhaftiges und glaubwürdiges Bild von Menschen und ihrer Umwelt zeichnen. Die jungen Dramatiker in der Bundesrepublik haben nun erkannt, daß sie, wenn sie nicht in Abstraktionsübungen formaler Natur oder in romantische Poeterei flüchten wollen, sich gerade an das Pulverfaß wagen müssen, das explosionsträchtig und strikt tabuisiert in der Mitte der Bundesrepublik steht, an die postfaschistischen Züge unseres Herrschaftssystems. Damit aber ist das Theater zu dem Ort geworden, wo die Lunte in aller Öffentlichkeit ans Pulverfaß gelegt wird, wo also etwas passiert, was nicht verboten werden kann, wenn man nicht die im Grundgesetz geschützte Freiheit der Kunst antasten will. (Man will es natürlich, unter dem heuchlerischen, peinlich „christlich" verbrämten Vorwand, man müsse zum Schutz der Jugend gegen die „Unsittlichkeit" die Freiheit der Kunst einschränken und deshalb das Grundgesetz so ändern, daß Zensur wieder nach Belieben möglich wird. Aber die Zweidrittelmehrheit im Bundestag für solch eine Rückkehr zur Diktatur vor den Augen der ganzen Welt läßt sich zur Zeit noch nicht beschaffen.)

> „Die realistische Fabel", sagt Walser, „kann sich also freimütig wundern über die Wirklichkeit, zu deren Nachäffung man sie gern verpflichtete. Sie kann deutlicher sein als jede wirkliche Begebenheit. Wirklich — dieses Wort heißt doch vorhanden, existent, aber noch unangeschaut".

Wenn die Wirklichkeit entscheidende Wahrheiten verbirgt und unterdrückt — eine Überzeugung, von der die junge gesellschaftskritische Dramatik in der Bundesrepublik ausgeht — „wirkt realistische Anschauungsweise von selbst kritisch", wie Walser feststellt. „Deshalb nennen die konservativen Beobachter lieber das realistisch, was der erscheinenden Wirklichkeit ähnelt, was also in ihrem Dienst steht. Die von realistischer Anschauung zeugende Fabel läßt sich von der Wirklichkeit nichts vormachen, sie macht vielmehr der Wirklichkeit vor, wie die Wirklichkeit ist. Sie spielt mit der Wirklichkeit, bis die das Geständnis ablegt: das bin ich."

Es geht folglich um die realistische Überwindung der Scheinwirklichkeit, die mit dem Jargon der Herrschaft vorgetäuscht wird, es geht um die Abräumung der Reklame, mit der die Untertanen eingelullt werden. Es geht um die Aufzeigung der Machtverhältnisse, wobei auch das Mittel der entlarvenden Satire und Parodie zu den im weiteren Sinne realistischen Stilmitteln gehört. Denn manche falsche Feierlichkeit, manche geheuchelte Würdebärtigkeit kann nur durch das — oft komisch wirkende — Aufzeigen, wie solche ehrfurchtgebietende Gefühle produziert und dem Volk injiziert werden, zu einem befreienden Lachen

führen, das Erkenntnis stiftet. Dazu ist eine parodistisch-satirische Übersteigerung der gewohnten Herrschaftsmechanismen ein Kunstgriff, mit dem man sie leicht verfremdet und so aus ungewohnter Perspektive dem Zuschauer ihre gesellschaftlichen Funktionswerte einleuchtend macht. Das Lachen dient nicht zur Verharmlosung — nicht begütigender, besänftigender „Humor" ist das Ziel, sondern Satire, Zersetzung bestehender Machtattribute mittels scharfer Laugen.

Damit ist dem bundesdeutschen Theater neu beschert, was es jahrelang in einer Art Dornröschenschlaf — bei dem es leider gefährlich viel Terrain verlor — nicht mehr aufweisen konnte: Der Theaterskandal. Sicher, es gibt Skandale der Art, daß etwa Hamlet im Frack gespielt wird und ähnliche Verkleidungsscherze, die immer ziemlich wirkungslos verpuffen, weil man zwar sinnvoll ganz auf Kostüm und Dekoration verzichten kann, um rein von der Sprache und Geste her zu agieren, aber nicht mit anachronistischer Kostümierung substanzielle Einsichten zu erzielen vermag.

Man kann auch, ohne irgendeine Macht im Kern zu provozieren, auf dem Theater das Karussell der Triebhaftigkeit mal vorwärts, mal rückwärts drehen. Das regt heutzutage sittenstrenge Kritiker zu tiefenpsychologischen Meditationen über den sündhaften Kern des Sexus an und damit statt zu Protesten zu gedämpftem Beifall.

Aber wenn das Theater direkt die Herrschaft herausfordert, ihr in der Öffentlichkeit des Theaterabends ihre geistige Herkunft vorwirft, dann „ist was los". Dann ist der Skandal fällig, die Auseinandersetzung entbrannt. Die Verteidiger des Bestehenden schicken Lärmtrupps und Prügelkomamndos in die Vorstellungen, stehen schon mit Flugschriften gegen Theater und Autor vor dem Bühnenportal, werfen Tränengas und Stinkbomben und sind somit in jeder Hinsicht aus ihrer vornehmen Zurückhaltung aufgeschreckt. Hochhuths „Stellvertreter" löste prompt eine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag aus, und Außenminister Schröder distanzierte sich „namens der Bundesregierung" von einem Stück, das nicht nur die Haltung von Papst Pius XII., sondern auch die Haltung von Gesellschaftskreisen dokumentarisch hieb- und stichfest attackierte, die heute noch immer das politische Geschehen im Namen des deutschen Volkes zu beherrschen sich anmaßen. Was Rolf Hochhuth erwartet, wenn Erwin Piscator an der Volksbühne in Berlin in der neuen Saison das sozialkritische Schauspiel „Der Arbeitgeber" uraufführt, davon bekam der Autor bereits einen kleinen Vorgeschmack, als eine sozialkritische Studie zu den Wahlen, in der er die Ausschaltung der Gewerkschaften von der Regierungsverantwortung als undemokratisch beklagte, ihm Schimpfereien des Bundeskanzlers Ludwig Erhard einbrachte, die leider bis ins Vokabular an Josef Goebbels erinnerten: „Banause, Nichtskönner, kleiner Pinscher, unappetitliche Entartungserscheinungen." Hochhuth hatte indes nur von seinem staatsbürgerlichen Recht Gebrauch gemacht, einen besseren Bundestag zu fordern. Aber dieser leidenschaftliche Wahrheitssucher auf dem Felde der gesellschaftlichen Wirklichkeit jagt den Herrschenden Angst ein, seit sie mit Hekatomben von Druckpapier die Konsequenzen der „Stellvertreter"-Entlarvung für das öffentliche Bewußtsein nicht „einzudämmen", sondern nur noch unfreiwillig zu steigern vermochten. Seitdem hat sich herumgesprochen, daß im Theater wieder etwas passiert, daß man hier in dramatischer Form Wahrheiten vorgeführt bekommt, die anderwärts nicht oder kaum noch durchsickern, daß an den Tabus ganz erheblich gekratzt wird. Und es hilft nichts, dagegen zu lamentieren, die jungen deutschen Dramatiker kämpften gegen Hitler, obwohl der längst tot sei. Der Theaterbesucher bekommt von Walser, Weiß, Kipphardt, Hochhuth ja gerade vorgeführt, wie und in welcher Form Hitler heute weiterlebt und was an der angeblich „bewältigten Vergangenheit" alarmierende Gegenwart ist. Das sei Nega-

tivismus, das sei nihilistische Zerstörungssucht und Beschmutzen des eigenen Nestes, da werde Deutschland schlecht gemacht aus Lust am Untergang, wird dagegen eingewandt. Walser hat darauf — vor dem schon aus Literaturverständnis ihm beipflichtenden Germanistentag — gesagt: „Das Positive liegt nicht in Antworten, die privilegierte Figuren geben könnten, sondern darin, daß unser momentanes Geschick gezeigt wird. Jetzt also, zum Beispiel, jene inflationistische Wendung unseres Freiheitsschicksals", die mit der Perfektionierung der Herrschaft durch eine Notstandsverfassung droht.

Das Drama braucht das Aufzeigen der Katastrophe, um die Katharsis, die Reinigung des Bewußtseins zu bewirken. Es ist nicht verwunderlich, daß sowohl für Hochhuth („Der Stellvertreter") wie für die in der neuen Saison zur Uraufführung anstehenden neuen Dramen von Peter Weiß („Die Ermittlung"), Heinar Kipphardt („Die Geschichte von Joel Brandt"), Erwin Sylvanus („Der Golem"), um nur einige schon bekannte Autoren zu nennen, Auschwitz im Zentrum steht, entweder dokumentarisch direkt wie bei Weiß und Kipphardt oder in der Auswirkung wie bei Sylvanus und vor allem auch bei dem „Arbeitgeber"-Stück von Hochhuth. Möglicherweise wird auch noch ein neues Drama von Martin Walser in dieser Saison auf die Bretter kommen. Eine junge Dramatikergeneration demonstriert leidenschaftlich gegen die postfaschistischen Züge in unserem Herrschaftssystem, läßt nicht locker, die Wirklichkeit durchsichtig zu machen, wo immer sie diese Züge verbirgt, fragt mit Entschiedenheit: Wie lange soll das noch so weitergehen? Eine neue Phase der antifaschistischen Literatur ist damit angebrochen. Nicht nur in Meditation, sondern in lebendiger, beschwörender Vorführung. Das deutsche Theater hat so lange warten müssen, bis eine neue Dramatikergeneration nachgewachsen war. Jetzt ist sie da und fragt die Väter, die sich nicht gewandelt haben: Wie könnt ihr es dulden, daß so weiterregiert wird, als wenn nichts gewesen wäre? Der Auschwitzprozeß wird auf der Bühne fortgesetzt — es wird für konsequente Herstellung der Demokratie plädiert.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Ohne Kommentar

Verwaltung der Klin.Univ.-Anstalten
Abt. II — G/S
6900 Heidelberg, 28. 7. 1965

An Direktion der Univ.-Hals-Nasen- und Ohrenklinik

Betr.: Nachrichtengewinnung aus offenen Quellen.

Nachstehend gibt die Verwaltung der Klinischen Univ.-Anstalten Heidelberg einen Erlaß des Innenministeriums Baden-Württemberg vom 14. 5. 1965 Nr. III 2206/558 zur gefälligen Kenntnisnahme und Beachtung bekannt:

„Der Bundesminister des Innern hat auf Grund von Besprechungen im NATO-Sicherheitsausschuß mit Schreiben vom 14. April 1965 folgendes mitgeteilt:

Die Nachrichtendienste des kommunistischen Machtbereichs sind bemüht, sich auf jede erdenkliche Weise umfassende Kenntnisse über Wirtschaft sowie die Verteidigungskraft der freien Welt zu verschaffen. Infolge der Publizitätsfreudigkeit in den westlichen Ländern stehen ihnen zahlreiche Veröffentlichungen zur Verfügung, die von jedermann erworben werden können (Werbematerial, Fachzeitschriften etc). Darüber hinaus versuchen diese Nachrichtendienste, sich weitere Informationen technischer, wissenschaftlicher oder wirtschaftlicher Art durch Kontakte mit westlichen Dienststellen, Betrieben oder Organisationen zu verschaffen. So wenden sich z. B. wissenschaftliche Institutionen, volkseigene Betriebe oder sogar Einzelpersonen an Institute, Unternehmen oder Gemeinden in der Bundesrepublik und bitten, z. T. angeblich für

Forschungsaufträge oder Lehrzwecke, um Übersendung von Informationsmaterial (Kataloge, Stadtpläne usw.) und Beantwortung bestimmter Fachfragen. Sie lassen sich schließlich auch zu Betriebsbesichtigungen oder Tagungen technisch wissenschaftlicher Organisationen einladen.

Da keine Möglichkeit besteht, dieser Sicherheitsgefährdung mit gesetzlichen Maßnahmen zu begegnen, kann nur eine weitgehende Aufklärung und Mitarbeit der Behörden und der Bevölkerung zu einer Minderung des Sicherheitsrisikos beitragen. So wäre bei fachlichen Publikationen eine größere Zurückhaltung wünschenswert. Bei der Ausführung von Bestellungen sollte, sofern der Verdacht nachrichtendienstlichen Hintergrundes besteht, Vorsicht geübt und gegebenenfalls zunächst mit dem zuständigen Amt für Verfassungsschutz Verbindung aufgenommen werden. Dies gilt insbesondere bei Anforderungen von Forschungs- und Erfassungsberichten, statistischen Unterlagen, Katalogen, topographischem Material und Ausschreibungsunterlagen.

Spezielle Fragen, die auch Arbeitsunterlagen für gegnerische Nachrichtendienste sein können, sollten unbeantwortet bleiben, soweit nicht internationale Verpflichtungen oder andere wichtige Interessen entgegenstehen.

Das Innenministerium bittet, die Behörden Ihres Geschäftsbereiches von dem vorstehenden Sachverhalt zu unterrichten. Von einer Veröffentlichung dieses Schreibens sollte jedoch, auch in Amtsblättern, abgesehen werden.

In Vertretung gez. Dr. Geiger
i. V. Reg.-Amtmann"

Nachlese zum XII. Internationalen Historiker-Kongreß in Wien

Die Aktualität des Historischen steigert sich in unserem Jahrzehnt schneller, als die vielfältigen Zweige der gegenwärtigen Geschichtsschreibung sie aufarbeiten oder, wie man sagt: bewältigen können. Neue weltgeschichtliche Situationen, an deren rascher Folge es in unserem 20. Jahrhundert nie gemangelt hat, schaffen neue Gesichtspunkte oder Perspektiven in der Beurteilung historischer Prozesse, deren Entstehen oder Fortgang sich dabei meistens komplexer und vielschichtiger zeigt, als fast alle Zweige der klassischen und sogar der modernen Historiographie bisher nachweisen konnten.

Aus diesem Grunde vor allem war der XII. Internationale Historikerkongreß, der vom 29. August bis zum 5. September 1965 in Wien stattfand, ein wichtiges und in die Zukunft weisendes Ereignis. Daß es während seines Verlaufes nicht zu sensationellen und propagandistisch auswertbaren Zusammenstößen zwischen Historikern aus Ost und West gekommen ist, kann durchaus als Zeichen nachhaltiger Weiterwirkung seiner Ergebnisse und Impulse verstanden werden. Der Historikerschaft aller Erdteile haben sich so viele neue Themen und Aspekte ihrer Arbeit gestellt, daß die Anforderungen quellenmäßiger Erfassung und methodischer Aufbereitung ihrer Stoffe und Materialien sie voll in Anspruch nehmen. Die Zeit ideologischer Simplifizierungen und Pauschalisierungen ist auf dem Felde der internationalen Historiographie im wesentlichen zu Ende gegangen; Argumente und Fakten sind hier endgültig an die Stelle dogmatischer Positionen oder polemischer Thesen getreten; das europazentrische oder atlantozentrische Geschichtsbild des Westens ist im Zuge der Entkolonialisierung stark relativiert worden durch die gleichwertige Einbeziehung der anderen Kultur- und Geschichtskreise in das entstehende moderne weltumfassende Geschichtsbild, das von manchen schon als Vorgriff auf die „one world" verstanden wird; die von Stalin zu starren Faustregeln verhärteten methodischen Forschungs- und Darstellungsansätze des historischen Materialismus sind ernsthaft dabei, sich zu emanzipieren und den Kategorien des historisch Besonderen in fruchtbarer Weise zu öffnen, so daß allenthalben sowohl von einem Pluralisierungsvorgang im Thematischen wie im Methodischen gesprochen werden kann.

Der weltpolitische Entspannungs- und Differenzierungsprozeß hat also in Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung durchaus seine Analogien und Parallelen gefunden; hier wie dort freilich hat die Auflockerung und Entspannung an der einstigen Hauptfront zur Bildung neuer historischer wie historiographischer Auseinandersetzungen geführt, die nun freilich nicht mehr wie vorher ideologisch verfremdet oder künstlich überlagert sind. So erklärt sich das starke internationale Interesse an der neueren und neuesten deutschen Ge-

schichte, die nicht nur uns Deutschen, sondern auch unseren Nachbarn und den ehemaligen Kriegsgegnern zweier Weltkriege noch einige Rätsel aufgibt, die unter dem Frost des Kalten Krieges fast schon vergessen zu sein schienen. Die Diskussionen zu den Problemen der Geschichte des Ersten Weltkrieges, die im Oktober 1964 schon den 26. westdeutschen Historikerkongreß stark bewegt hatten, setzten sich in Wien auf internationaler Ebene fort. Dabei zeigte es sich, daß die von polemischen Überspitzungen freie ursprüngliche Position des Hamburger Historikers Fritz Fischer („Griff nach der Weltmacht") inzwischen mehr zur Voraussetzung als zum Gegenstand der weiterführenden Debatten geworden ist. Alle Einzelkritiken und Modifikationen, auch die von Gerhard Ritter und Egmont Zechlin, führen letztlich dazu, die Verantwortlichkeit Bethmann-Hollwegs für den Kriegsausbruch zu erhöhen. Wenn der Kanzler sich dem übermächtigen Druck des Generalstabes mit dessen monomaner Fixierung auf die Auslösung und Phasenstruktur des Schlieffenplanes ausgesetzt wußte, wie insbesondere Ritter im dritten Bande von „Staatskunst und Kriegshandwerk" hervorhebt, so muß es als umso bedenklicher gewertet werden, daß er die politisch-diplomatische Situation nicht durch ernsthaftes Eingehen auf die ehrlich gemeinten britischen Verhandlungs- und Konferenzangebote zu entspannen half. Wenn er gar, wie neuerdings Zechlin nachzuweisen unternimmt, schon recht früh mit dem gegen das Deutsche Reich gerichteten Engagement Englands tatsächlich gerechnet hat, wird es völlig unbegreiflich, daß er nicht mehr zur Verhinderung des Kriegsausbruches getan hat. Zur weiteren Klärung dieser Problematik wird sich der Schwerpunkt der einschlägigen Forschungen mehr auf die mittlere und frühe wilhelminische Periode vorverlagern. Dabei wird sich die entschiedene deutsche Ablehnung des Gedankens der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, wie er sowohl von Präsident Theodore Roosevelt wie zum Teil auch von Zar Nikolaus II. vertreten wurde, nicht gerade als Argument zur Entlastung der damaligen deutschen Politik verwenden lassen. In diesem Zusammenhang spielt auch die stärkere Berücksichtigung der innenpolitischen Determinanten der deutschen Außen-, Rüstungs- und Flottenpolitik vor 1914, wie sie insbesondere in den z. T. wieder zugänglich gewordenen Analysen des jung verstorbenen Sozialhistorikers Eckart Kehr herausgearbeitet wurden, eine wesentliche Rolle.

Ähnlich stark war das Interesse, das die Diskussionen zu den Themen der Rolle des deutschen Militärs in Sozialleben und Politik zur Zeit des Zweiten Weltkrieges sowie zur Geschichte des europäischen Widerstandes gegen Hitler auslösten. Die These Gordon Craigs, daß im Zweiten Weltkrieg die leitende Rolle des deutschen Militärs ausgespielt und von einer mehr ausführenden im Dienste Hitlers und Himmlers abgelöst war, wurde fälschlicherweise als Entlastungsversuch für die verhängnisvolle Rolle der Armee nach 1918 und 1933 mißverstanden. Die Zerstörung deutscher Politik, die die Reichswehr gefördert oder doch geduldet hat, griff schließlich auf ihre eigene Substanz über, so daß sie nach der Wende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr wie noch 1918 auf der Höhe ihrer inneren Machtstellung angesichts eines negativen Kriegsausganges in der Lage war, Zivilisten als Kapitulationsunterhändler auf die andere Seite zu schicken und ihnen dafür den Schwarzen Peter der Verantwortung zu überlassen. Diesmal mußte die Generalität selber die — nunmehr bedingungslose — Kapitulation vollziehen, nachdem sie ohnehin nur ein mit wenigen Ausnahmen gefügiges Werkzeug in der Hand ihres Obersten Kriegsherrn Adolf Hitler gewesen war. — Die Behandlung des europäischen Widerstandskampfes gegen die Hitlerherrschaft hat auf dem während des Wiener Historikerkongresses eigens dazu veranstalteten Colloquium erstmals auch im Westen ein großes Echo gefunden, nachdem sie einige Zeit fast als Monopol osteuropäischer und ostdeutscher Historiker angesehen werden konnte. Wenn auch über den Anteil verschiedener sozialer Schichten und politischer Kräftegruppierungen am Kampf und Erfolg gegen den Faschismus keine Einigung erzielt werden konnte, so bleibt es doch bemerkenswert, wie bestimmend für das Geschichts- und Gegenwartsbewußtsein fast aller europäischen Länder der Anspruch und die Rückbesinnung auf einen möglichst großen Beitrag zu diesem Widerstand sind. — Kurz gefaßt bedeutet alles dieses, daß die durch eine zu wenig konziliante Politik der Bundesrepublik verstärkte Deutschlandproblematik der gegenwärtigen Weltsituation nun immer stärker ihren

Reflex in der zugespitzten und international erweiterten Diskussion der jüngsten deutschen Geschichte findet. Ob freilich von einer Vertiefung dieser Debatte eine Ernüchterung und anpassungswillige Solidaritätshaltung deutscher Politik gegenüber unseren Nachbarvölkern zu erhoffen ist, bleibt in aller Skepsis abzuwarten.

Der thematischen und methodischen Vielfalt der Kongreßarbeit entsprach auch der sensationslose und entspannte Kongreßverlauf, der zu vielen sachlichen und persönlichen Kontakten zwischen Historikern aus 42 Ländern, darunter 15 außereuropäischen, Gelegenheit bot. Erstmals konnte seit vielen Jahren ohne Hindernisse der Dialog der Fachleute aus dem Osten und Westen Deutschlands wieder vor aller Welt aufgenommen werden. Die beiderseitige Bereitschaft zu praktischer Zusammenarbeit in der Quellenarbeit, in der Quellenerschließung und Quellenauswertung ist ein guter Auftakt zur Entkrampfung der kulturpolitischen Situation, die auf dem Felde historiographischer Arbeit noch manche Verbesserung erfahren kann.

Am Beispiel der angestrengten Bemühungen österreichischer Historiker, den Prozeß der österreichischen Nationsbildung zu erhellen und verständlich zu machen, können wir deutschen Historiker lernen, wie gerade unbequeme Themenstellungen zu neuen Erkenntnissen der Historiographie und zur nüchternen Vertiefung des historischen Selbstverständnisses oder Situationsbewußtseins eines schwergeprüften Volkes führen können. Wenn Geschichtsschreibung in dieser Weise zum Verständnis und zur versöhnenden Akzeptierung der Gegenwart mit ihren positiven Zukunftschancen beiträgt, erfüllt sie mit ihrem wissenschaftlichen zugleich ihren menschlichen Auftrag.

Klaus Ehrler

Bemerkungen zur Leipziger Buchmesse

Die diesjährige Leipziger Buchmesse wurde gekennzeichnet durch die kurz vorher zu Ende gegangene Internationale Buchkunstausstellung und das achthundertjährige Jubiläum von Stadt- und Messerecht. Übertrieben wäre gewesen, von einem Einschnitt zu sprechen — die kulturpolitischen Intentionen von Veranstaltern und Verlagswesen veränderten sich nicht in diesem Jahr, aber deutlicher noch als in den vergangenen Jahren zeigte sich diesmal, wie sehr sie Maßstäbe zu setzen wissen. Auf der von dem verdienstvollen Vorsteher des Börsenvereins, dem Leiter des Aufbau-Verlages, Berlin, Klaus Gysi, geleiteten Pressekonferenz bei Beginn der Messe sprach Professor Kapr von der Leipziger Hochschule für Buchkunst und legte Rechenschaft ab über die aufwärtsstrebende Entwicklung von Buchkunst und graphischem Gewerbe, wie sie in der Ausstattung der Bücher sich ausdrückt. Auch bei uns ist bekannt, daß Bücher in der DDR billiger sind als anderswo — im Verein mit der Bedeutung, die dem Begriff der „gebildeten Nation" beigemessen wird, ein Mittel zur Popularisierung des Buches für die Masse. Kurz vor der Messe waren die Zahlen bekanntgeworden, die westdeutsche Umfrageinstitute ermittelt hatten — daß nämlich nur eine Minderheit der Bundesrepublikaner einen oder gar mehrere zeitgenössische Autoren kennt.

Die Messe in Leipzig nun widerspiegelte ein ausgewogenes Angebot aus Gegenwartsliteratur, klassischer Überlieferung und Übersetzungen. Wer in tradierten Schablonen über „totalitäre" Meinungslenkung denkt, mochte durch die vorgelegten Übersetzungen von Sartres „Wörtern" wie von Camus' oder der Sagan erstaunt sein: Angesichts der wachsenden Zahl auch und gerade westlicher Lizenzen sinkt auch die Frage nach der Überwachung von Büchersendungen, die zur Standardfrage der Pressekonferenzen wie der Publizistik über die DDR-Kulturpolitik gehört: Was wichtig ist an neuerer Literatur, beginnt wenig nach Erscheinen mindestens als Lizenzausgabe auch „drüben" zu erscheinen. Schwierigkeiten erwachsen eher aus dem Unwillen, Lizenzen zu verkaufen, im Westen als etwa aus mangelnder Bereitschaft des „Ostens" zum Erwerb dieser Lizenzen. Die Devisenlage würde zur Gegenseitigkeit raten, aber die unwürdigen Vorgänge um Strittmatters „Wundertäter", der 1961 nicht ausgeliefert werden durfte, nachdem der Frankfurter S. Fischer Verlag ihn bereits angekündigt hatte, nun durch Sigbert Mohn aber ediiert wird, ohne daß sich Erwin Strittmatter oder gar sein Buch geändert hätten, zeigen, was gemeint ist.

Das äußere Bild ist in Leipzig durch eine ungewöhnlich sorgfältige Ausstattung im Vergleich zu den vergangenen Jahren be-

stimmt, eine differenzierte Arbeitsteilung der Verlage untereinander verhindert weithin parallele Ausgaben, die sich gegenseitig konkurrieren, ohne doch Vielfalt zu verkörpern — Ausprägung erfährt dies Prinzip im Nebeneinander des repräsentativen Aufbau-Verlages für die große Literatur mit dem aufs Experiment mit der Gegenwart und ihren jungen Autoren verpflichteten Mitteldeutschem Verlag, dem traditionsreichen Leipziger Insel-Verlag u. a. m. Joachim Knappe und Hermann Kant scheinen die neue literarische Saison zu bestimmen, wie in den Jahren zuvor Erik Neutsch, Christa Wolf und Karlheinz Jacobs, zu schweigen von Erwin Strittmatter, der nachgerade in den Rang eines Klassikers der Gegenwart, wenn dieser Ausdruck erlaubt ist, einzurücken beginnt.

Die kulturpolitische Linie wurde sichtbar in einer vielbeachteten Auseinandersetzung Walter Boehlichs, Cheflektor des Frankfurter Suhrkamp-Verlages, mit Klaus Gysi. Auf eine Frage nach der „Pinscher"-Literatur hatte Gysi die zentrale Rolle der Literatur im Sozialismus herausgestellt, die Formulierungen nach Erhards Manier unmöglich sein läßt. Boehlich widersprach und bemerkte die Unzuständigkeit des Bundeskanzlers in kultureller Beziehung — ein Jahr könne er so reden und würde doch die Produktion des Suhrkamp-Verlages nicht beeinflussen können, was er, Boehlich, notabene als Segen ansehe ...

Die Diskutierenden konnten oder wollten einander nicht verstehen: Natürlich hatte Boehlich auf seinen Sektor bezogen recht — aber die Auswirkungen der Gesamtpolitik treffen eben auch und gerade die Kultur, und der verordnete Notstand wird Literatur allenfalls als Truppenbetreuung nach Art der „Landser"-Hefte gelten lassen, die ein ostdeutscher Diskussionsteilnehmer zitierte. Und in welchem westeuropäischen Lande wären Verunglimpfungen durch Vergleiche mit Hunden möglich; vielleicht drückt der Gegensatz des deutschen Bundeskanzlers zum General de Gaulle sich auch im geschliffenen Stil des französischen Staatspräsidenten aus und verkörpert eine allerdings gar nicht glänzende Isolation Westdeutschlands im westeuropäischen Bündnis.

Vor wenigen Jahren noch hatte der westdeutsche Steinkopf-Verlag zum Boykott der Leipziger Messe aufgerufen. Diesmal war er mit einem eigenen Stand vertreten. Wo Arbeit und Entwicklung am Werk sind, wissen sie sich im Wettstreit des Friedens durchzusetzen — das gilt gegenüber vielfach verkrampften Formen vergangener DDR-Kulturpolitik nicht minder als gegenüber den Herolden des Kalten Krieges bei uns. Und die Leipziger Messe 1965 erwies sich nach achthundert Jahren als nicht mindere Plattform von Völkerverbindung und kulturellem Austausch als etwa zu Zeiten Goethes oder Luthers. Sie hieß hoffen, wer sie besuchte!

Dr. Ludwig B. Conrady

Betrifft: Notstandsgesetze

Herrn Bürgermeister Hannes
Lich/O.H.
Rathaus

Betr.: Notstandsgesetze

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Vorsorglich erlaube ich mir, Ihnen mitzuteilen, daß ich allen Anordnungen, die sich aus den vom Bundestag verabschiedeten Notstandsgesetzen ergeben, keinen Gehorsam leisten werde. Ich werde jeden Dienst in Selbstschutzeinheiten verweigern, keine Bevorratung an Lebensmitteln durchführen und keinerlei Anschaffung von Luftschutzmaterial vornehmen. Die diesbezüglichen Gesetze verstoßen gegen die in Art. 2 GG garantierte freie Entfaltung der Persönlichkeit sowie die in Art. 13 garantierte Unverletzlichkeit der Wohnung. Ihre Verabschiedung ohne Änderung des Grundgesetzes beruhte daher auf einem Irrtum.

Ebenso vorsorglich darf ich Sie darauf hinweisen, daß das gleiche für die noch zu verabschiedenden Notstandsgesetze gilt, selbst wenn diese mit verfassungsändernder Mehrheit beschlossen werden sollten. Nach Art. 19, Abs. 2 GG können sie nicht rechtskräftig werden, da sie das Grundgesetz und die garantierten Grundrechte in ihrem Wesensgehalt ändern. Ich bitte Sie, zu verstehen, daß es meine vorrangige Pflicht als verantwortlicher Staatsbürger ist, dem Grundgesetz gehorsam zu sein, auch wenn dies Ungehorsam gegenüber verfassungswidrigen Anordnungen bedeutet.

Hochachtungsvoll

gez. Prof. Dr. theol. Hans-Werner Bartsch

Fernseh-Spalte

MÖRDERSPIELE

Der Tod ist ein vertrauter Gast im Fernsehheim. Sensenmanns Gewalt-Tagebuch liefert unablässig Stoffe für Mörderspiele in allen denkbaren Variationen. Die abgelaufenen und noch im Programm befindlichen Krimi-Serien sind schon gar nicht mehr zu zählen. Dazu kommen die abendfüllenden Kinofilme und sonstigen Fernsehspiele mit kriminalistischem Effekt. Sie lassen sich nicht auf eine spezifische Formel bringen. Ihre Typologie ist heterogen. Zwischen der von psychologischen Einsichten ungetrübten Killerstory und dem rationalen Aufklärungsdrama (z. B. über die Barbarei der Todesstrafe) gibt es einige Dutzend Nuancen. Die meisten Streifen aber, die uns den Feierabend mit Leichen garnieren, haben eine fatale Tendenz, die nur naiven Gemütern moralisch munden kann: wenn die amoralische story so ziemlich abgespult ist, muß die Popularisierungslegende von der „Polizei-dein-Freund-und-Helfer" den ethischen Ausgleich wieder herstellen. Selbst Kommissar Maigret, der den Detektiv-Mythos so gründlich disqualifizierte, ist — wenn man genauer hinschaut — sozusagen eine Beschwichtigungstype. Wer wird es ihm, dem sympathisch-ruppigen Beamten aus kleinbürgerlichen Verhältnissen, schon verargen, wenn seine Hand einmal — ein klein wenig außerhalb der Legalität — ausfährt, um im Gesicht eines Ganoven zu landen. Es geschieht ja alles um der Gerechtigkeit willen. Es muß halt — Legalität hin, Legalität her — manchmal sein. Und so werden wir, genußreich dem kriminalistischen Spannungseffekt hingegeben, schier unmerklich übertölpelt. Man suggeriert uns, die Polizei sei die einzige Ordnungsmacht. Sie bietet Schutz und Sicherheit und ist deshalb „an sich" ethisch, das „gute Prinzip". In penetranter Weise propagierten einige Filme der Serien „Stahlnetz" und „Das Kriminalmuseum" solche Ansprüche. Ich erinnere mich des „Stahlnetz"-Streifens „Rehe", in dem es um das abscheuliche Verbrechen einer Kindesentführung geht. Man mußte wirklich an sich halten, um nicht nach der Todesstrafe zu rufen. Die Forderung nach erweiterten Vollmachten der Polizei ist ein Grundelement solcher Filme. (Im Kino hat sich die Verkörperung der totalen Vollmacht ja längst etabliert: Hoffen wir, daß sich im Fernsehen kein staatlich legitimierter Killer vom faschistischen Ausmaß des Mister Bond einfindet.) Uns genügen vorläufig die mannigfachen Sonderrechte, die die Polizei ohnehin hierzulande und auch anderweitig genießt. Nachdem sich ein großer Teil der Bundesrepublikaner für die autoritäre Gesellschaftsführung der C-Parteien entschieden hat, werden diese ihr Mütchen sowieso im gesteigerten Machtanspruch kühlen. Gerade hat Rudolf Augstein („Spiegel" 40/65) vor einem eventuellen Justizminister namens Richard Jaeger gewarnt, der als Todesstrafen-Fanatiker und Diktatoren-Anbeter zu einer totalitären „Rechts"-auffassung neigt. Ein Film wie „Die Mütze" (aus der Serie „Das Kriminalmuseum") ist da wohl ganz nach seinem Sinn. Da ging es um den Mord an einem Taxichauffeur (im Volksmund „Taximord" geheißen). Die Story ist recht unwahrscheinlich konstruiert, wiewohl sie auf Polizeiakten basieren soll. Die Handlung dient nur als Vorwand zur Erzeugung von Lynchstimmung. Die in geschlossenem Konvoi anrückenden Taxifahrer frönen denn auch solchen Emotionen. Und der Zuschauer sollte sich damit identifizieren. Hier wurde eindeutig der kontrollierte Terror goutiert. Selten sah man eine solche Mixtur von psychologischem Unsinn und gehässiger Stimmungsmache auf bundesdeutschen Bildschirmen (ZDF). Nun übertrage man die Elemente derartiger „Kriminalunterhaltung" auf politische Stoffe. Ich denke da an die Serie „Die fünfte Kolonne". Sie ist aus dem gleichen faulen Holz geschnitzt. Nicht wahr: wenn man in diesen telegenen „Abgrund von Landesverrat" hinunterstarrt, dann wünscht man sich doch nur noch, daß die Polizei gestärkt werde und die Notstandsgesetze möglichst schon morgen zu unser aller Schutz erlassen, nein diktiert werden. Übrigens: die Polizei ist gar nicht so versessen auf Erweiterung ihrer Vollmachten, wie die Polizeigewerkschaft schon glaubhaft versichert hat. Da stecken also wohl Fernsehen und Staat wieder mal unter einer Decke.

E. H. Wahl

Bücher

Polens Existenz ...

Martin Broszat, Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Ehrenwirth Verag, München 1965, 270 S.

Die eigentlichen Anfänge Polens begannen fast genau vor tausend Jahren, mit einer Stoßrichtung aus dem wendischen Spreewald diesseits der Oder. Ein polnischer Stammesfürst aus dem sagenhaften Geschlecht der Piasten bekehrte sich damals zum Christentum, katholische Kirche und deutscher Kaiser verhießen ihm die Königskrone, sofern er das polnische Heidentum zwischen Oder und Weichsel zu bezwingen vermöchte. Die Westgrenze dieses neuen Staatsgebildes scheint man sich entlang der Oder und Neiße gedacht zu haben, die Ostgrenze vermutlich entlang der Weichsel, indes dem Christentum ostwärts wohl kaum eine Grenze gesetzt war, denn die Christianisierung sollte weitergehen, wie sie über die Elbe gegangen war und sich nunmehr anschickte, die Oder zu überschreiten.

Die nunmehr kirchlich gesalbte und königlich gekrönte Familie der Piasten begann mit der polnischen Christianisierung im Weichselbogen, wobei sie eine deutsche Hilfe nicht entbehren konnte, die Deutschen leisteten vorerst bewaffneten Beistand in Pommern, wodurch sie eine Grundlage der Germanisierung schufen. Das polnische Staatsgebilde hatte seine Geburtswehen, im heutigen Ostpreußen kämpfte man mit den litauischen Pruzzen um einen Zugang zum Meere, in Schlesien mit den böhmischen Przemysliden, die auch Breslau als Stadt begründeten, um die südlichen Territorien. Konrad von Masovien brauchte bewaffnete deutsche Hilfe, um in den ostpreußischen Sümpfen die litauischen Pruzzen niederzuzwingen, so privilegierte er an der Weichsel die deutschen Ordensritter, damit hatten die Deutschen in Ostpreußen Fuß gefaßt, nicht anders als in Pommern. In Schlesien hingegen war es ungleich friedlicher hergegangen, auch hier wurden die Deutschen ins Land gerufen. die Piasten zerstritten sich untereinander um die polnische Königskrone, flüchteten öfters nach Deutschland, heirateten deutsche Frauen, einige deutsche Kaiser zogen öfters mit einer Heeresmacht nach Polen, um Ordnung zu schaffen. Ein schlesischer Piastenfürst, dem man die Königskrone abspenstig machte, strebte ein souveränes Schlesien mit westlicher Orientierung und deutscher Kultur an, rief deutsche Bauern und Handwerker ins Land, um sie wie üblich zu privilegieren, so wurde Schlesien ein Musterbeispiel deutscher Kulturleistung, nicht anders als der Ordensstaat an der Weichsel.

In der Weichselniederung und vor der Weichselmündung hatten die Ordensritter durch kaum zwei Jahrhunderte einen mustergültigen Staat geschaffen, sie hatten die Pruzzen bezwungen. Polen vom Meere abgehalten, die bewaffnete Ordensmacht richtete sich nunmehr gegen Polen selbst, das Geschlecht der Piasten war durch diese Auseinandersetzungen ermüdet, es kam zu jener denkwürdigen Schlacht bei Grunwald, wo Jagiello von Litauen das Ordensheer besiegte, um in Union mit Litauen eine neue Dynastie in Polen einzuleiten. Der Ordensstaat geriet in polnische Abhängigkeit, die Weichselniederung und Weichselmündung kam für dreihundert Jahre unter polnische Herrschaft. Das ostpreußische Reservat des Ordentsstaates bekam einen neuen Hochmeister aus dem Geschlecht der Hohenzollern, die Hohenzollern betraten somit diese politische Bühne.

Der Rezensent hat bis hierher diese geschichtlichen Fakten ein wenig freizügig skizziert, der Autor berührt diese Fakten einleitend unter dem Titel „Historische Voraussetzungen":

„Die neuzeitliche Gestaltung des deutschen Verhältnisses zu Polen ist entscheidend von Preußen her bestimmt worden. Brandenburg-Preußen fiel im 17. und 18. Jahrhundert der gesamte historische deutsche Grenzraum gegenüber Polen zu. Der Hohenzollernstaat war zum Universalerben des mittelalterlichen deutschen Kolonisationsgebietes im Osten des Reiches, er war zu den deutschen Nachbarn Polens geworden. Er übernahm damit auch die politischen, ethnisch-kulturellen und konfessionellen Mischungs- und Spannungsverhältnisse, die in diesem deutsch-polnischen Grenzraum in Jahrhunderten vorher angelegt waren. Aus der gemeinsamen oder gleichzeitigen Missionierung und Unter-

werfung heidnisch-westslawischer Stämme zwischen Elbe und unterer Weichsel und zwischen der Saale und Oder sowohl vom deutschen Westen wie vom polnischen Osten her hatte sich seit dem 10. Jahrhundert die geschichtliche Nachbarschaft zwischen Deutschen und Polen herausgebildet. Jenseits der Oder entstand eine Mischzone einander ablösender polnischer und deutscher Einflüsse, von denen, je nach der Datierung, später entweder Polen oder Deutsche ihre ‚geschichtlichen Rechte' herleiten sollten."

„Das andere, östliche Preußen blieb dem Orden erhalten, mußte jedoch die Lehenshoheit des polnischen Königs (nach der Niederlage von Grunwald) anerkennen. Die spätere Inbesitznahme durch die brandenburgischen Hohenzollern ergab sich aus einer dynastischen Zufallsentwicklung: Der 1511 zum Hochmeister gewählte Albrecht von Brandenburg führte in dem ostpreußischen Überbleibsel des Ordenslandes die Reformation ein und säkularisierte es zum erblichen Herzogtum. Einhundert Jahre später starb die Königsberger Linie aus. Das Herzogtum Preußen — nach wie vor polnisches Lehen — gelangte auf dem Wege der Erbfolge 1618 an den Brandenburgischen Kurfürsten. Seitdem hielten sich im Gebiet der Weichselmündung polnische und brandenburgisch-preußische Herrschafts- und Hoheitsverhältnisse gegenseitig in der Zange. Hier lag deshalb auch von Anfang an der neuralgische Punkt in den politischen Beziehungen zwischen Brandenburg-Preußen und Polen."

Der Rezensent konnte nicht umhin, auf diese Ursächlichkeiten im Verlauf von mehr als fünf Jahrhunderten polnischer Staatsgeschichte ein wenig umständlicher einzugehen, obwohl der Autor hierfür nur etwa zwanzig Seiten verwendet, um auf den verbleibenden mehr als zweihundert Seiten sich allein auf die zweihundert letzten Jahre seit den Teilungen Polens zu konzentrieren. In einem recht lesbaren kurzen Vorwort sagt der Verfasser, wie sehr es ihm in erster Linie darum ginge, den „Innenraum" der eigenen deutschen Politik gegenüber der polnischen Nation ansichtig zu machen. Denn der Gesamtumkreis der polnischen Frage und Geschichte sei ihm demgegenüber nur Horizont, nicht Gegenstand der Betrachtung. Im Mittelpunkt stünde der preußisch-deutsche Schauplatz des Geschehens.

Der Große Kurfürst, „in unablässigen diplomatischen und militärischen Händeln auf Mehrung des Besitzes bedacht, eröffnete die Bahn systematischer preußischer Staatsakkumulationen". Die polnische Krone, die der Große Kurfürst vergeblich zu erwerben suchte, fiel während der Regierungszeit seines Sohnes einem andern deutschen Fürsten zu, August dem Starken. Für den Nachfolger des Großen Kurfürsten scheint das der Hauptanlaß gewesen zu sein, sich nun auf anderem Wege die gleiche Würde zu beschaffen, den Titel eines „Königs in Preußen". Dessen Sohn Friedrich Wilhelm I. hinterließ seinem Sohn Friedrich dem Großen schon ganz bestimmte testamentarische Marschanweisungen in polnischer Richtung. Aus den Bemerkungen Friedrichs des Großen über Polen und polnische Zustände drückt sich aber zugleich „die tiefe geschichtliche Kluft aus zwischen dem politischen Staatsideal des aufgeklärten absolutistischen Monarchen und der überlebten Verfasssung einer Nation mit gänzlich anderer Entwicklung und Prägung ... Dem absolutistischen Hohenzollernkönig, der sich eine aufgeklärte Staatsmoral zu eigen gemacht hatte und Machtgewinn als sachlichen Dienst am Staate verstand, galt die innerstaatliche Anarchie Polens gleichsam als sittlicher Defekt ... Der einander kraß entgegengesetzte Stil preußischer und polnischer Staatsgestaltung und -auffassung war auch eine wesentliche Ursache dafür, daß das Aufeinandertreffen preußischer Staatsverwaltung und polnischer Nation, das mit den Teilungen Polens begann, von vornherein — noch ehe nationale deutsch-polnische Gegensätze sich sonderlich bemerkbar machten — in so starkem Maße die Gestalt einer ‚Fremdherrschaft' annahm, daß sich gegensätzliche stereotype Vorstellungen von polnischem und preußischem Wesen frühzeitig ausbildeten und verfestigten".

Soweit der Verfasser bis Seite 24. Von Seite 25 an widmet er sich den polnischen Teilungen, den beiden Jahrhunderten deutscher Polenpolitik:

„Wir haben die innerpolnischen Ursachen genannt, welche die staatliche Desintegration Polens bewirkten und somit die Hegemonie auswärtiger Mächte und die spätere Teilung begünstigten. Es bleibt aber festzuhalten: Der polnische Staat ist schließlich nicht von innen verfallen, sondern durch eine überlegene Koalition von außen erst zerstückelt, dann durch die zweite und

dritte Teilung, nach letztem Widerstand, von Rußland, Preußen und Österreich gewaltsam beseitigt worden. Gerade der endgültige Akt der Teilung vollzog sich nicht als Inbesitznahme eines machtpolitischen Vakuums, sondern als russisch-preußische militärische Strafaktion, während Polen den energischen Versuch gemacht hatte, sich aus eigenen Kräften zu reformieren und aus bisheriger Abhängigkeit und Machtlosigkeit zu erheben. Ungeachtet dessen sind in der deutschen historischen Literatur seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die polnischen Teilungen meist als ‚Untergang' Polens, als ‚polnische Tragödie' u. ä. stilisiert worden. Man nannte ‚schicksalhaft' und einen von Polen selbst verschuldeten ‚Urteilsspruch der Geschichte', was willkürlich von außen erzwungen war."

Was uns der Autor in der Folge zu sagen hat, ist schon ungewöhnlich und bildet nachgerade eine Ehrenrettung der deutschen Geschichtsschreibung. „Da wir uns eine breite Erzählung versagen müssen, behelfen wir uns mit einer Skizze der wesentlichen Zusammenhänge."

Der Autor gliedert seine ausgezeichneten Formulierungen stufenweise in die besagten Skizzen: Preußen und die erste Teilung Polens, polnische Verfassungsreform und erneute Teilung, Polens Freiheitskampf und gewaltsames Ende, Wandlungen der polnischen Frage bis zum Ende Napoleons, die Beschlüsse des Wiener Kongresses, Versöhnungskurs im Großherzogtum Posen 1815—1830, liberale deutsche Polenbegeisterung und preußische Reaktion nach dem Aufstand von 1830/31, die Anfänge Friedrich Wilhelms IV. und die Revolution von 1848, konservative und liberale preußische Polenpolitik bis 1863, Einbeziehung der preußisch-polnischen Gebiete in das nationalstaatliche Deutsche Reich (1866—1871), Germanisierungs- und Kampfpolitik unter Bismarck und Wilhelm II. (1871—1914), außenpolitische Aspekte: das galizische Problem, Sprachen- und Kulturkampf der siebziger Jahre und neue polnische Abwehrkräfte, Bevölkerungs- und Bodenpolitik: Polenausweisungen und Ansiedlungsgesetz 1885—86, Gewaltsamkeit und ideologische Versteifung wilhelminischer Ostmarkenpolitik, Weltkrieg und Wiederherstellung Polens, Dmowski und Pilsudski, halbherzige deutsche Zugeständnisse, Wiederherstellung Polens als Kriegsziel der westlichen Alliierten, die Weimarer Republik und Polen, Rapallo, Locarno, Wirt-

„Jeder der den Frieden will, muß dieses Buch lesen . . ."
Pittburgh Press

Donald W. Côx
Alle Macht den Eierköpfen

Wissenschaft übernimmt die Führung
272 Seiten. Leinen DM 19.80 —
„. . . Der Leser dieses Buches kann auch bei deutschen Eierkopfproblemen besser mitreden, und das bedeutet bei der Widersprüchlichkeit der Äußerungen hiesiger Soziologen, Studenten und Minister sehr viel." *Münchner Merkur*

thema thema thema
Die aktuelle Paperbackreihe

Martin Broszat
200 Jahre deutsche Polenpolitik

272 Seiten, zwei Karten, Paperback DM 9.80 — „Broszat bekennt sich schlicht zur Wahrheit. Sein Buch ist nicht nur eines der besten zur deutschen Geschichte überhaupt, sondern es wird auch binnen kurzer Zeit seinen Weg als das Standardwerk auf seinem Gebiet machen." *Vorwärts, Bonn*

Weitere Bände aus dieser Reihe:

Autorität – was ist das heute?
Umstrittene Machtansprüche in Staat, Gesellschaft und Kultur. 176 Seiten, Ppb. DM 7.80

Werden wir richtig informiert?
Massenmedien und Publikum.
88 Seiten. Paperback DM 5.80

Bitte fordern Sie ausführliche Prospekte an.

Ehrenwirth Verlag München

schaftskrieg, Minderheitenpolitik und Revisionspropaganda, das Dritte Reich und Polen 1933—1939, der Pakt mit Moskau, Krieg und vierte Teilung Polens, nationalsozialistische Herrschaft im besetzten Polen, Fremdvolk-Doktrin und Terror, System der Entpolononisierung in den eingegliederten Ostgebieten, Niederhaltung und Ausbeutung im Generalgouvernement und polnischer Widerstand, der Verlust deutscher Stellung im Osten.

Aus räumlichen Gründen ist es nicht möglich, diese hervorragenden, historisch hieb- und stichfesten Argumentationen eines erfreulich jungen Verfassers näher zu untersuchen, der beim Ende Hitlers achtzehn Jahre alt war und völlig unbelastet ist von einer Vergangenheit, die er durch unzählige Zitate höchster preußischer Verwaltungsbeamten niederschmetternd ad absurdum führt.

Ganz nebenher demaskiert er Stresemann als einen Kriegstreiber, nicht minder die sogenannten Minderheitenführer in Polen während der Weimarer Zeit, erst recht aber während der Hitlerdiktatur.

Von diesen unzähligen Zitaten möge ein einziges genügen; es stammt vom Chef der Reichswehr der Weimarer Republik, General von Seeckt, der am 11. September 1922 in einem Schreiben an Graf Brockdorff-Rantzau, den ersten Außenminister der Weimarer Republik und künftigen Botschafter in Moskau, schrieb:

„Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und wird verschwinden durch eigene Schwäche und durch Rußland, mit deutscher Hilfe."

Diesem Buche wäre zu wünschen, daß es ein Lesebuch des deutschen Volkes werden möchte, man kann dem Autor die Bewunderung nicht versagen für die unvergleichliche Spürsinnigkeit und Formulierungskraft, man wäre fast versucht, noch an eine glücklichere deutsche Zukunft zu glauben in einem glücklicheren Europa, welches auch Platz genug bieten mag für ein ebenso glückliches selbständiges Polen.

August Scholtis

Blick zur Zukunft

Unsere Welt 1985, Hundert Beiträge Internationaler Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten aus fünf Kontinenten. Sonderausgabe aus der Sammlung Modelle für eine neue Welt, herausgegeben von Robert Jungk und Hans Josef Mundt, Verlag Kurt Desch, München, Wien, Basel.

Unsere Zeit scheint durch den Verzicht auf die positive Utopie gekennzeichnet zu sein. Speziell zur westdeutschen Wirklichkeit gehört die Verabsolutierung eben dieser Wirklichkeit, deren Zukunft man sich speziell auf sozialem Gebiet nurmehr als nach vorn verlängerte Gegenwart vorzustellen vermag. Wo aber Utopie einmal vorkommt, erscheint sie negativ, Furcht und Widerwillen widerspiegelnd, wofür stellvertretend des unglücklichen George Orwell „1984" stehen mag. Wie wenig freilich die westdeutschen diesbezüglichen Tendenzen und Reflexe repräsentativ für die westliche Welt selbst sind, erweisen hundert Beiträge anerkannter internationaler Autoren, die von Robert Jungk und Hans Josef Mundt jetzt unter dem Titel „Unsere Welt 1985" herausgegeben worden sind.

Wer in Zukunftsprogrammen von gestern blättere, müsse öfters lächeln als staunen, bemerkt freilich anfangs Robert Jungk und fährt fort, von hier und heute aus gesehen nähmen die Visionen der Väter sich dürftig, eng, übertrieben und zaghaft aus. So stelle sich die Frage, wie es um unseren eigenen Versuch von Zukunftsschau stünde, doch ließe gerade dies Infragestellen eigenen Vorauswissens, Erkenntnis unvermeidlicher Gefangenschaft in der Gegenwart und unentrinnbarer Zeitbefangenheit, hoffen, die moderne Prognostik würde dem Werdenden gerechter werden als alle alte, so sehr viel selbstgerechtere Zukunftsschau das konnte, die sich ihrer Gewißheit sicher zu sein schien.

So entfalten denn auf viereinhalbhundert Seiten hundert Autoren ein trotz allem atemberaubendes Bild menschlichen Lebens auf dieser Welt. Die verschiedensten Sichtweisen von Fachwissenschaft und philosophischer Bemühung schießen zusammen zu einer neuen Wissenschaft, der „Futurologie". Diese Disziplin entbehrt bislang akademischer Anerkennung. Sie blieb beschränkt auf wenige wissenschaftliche Institute privater Natur wie das Wiener Institut Robert Jungks. Das Buch bereitet indes dieser Anerkennung den Boden, indem durch die Vielzahl der Aspekte hindurch sichtbar wird, wie sehr gerade ein Offensein zur Zukunft hin unter der Voraussetzung steht: „Ich sehe voraus, daß ich vieles unrichtig oder gar nicht werde vorausgesehen haben." Das zwingt einmal zu einem kollek-

tiven Arbeitsstil, wie die Zahl von hundert Verfassern erweist, zum anderen aber erscheint einzig solch Vorgehen geeignet, den berühmten „cultural lag" der Soziologie zu vermeiden, welch Wort die Kluft zwischen technischer und sozialer Entwicklung beispielsweise wiederzugeben versucht. So ist unsere Verwaltung weitgehend von Metternichschen Kategorien und das nicht nur in den Dienstbezeichnungen der Beamten bestimmt, während Elektronik und Kybernetik die Daten der technischen Entwicklung entscheidend veränderten. Während wir gegenwärtig noch die Schatten einer unbewältigten Vergangenheit zu bannen suchen, wächst am Horizont die Problematik einer unbewältigten Zukunft empor.

Dem sucht das vorliegende Sammelwerk der hundert Perspektiven zu begegnen. Der Bogen spannt sich von dem bedeutenden Kybernetiker Robert Wiener bis zum Raketenspezialisten Wernher v. Braun, japanische Schiffskonstrukteure und französische Eisenbahnspezialisten, indische Agrarexperten und amerikanische Atomphysiker, sie alle und noch viele andere wirken hier zusammen, aus ihrer Erfahrungs- wie Wissensfülle unserer Zeit zur Zukunft den Durchbruch zu ebnen. Unausgesprochen schwingt in alledem der beharrliche Willen zum Frieden mit, da doch der Frieden für unsere Zeit Voraussetzung der Zukunft überhaupt bedeutet. An einer Stelle freilich stellt Barbara Wootton in ihrer soziologischen Analyse Westeuropas in 1985 fest, es sei anzunehmen, daß die intakt gebliebenen menschlichen Werte der vielen intelligenten jungen Leute, die ihre Bereitschaft zur Demonstration für ihre Ideale auf Ostermärschen gezeigt hätten, statt um jeden Preis Karriere zu machen, einen tieferen Einfluß auf unsere Lebensformen haben würden, als einige ihrer kleinmütigen Vorfahren sich das heute noch vorstellen könnten. So zeigt der eine Blick bereits den Versuch des Buches, zur entscheidenden Veränderung des geistigen Klimas in unserem Lande beizutragen, wie Robert Jungk andernorts formuliert, und das mit den Mitteln konkreter Tatsachenanalyse anstelle vordergründiger Agitation und Argumentation. Der Zusammenhang zwischen rationaler Analyse und ethischer Norm erschien selten so evident vorgetragen wie gerade in den unausgesprochenen Folgerungen einiger Beiträge, die im einzelnen zu zitieren, das Format einer Rezension sprengen würde.

Die Gliederung des Werkes geht von der Frage aus, wohin der Weg führt; unter den hier zusammengefaßten Beiträgen ragt der Norbert Wieners über die dynamischen Systeme in Physik und Biologie besonders hervor. Der nächste Hauptteil befaßt sich mit den Umrissen des Menschen von morgen, woran sich Erörterungen über die morgigen Existenzgrundlagen wie auch Welt und Umwelt anschließen. Danach wird das tägliche Leben der Zukunft abgehandelt, dessen Dynamik gekennzeichnet erscheint durch die Formulierung Lord Bowdens, es gelte, ein Leben lang zu lernen — die vielverbreitete Vorstellung vom einmal abgeschlossenen Lernprozeß zeigt, wie weit wir trotz Erwachsenenbildung und dergleichen noch zurück sind gegenüber anderen gesellschaftlichen Formationen, wo die Bedeutung permanenter Bildungsprozesse längst allgemeine Erkenntnis geworden ist. Die Abschnitte über Zusammenleben und, Verwaltung und Politik lassen die Gegenwart vergleichsweise steinzeitlich zur Zukunft wirken und produzieren die vergleichsweise größte Skepsis des Lesers den Möglichkeiten gegenüber, die die technische Notwendigkeit gegenüber den soziologischen Faktizitäten aufbringen kann. Pierre Augers und Nigel Calders, auf dessen Initiative hin das Symposion der Autoren in der britischen Zeitschrift „New Scientist" zuerst zustandekam, Beiträge stoßen bis zu den Grenzen der Wissenschaft vor. Die deutsche Zusammenfassung veranstaltet Hans Josef Mundt in einer lehrreichen Betrachtung zu den Daten 1945 — 1965 — 1985. Selten sah sich der Rezensent veranlaßt, ans Ende einer gedrängten, daher lükkenhaften Besprechung so nachdrücklich das „Nimm und lies!" des hl. Augustin zu setzen.

L. B. C.

Der gute Glaube der Deutschen

Robert Neumann, Der Tatbestand oder Der gute Glaube der Deutschen, Roman, Verlag Kurt Desch, 311 S., DM 19,80.

Ein jüdischer Journalist bezichtigt sich der Mittäterschaft an zwei Morden, begangen in den letzten Kriegstagen an einem jüdischen Ehepaar in einer Stadt am Bodensee. Der Kreis zugehöriger Personen: Täter, Zeugen, Staatsanwalt, Rechtsanwälte — die zwanzig Jahre zurückliegenden Ereignisse und ihre noch immer währende Unbedachtheit bilden den Rahmen der Handlung.

Über KZ-Leben und -Sterben, die drohende Ausrottung des jüdischen Volkes und das peinliche Unvermögen der bundesrepublikanischen Demokratie, sich mit dem Geschehenen und seinen Ursachen zu konfrontieren, ist bereits des öfteren dokumentarisch und literarisch befunden worden. Es bleibt das Ereignis des vorliegenden Romans, dieser grausigen Bestandsaufnahme deutscher Vergangenheit und Gegenwart geistvoll-brillierende Form, psychologisch-differenzierte Nuancen und spannend-unterhaltende Dynamik gegeben zu haben. Zweifellos wird es ein Bestseller werden: den formalistischen und modernistischen Ansprüchen ist soweit Genüge getan, daß auch der deutsche Leser die so gekonnt verpackten unliebsamen Inhalte schlucken wird. Ob er sie verdaut, ob die hartgebrannte Glasur seines ‚guten Glaubens' auch nur einen Sprung erhält, bleibt abzuwarten. Der anschaulichen Unterrichtung über hartnäckig gemiedene Tatsachen und Problematiken kann der Leser nicht entgehen.

Die Anklage Robert Neumanns erstreckt sich über Ereignisse und Personen in den Bereich deutscher Irrealitäten. ‚Der gute Glaube', dieser Ersatz für Wissen, Bewußtsein, Eigenverantwortlichkeit und Gewissen, diese stereotype Rehabilitation, die der des ‚guten Willens' so nahe steht, ist der unheilvolle Boden, auf dem das Unheil gedeiht und wächst. Alle sind sie ‚guten Glaubens' und haben ‚hohe Menschheitsideale' und ‚moralische Ziele' ‚exklusiv und monopolitisch' auf ihrer Seite. Auch den angrenzenden und siegenden Nationen wird dieser schlechte „gute Glaube' zugestanden, nur stützt und regeneriert er sie nicht in gleichem Maße wie die Deutschen. Die herrschenden und besitzenden Mächte, die diesen Glauben sinnvoll säen und kultivieren, werden am Rande erwähnt, der großindustrielle Jude Diamant ist ihr Fürsprecher. Die sine bona fide — Selbstangeklagter und Staatsanwalt — sind ohnmächtig und leidend, bis zur Verzweiflung erschüttert und krank, resignieren und treten ab mit nur leiser und schon verzweifelnder Hoffnung auf eine skeptischere, vorurteilslosere Jugend.

Ein hoffnungsloser ‚Tatbestand', ein unheilbarer ‚guter Glaube der Deutschen'? Einen überzeugten Pessimismus nimmt man dem Autor nicht ab. Nicht etwa, weil er die beiden unglücklichen Opfer auf den letzten Buchseiten auferstehen läßt und sich ihre Ermordung als vermeintlich erweist — das löst nur den vorliegenden Gerichtsprozeß, nicht den Prozeß der Deutschen auf. Wäre es Robert Neumann nur an der Proklamation der bitteren Wahrheit gelegen, hätte es der ansprechenden Formalitäten nicht bedurft. Tendenz und Absicht des Autors ist immer, Wahrheit an den Mann zu bringen, durch sie zu wirken und zu verändern. Je brennender sie ihm erscheint und je unliebsamer sie empfangen wird, umso listiger, schockierender oder formal konzedierender verpackt er sie — sofern er es vermag. So hat Robert Neumann schließlich diese Krimi-Sexy-Joyce-Form als die zweckmäßige erkannt, einen Stein der starren Mauer bundesdeutscher Selbstzufriedenheit, Unbelehrbarkeit und beleidigten Trotzes zu durchstoßen. Ein etwas tiefer, auch in die Fundamente geführter Stoß hätte den Untertitel des Romans in „Warum die Deutschen guten Glaubens sind?" konkretisieren können. Vielleicht wäre dann die in dieses Buch gesetzte politische Hoffnung noch berechtigter gewesen.

Dr. Charlotte Neuhöffer-Michalski

Nation und Sozialismus

Karl O. Paetel, Versuchung oder Chance — Zur Geschichte des deutschen Nationalbolschewismus. Musterschmidt-Verlag, Göttingen 1965. 343 S., Ln., DM 29,80.

Manch einer, der Geschichte und Scheitern der Weimarer Republik der jungen Generation heute zu erklären versucht, macht es sich dabei, in guter pädagogischer Absicht, zu leicht; da erscheint das Weimarer System als objektiv problemlos, gestört und schließlich zerstört durch „Radikale von links und rechts". Jene Nationalisten, die zu sozialrevolutionären Positionen gelangten, kurz „Nationalbolschewisten" genannt, dienen solcher schnellfertigen Bewältigung der Vergangenheit als Eckstein der Beweisführung; sie bestätigen scheinbar die „Berührung der Extreme", die behauptete antidemokratische Einheitsfront von rechts und links. Der genauen historischen Analyse hält, wie diese gesamte Darstellung, so auch die These über den Nationalbolschewismus als „Mittelstück" nicht stand; in Wahrheit zeichnete sich der Nationalbolschewismus der Weimarer Zeit durch eine so klarsichtige Kritik und daraus gewonnene Gegnerschaft gegenüber der faschistischen NSDAP aus, wie sie viele Politiker der SPD oder der politischen

„Mitte" keineswegs aufwiesen. Diese Feststellung ergab sich schon aus dem vor einigen Jahren erschienenen Buch „Linke Leute von rechts" des Historikers Otto Ernst Schüddekopf; sie wird nun erhärtet durch die Veröffentlichung von Karl O. Paetel. Während Schüddekopf vorwiegend der ideologischen Entwicklung der nationalistisch-sozialrevolutionären Bewegung der Weimarer Zeit nachging, gibt Paetel, einst selbst maßgeblich in dieser Bewegung engagiert, später emigriert und heute in den USA lebend, eine Darstellung der Gruppierungen und der personellen Entwicklung des deutschen Nationalbolschewismus.

Deutlich werden dabei, quer durch die Vielfalt der nationalbolschewistischen Gruppierungen, einige dominierende Linien: so die Kritik am demagogischen Scheinsozialismus der NSDAP, die Einsicht in den Widerspruch von Weimarer demokratischer Form und faktischer politischer Herrschaft einer kleinen wirtschaftlichen Besitzschicht, die Forderung nach außenpolitischer Verständigung mit der UdSSR und schließlich die Polemik gegen die kleinbürgerlich-sozialpolitische Genügsamkeit der SPD. Erkennbar wird auch, daß die Nationalbolschewisten — früher als die meisten anderen politischen Richtungen, eingeschlossen die Kommunisten — die welthistorische Bedeutung der Kolonialrevolution einzuschätzen verstanden.

Andererseits verbirgt Paetels Buch auch keineswegs die spezifischen Schwächen des politischen Weltbildes der Nationalbolschewisten, nämlich die teilweise auftretende irrationale Überhöhung des Wertes der Nation und die Mythologisierung der Revolution, auch des revolutionären Krieges. Die Erklärung dieser eigenartigen Ambivalenz in den politischen Denkweisen der Nationalbolschewisten kommt allerdings bei Paetel zu kurz; hier macht sich, so meine ich, nachteilig bemerkbar, daß Paetel auf sozialgeschichtliche und soziologische Betrachtungsweisen verzichtet. Der Nationalbolschewismus in Deutschland rekrutierte sich aus dem intellektuell sensiblen, kritischen Teil des jungen Bürgertums, vielfach vermittelt durch die Jugendbewegung; hier wurde der Versuch gemacht, die Idee des Nationalstaates aus ihrer deutschen „Verspätung" und aus ihrer deutschen Verklammerung mit dem besitzbürgerlichen Obrigkeitsstaat sozusagen herauszureißen, nun im Bündnis mit den Trägern des Klassenkampfes. Dieser — angesichts der inzwi-

Neuerscheinungen 1965

Prof. Dr. Walther Hubatsch
Hindenburg und der Staat
Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1887—1934.
388 Seiten mit Abb. auf 20 Seiten Kunstdrucktafeln, Leinen DM 39,80.

Der Kaiser . . .
Aus den Tagebüchern des Chefs des Marinekabinetts, Admiral Georg Alexander von Müller, über die Ära Wilhelms II.
Herausgegeben von Walter Görlitz
230 Seiten, 16 Seiten Kunstdrucktafeln, Leinen DM 22,80.

In zweiter Auflage:
Regierte der Kaiser
Aus den Kriegstagebüchern des Chefs des Marinekabinetts, Admiral Georg Alexander von Müller, 1914—1918.
Herausgegeben von Walter Görlitz
455 Seiten, 14 Abbildungen auf Tafeln, Leinen DM 28,60.

Karl O. Paetel
Versuchung oder Chance
Zur Geschichte des deutschen Nationalbolschewismus
343 Seiten mit 82 Abbildungen auf Tafeln
Leinen DM 29,80

Dr. Joachim Kühn
Das Ende des Maximilianischen Kaiserreichs in Mexiko. Berichte des königlich-preußischen Ministerresidenten Anton von Magnus 1866—1867.
Ca. 350 Seiten mit ca. 30 Abbildungen auf Kunstdrucktafeln, kart. DM 38,—, Leinen ca. DM 46,—

Prof. Dr. Walter Hildebrandt
Siegt Asien in Asien? Traditionalismus, Nationalismus, Kommunismus, Strukturprobleme eines Kontinents.
Ca. 630 Seiten mit Abbildungen auf 8 Seiten Kunstdruck, Leinen ca. DM 36,—

In 3. Auflage:
Walter Lüdde-Neurath
Regierung Dönitz
Die letzten Tage des Dritten Reiches
Mit einem Nachwort „Die Regierung Dönitz in der heutigen wissenschaftlichen Forschung" von Prof. Dr. Walter Baum
216 Seiten mit 60 Abbildungen und Dokumenten, kart. DM 16,80

Bitte fordern Sie unseren Prospekt „Zeitgeschichte-Politik".

MUSTERSCHMIDT-VERLAG
34 GÖTTINGEN POSTFACH 421

schen entstandenen Strukturen realpolitisch kaum aussichtsreiche — Versuch einer kleinen Gruppe des Bürgertums nach 1918, die Entwicklung von und seit 1848 zu korrigieren, erklärt die Übersteigerungen der nationalbolschewistischen Ideologie. Eindrucksvoller als jedes andere Phänomen reflektiert gerade der Nationalbolschewismus die Versagungen in der politischen Geschichte des deutschen Bürgertums.

Kritik gegenüber Paetel sei noch in einer zweiten Sache angemeldet: Die politischen Theorien des „Tat"-Kreises um Hans Zehrer unterscheiden sich in wichtigen Punkten durchaus von den Vorstellungen der sozialrevolutionären Nationalisten; die intellektuelle Hilfsarbeiterrolle einiger „Tat"-Publizisten im Dritten Reich entsprang der ideologischen Sympathie des Zehrer-Kreises für den „Plankapitalismus", mithin dem Mangel an Abgrenzung gegenüber dem Faschismus. Giselher Wirsing und Ferdinand Fried unterscheiden sich nicht nur in ihrer politischen Biographie von Ernst Niekisch und Harro Schulze-Boysen ...

Der material- und kenntnisreichen Arbeit von Paetel sind im Anhang einige dokumentarische Ausschnitte nationalrevolutionärer eher als nationalbolschewistischer Ideologie beigegeben. Es wäre zu wünschen, daß einmal eine ausführliche Dokumentation national-sozialrevolutionärer Anschauungen, gerade auch in ihren außenpolitischen und sozio-ökonomischen Teilen, zustandekäme.

Zum Schluß sei auf eine Rezension des Paetel'schen Buches hingewiesen, die für die eingangs erwähnte versimpelte Geschichtsbewältigung beispielhaft ist: ausgerechnet in der ZEIT werden die Weimarer Nationalbolschewisten als ein böswilligstaatsfeindlicher Haufen von „Berufsjugendlichen, Landsknechtnaturen, abtrünnigen Kommunisten und enttäuschten Nazis" abgekanzelt, die ihre Zeit besser damit hätten verbringen sollen, die Weimarer „Verfassung zu verteidigen". Die Unangemessenheit solcher Urteile enthüllt nur die Unzulänglichkeit des hierzulande gängigen Begriffes vom Faschismus und seinen Ursachen.

Dr. Arno Klönne

Handbuch für Entwicklungspolitiker

Richard F. Behrendt, Soziale Strategie für Entwicklungsländer, 640 S., S. Fischer Verlag, Paperback, DM 19,80.

Die entwicklungspolitische Literatur wird in der Bundesrepublik durch die bundesdeutsche Konzeption der bilateralen, politisch und marktwirtschaftlich bestimmten Punktuierung beherrscht. Die so auch durch die organisatorische Zersplitterung (oben und unten) bedingte Inflation der Publikationen und Berichte hat einen Zustand der Verwirrung verursacht. Zusammenhangsbetrachtung, multilaterale Gesichtspunkte sind Randerscheinungen. Die umfangreiche angelsächsische und internationale entwicklungssoziologische Literatur blieb unübersetzt, die Dekadeplanung der Vereinten Nationen wird totgeschwiegen, die kooperative Projektik mit ihren vielen Modellen und Versuchen universeller, regionaler und lokaler Planarbeit wird bei uns so gut wie nicht zur Kenntnis gebracht.

Es gibt im deutschsprachigen Gebiet keinen Soziologen, der dies alles — auch in seinen Hiintergründen — so gut kennt und erkannt hat wie der Berner Ordinarius für Soziologie, Richard F. Behrendt. Seit Jahren ist er bemüht, eine Entwicklungssoziologie zu entwerfen, die „Dynamische Gesellschaft" in ihren Elementen und praktischen Konsequenzen darzustellen. Seine „Soziale Strategie für Entwicklungsländer", die nun vorliegt, ist nicht nur eine Weiterführung der früheren Publikationen, sie kann vielmehr als Begründung der Entwicklungssoziologie für unseren Bereich gelten. Es gibt wohl kaum einen Tatbestand oder Aspekt, der in diesem Standardwerk nicht Berücksichtigung findet. Das Buch ist ausgerichtet auf Aktion. Von den 8 Hauptabschnitten sind 7 der Elementarbetrachtung und kritischen Analyse — immer aber im Hinblick auf die Strategie — gewidmet. Die 120 Seiten umfassende abschließende Strategieskizze „Wege der sozialen Entwicklungsstrategie, Das gesellschaftliche Instrumentarium wirtschaftlicher Entwicklung" gibt eine Darstellung der Methoden und Anwendungen realistischer Planung. Es werden vor allem Projekte aus dem besonderen Erfahrungsbereich des Verfassers, Lateinamerika, geschildert — neben den wenigen erfolgreichen die zumeist nicht geglückten, mit eingehender Begründung der Erfolgs- und Mißerfolgsursachen. Dezentralisation und lokale Mobilisierungstaktik, also „Feldarbeit", sind für Behrendt das zentrale Geschehen in der Entwicklungsstrategie. Planung von oben ohne den lokalen und regionalen Vermittler und Sachverständigen führt zum Mißerfolg. Aber es gibt auch eine „falsche"

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG · KÖLN prv

In der aktuellen politischen Reihe

STIMMEN ZUR ZEIT

sind lieferbar:

Prof. Dr. jur. Harold R a s c h

Die Bundesrepublik und Osteuropa

Grundfragen einer künftigen deutschen Ostpolitik

Zweite veränderte und erweiterte Auflage

164 S. glanzkart. DM 7,80

Hans Heinz H o l z / Paul N e u h ö f f e r

Griff nach der Diktatur?

Texte, Kommentare, Stellungnahmen zur geplanten Notstandsgesetzgebung

192 S. glanzkart. DM 5,80

Anfang 1966 erscheinen:

Hans Heinz H o l z / Paul N e u h ö f f e r

Die Notstandsgesetze

Sicherheit oder Gefahr für Demokratie und Frieden?

ca. 256 S. glanzkart. DM 9,–

Reinhard O p i t z

Formierte Gesellschaft

ca. 148 S. glanzkart. DM 7,80

Die Reihe wird fortgesetzt

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG · KÖLN prv

Dezentralisation, nämlich die mechanische Übertragung ideologischer und technischer Modelle. Auch die Struktur des Ein-Parteien-Staates, die ja vor allem in Afrika eine so große Rolle spielt, gilt Behrendt als ungeeigneter Planungsausgangspunkt.

Es versteht sich, daß die exzessive Betonung der Dezentralisation und die Ablehnung des Ein-Parteien-Staates — auch für die Übergangszeit — zur Kritik herausfordern. Dazu kommt, daß Behrendt das große Integrations- und Koordinationsunternehmen der Entwicklungsplanung der Vereinten Nationen nicht in seine Betrachtungen mit einbezieht.

Weder in einer Besprechung noch in einem Aufsatz kann die Behrendt'sche Entwicklungsstrategie mit ihrem ungeheuren Material und ihrer besonderen strukturellen Konzeption voll ausgeschöpft werden. Das muß Einzelbetrachtungen vorbehalten bleiben. Aber das Werk erscheint im Zeitpunkt des Zusammenbruchs der bisherigen Entwicklungspolitik und ist darum von so aktueller Bedeutung, daß nicht früh genug auf sein intensives Studium hingewiesen werden kann. Die s o z i a l e Entwicklungsstrategie wird hier in so überzeugender Weise der politischen und militärischen Entwicklungsstrategie gegenübergestellt, daß die Behrendt'sche Arbeit geradezu als das aktuelle ‚Handbuch für Entwicklungspolitiker' angesehen werden kann. Angesichts des Vietnam-Debakels klingen Behrendts Worte geradezu prophetisch:

„Wir laufen Gefahr, uns auf militärische und diplomatische Positionen von zweifelhaftem Wert festzulegen und darüber gerade jene schöpferische Anpassungsfähigkeit einzubüßen, die allein eine neue Grundlage für positive Beziehungen zwischen jener großen Mehrheit der ‚have-not' Völker und uns schaffen kann."

Hugo Freund

August 1914

Barbara W. Tuchman, August 1914. Aus dem Amerikanischen von Grete und Karl-Eberhardt Felten. 590 Seiten, Leinen DM 28,—. Scherz Verlag, Bern und München.

Der Originaltitel „The Guns of August" präzisiert das Thema mehr als der Übersetzungs-Titel. Barbara Tuchman schildert knapp die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges, um die restlichen 400 Seiten einer Entlarvung des deutschen Militarismus und den Ereignissen der ersten paar Kriegswochen zu widmen. Wie nicht anders zu erwarten, wurde von ein paar Kritikern der journalistische Trend des Buches gerügt. Anscheinend ist man in bestimmten Kreisen noch immer der Ansicht, Kriegsgeschichte habe hehr und heilig zu sein. Es wird unter den Historikern im übrigen immer (kleine oder große) Streitigkeiten um Worte und Geschehnisse geben, sofern diese mehrere Deutungen zulassen. Aber bedenkliche Schnitzer lassen sich in diesem Falle nun einmal nicht nachweisen. Die Verfasserin vertritt in mancherlei Hinsicht eine eigenwillige Auffassung. Das ist ihr Recht. Das elf Seiten umfassende Quellenverzeichnis ist im übrigen ein ansprechendes Alibi. Aber selbst wenn man sich darauf nicht verlassen möchte, findet man im Text so viele Hinweise, daß man in jeder wissenschaftlichen Bibliothek der Sache auf den Grund gehen kann. Wenn es nun mal sein muß. Aber es muß nicht sein, denn die Übersicht über die Zusammenhänge, die uns Barbara Tuchman vermittelt, gibt dem Buch wissenschaftlich-rationalen Rang. Daß ihr gelegentlich die Feder fabulierend davonläuft, macht die Lektüre eher zum Genuß als zum Ärgernis (der Genuß bezieht sich natürlich auf die Schreibweise, nicht auf das Thema). Ein wichtiger Aspekt dieses Themas lautet: „Sobald mit dem Mobilmachungsbefehl einmal auf den Knopf gedrückt war, begann die ganze Riesenmaschinerie automatisch anzulaufen . . ." Aber entscheidend ist für Tuchman der Druck auf den Knopf. Krieg als Schicksal gibt es bei ihr nicht. Der „furor teutonicus" läßt sich auch schlecht als „Schicksal" definieren. Die Kriegserklärungen an Rußland und Frankreich, der Einmarsch in Luxemburg, der Überfall auf das neutrale Belgien — so begann sich der furor teutonicus zu entladen. Er wurde zur Methode. Man lese das Kapitel „Der Brand von Löwen", um ein für allemal dem Wort von der ritterlichen Kriegführung zu mißtrauen. Tuchman berichtet von Massenexekutionen, durchgeführt von deutschen Soldaten. Der Vergleich mit den SS-Greueln des Zweiten Weltkrieges drängt sich auf. Tamines war das Oradour des Ersten Weltkrieges. In Ardenne ging es ähnlich zu, auch in Visé und Dinant. Und nur weil ein neutrales Land es gewagt hatte, sich gegen den deutschen Überfall zu wehren.

Mit der Schilderung der Marneschlacht im September 1914 endet Frau Tuchmans

Darstellung. Das Für und Wider dieser Darstellung haben die Historiker abzuwägen. Wir haben uns mit einem Buch auseinanderzusetzen, das über fünfzig Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges das Geschehen vor und hinter den Kulissen ausleuchtet. Der Schmutz hinter der Fassade ist nicht fein. Aber wie soll die NS-Vergangenheit bewältigt werden, wenn noch nicht einmal der Unrat der wilhelminisch-preußisch-militaristischen erkannt ist.

Eine billige Paperback- oder Taschenbuchausgabe ist wünschenswert. H.

Der Minister und der Prinz

Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe, Dr. G. Ein Porträt des Propagandaministers. 288 Seiten, Leinen DM 17,50, Limes Verlag, Wiesbaden.

„Robespierre und Goebbels waren sich wohl in nichts so ähnlich wie in ihrer Einstellung zur Revolution an sich, und zwar im Geistigen ..."

„... gerade darin lag meines Erachtens das für den Menschen Goebbels Typische. Mir imponierte der Geist, und mich gewann die Herzlichkeit. Dabei kann ich nicht sagen, welches das Stärkere von beiden war. Dieser außerordentlich geistreiche Mann hatte ... sogar im Zorn etwas Strahlendes ..."

Das sind zwei typische Zitate aus einem Machwerk, das sein Verfasser sich vielleicht in „der schaurigen Einsamkeit ekelerregender Gefängniszellen" ausgedacht haben mag, wo er „während dreijähriger Gefangenschaft nach dem Kriege Gelegenheit genug" hatte, über das Dritte Reich nachzusinnen. Es handelt sich um den ehemaligen Adjutanten Goebbels' (und dessen Vertrauten bis zum Sippen-Selbstmord der Minister-Familie). Er unternimmt es, auf annähernd 300 Seiten die Gestalt des nationalsozialistischen Propaganda-Ministers mit einem Maß an Unverfrorenheit und rührseligem Pathos zu verklären und darüberhinaus auch noch den „wahren" Nationalsozialismus so penetrant zu rechtfertigen, daß man sich in einen Clubabend Alter Kämpfer versetzt wähnt. Wenn der Verfasser so schildert, wie er (während seiner viel zu kurzen Haft) „durch das kleine, hohe, vergitterte Fenster ins Weltall sehen konnte — auf unzählig viele Sterne", und wenn er respektvoll das Familienalbum derer von Goebbels aufblättert, dann kommen einem schier die Tränen der Rührung. Der Doktor Goebbels liebte seine Feinde. Die vulgären Nazis wie Streicher dagegen mochte er gar nicht. Mit seiner Güte hat er es geschafft, aus den „verhetztesten" Kommunisten die „dankbarsten" Nationalsozialisten zu machen. Die von Goebbels angeordnete Bücherverbrennung war nach des Prinzen Meinung ein „Mißerfolg", kein Verbrechen. KZ-Haft sei nichts Ehrenrühriges gewesen, kolportiert der geschwätzige Prinz die Minister-Meinung, die in dem schönen Satz gipfelt: „Es ist ... nicht ausgeschlossen, daß einer, der im Konzentrationslager war, später Kreisleiter der Partei wird." Vielleicht legt uns der Prinz eines Tages noch den Roman einer seltsamen Karriere vor, etwa: „Von der Gaskammer in die Reichskanzlei".

Man wundert sich nur, daß die um unser sittliches Wohl so besorgte Staatsanwaltschaft an dieser offen nationalsozialistischen Propagandaschnulze bisher nichts auszusetzen hatte. Aber wie sollte sie auch? Denn wen gilt es schon zu schützen vor

DIE SCHWARZ-WEISS-BÜCHER

Schriften aus dem Kreis der Besinnung zur Bewältigung der Gegenwart

Otto Kraus	Deutschland 1980 — eine Steppe (1966)
Friedrich Heer	Koexistenz, Zusammenarbeit, Widerstand
Hans Kühner	Index Romanus
Eduard Herz	Vollendung im Geschlecht (Begegnung — Liebe — Ehe)
Peter Beckmann	Die heile Gesellschaft
Hans Dahmen	Das Zeitalter der Begegnung und des Gesprächs
Willi Hammelrath	Volksbildung — Arbeiterbildung
Hans Kühner	Tabus der Kirchengeschichte
Joh. Herzog-Dürk	Zwischen Angst und Vertrauen
Kaspar Mayr	Der Andere Weg (Dokumente der Friedensarbeit)
Catholicus	Der Zölibat (1966)
Heinr. J. Rechtmann	Das Fremdwort und der deutsche Geist
Fritz Schulze	Der Mensch in der Begegnung
Kurt Brem	Konvertit und Kirche
Adolf Bauer	Unternehmen Fragebogen
Werner Catel	Grenzsituation des Lebens (Zum Problem einer begrenzten Euthanasie)
F. S. Grosshut	Staatsnot Recht Gewalt
Peter Nellen	Der Preis der Freiheit
Wilhelm Kuhn	Berlin Deutschland und die Konföderation
Friedrich Heer	Aus der Geschichte des Schreckens
Fritz Schulze	Herausforderung des Seins
Alfons Rosenberg	Praktiken des Satanismus
Cuno Fischer	Die Verteidigung der Zigeuner (1966)
Wilhelm Röpke	Mißbrauch der Freiheit (1966)

GLOCK UND LUTZ NÜRNBERG

einem solchen Prachtexemplar eines warmherzig-menschlichen Politikers, wie es hier geschildert wird? Man denke: nicht „ein einziges böses Wort" hat der Minister verlauten lassen, als ihm der Prinz einmal versehentlich auf eine kranke Zehe trat. In „einem edlen Rosenthal-Service" wurde der Tee aufgetragen, den Minister und Prinz gemeinsam nahmen. Auf Eisenbahnreisen habe sich der Minister den Weg zur Toilette oft mit zahlreichen Autogrammen erkämpfen müssen, erzählt respektvoll der Prinz. Natürlich war Goebbels gegen Himmler und Rosenberg. Aber als Stabschef Viktor Lutze, der „stattliche, starke, große Mann, dem die SA-Uniform sehr gut stand", tödlich verunglückte, weinte der Minister, der „gelegentlich Anfälle von Schwermut" hatte und eine Seele von Mensch war. Wen wundert es da, daß der Hakenkreuz-Prinz seinem Chef bis zuletzt die Treue hielt.

Daß die Zeitung, die Soldat und Nation im Titel vereinigt, dieses Faschistenporträt veröffentlicht hat, paßt zu ihr. Aber daß sich der Limes Verlag einen derart schlechten Scherz geleistet hat, ist disqualifizierend. Der Limes Verlag hat einen Namen zu verlieren. Wir verdanken ihm eine stattliche Bibliothek literarischer Leckerbissen: Erlesenes aus der jüngeren amerikanischen Lyrik und Prosadichtung (Burroughs, Capote, Corso, Ferlinghetti, Ginsberg), die Wiederentdeckung zu Unrecht vergessener Außenseiter der deutschen Literatur wie Carl Einstein, Wilhelm Klemm und August Stramm, ferner Werke von Apollinaire, Arp, Beckett, Borges, Char, Goll, Larbaud, Masson, Queneau und anderen bedeutenden Repräsentanten der Moderne. Es ist wichtig, dies zu wissen, bevor man den postnazistischen Schmachtfetzen zur Hand nimmt und ungläubig über den Verlagsnamen Limes stolpert. EH

Autorität — was ist das heute? Umstrittene Machtansprüche in Staat, Gesellschaft und Kultur. Ehrenwirth Verlag, München, 174 S., kart. 6,80 DM (Reihe „Thema", Bd. 7). — Enthält u. a. folgende Aufsätze: Heinrich Lutz, Wandlungen der Autorität; Waldemar Besson, Der Bürger als König; Hans Heinz Holz, Idole und Manager; Walter Dirks, Die skeptischen Kinder; Burkart Lutz, Maschinen und Menschen; Johann Ludwig Döderlein, Der regulierte Kunstverstand; Jean Améry, Vom kommenden Ende der Autorität.

Zvi Rudy, Soziologie des jüdischen Volkes. Rowohlt Verlag, Reinbek, 236 S., kart. 4,80 DM (Rowohlts Deutsche Enzyklopädie, Bd. 217/18). — Die Arbeit ist mit zahlreichen statistischen Tabellen, Literaturhinweisen und einem Sach- und Personenregister versehen.

Karl-Wilhelm Dahm, Pfarrer und Politik. Soziale Position und politische Mentalität des deutschen evangelischen Pfarrerstandes zwischen 1918 und 1933. Westdeutscher Verlag, Köln/Opladen, 225 S., kart. 31,50 DM (Dortmunder Schriften zur Sozialforschung, Bd. 29).

Helge Pross, Manager und Aktionäre in Deutschland. Untersuchungen zum Verhältnis von Eigentum und Verfügungsmacht. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M., 284 S., Ln. 24,— DM, kart. 20,— DM (Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 15).

Georg Picht, Die Verantwortung des Geistes. Pädagogische und politische Schriften. Walter-Verlag, Olten/Freiburg i. Br., 428 S., Ln. 26,— DM. — Der Autor des vieldiskutierten Buches „Die deutsche Bildungskatastrophe" (jetzt auch als Taschenbuch; Dt. Taschenbuchverlag, München, 153 S., br. 2,80 DM, DTV Bd. 349) legt ausgewählte Aufsätze aus den Jahren 1946—1964 vor.

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Max Bense, Ungehorsam der Ideen. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 160 S., kart. 12,80 DM (Essay, Bd. VII).

Max Born, Von der Verantwortung des Naturwissenschaftlers. Gesammelte Vorträge. Mit einem Nachwort von Johannes Schlemmer. Nymphenburger Verlagshandlung, München, 280 S., Paperback 10,80 DM, Ln. 15,80 DM (Sammlung „Dialog", Bd. 1).

Geschichte und Zeitgeschichte

Massimo Pallottino, Die Etrusker. Aus dem Italienischen, vom Verfasser durchgesehene und erweiterte Ausgabe. Fischer-Bücherei, Frankfurt, 291 S., kart. 3,80 DM (Fischer Bücherei / Bücher des Wissens, Bd. 609). — Mit zahlreichen Abbildungen und Karten, einem Verzeichnis etruskischer Wörter, Bibliographie, Namen- und Sachregister.

Jürgen Bertram, Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912. Droste Verlag, Düsseldorf, 276 S., Halbln. 38,— DM (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 28).

Fritz Fischer, Weltmacht oder Niedergang. Deutschland im Ersten Weltkrieg. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 109 S., kart. 9,— DM (Hamburger Studien zur neueren Geschichte, Bd. 1). — Im ersten Heft einer von ihm herausgegebenen Schriftenreihe setzt sich Prof. Fritz Fischer mit den Kritiken an seinem vieldiskutierten Buch „Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18" (3. Aufl., Düsseldorf 1964), darunter vor allem den Arbeiten von Gerhard Ritter und Egmont Zechlin auseinander. „Das Bild", so schreibt Fischer, das beide „vom wilhelminischen Deutschland entwerfen, ist eine simplifizierende Wiedergabe der Kräfte und des Machtwillens dieses Staates . . . Zwar waren die Staatsspitze und die sie tragenden Schichten noch von bürokratisch und agrarischen Vorstellungen und Interessen bestimmt — jedoch ebenso wesentlich waren die durch Industrialisierung und Kapitalisierung entstandenen Faktoren. Immer entschiedener behaupteten sich die neuen Kräfte in ihrem Machtanspruch. Dieses Faktum vor allem ist für die Beurteilung des imperialistischen Deutschland zu beachten." — Als Band 2 der neuen Reihe, die nach dem Zeugnis ihres Herausgebers „die Probleme der industriellen Revolution in ihren Auswirkungen auf die moderne Staatlichkeit" erhellen soll, erschien: H. Pogge—v. Strandmann/Imanuel Geiss, Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkrieges (83 S., kart. 6,— DM) mit einem Aufsatz über „Staatsstreichpläne, Alldeutsche und Bethmann-Hollweg" und Bemerkungen „Zur Beurteilung der deutschen Reichspolitik im Ersten Weltkrieg".

László Zsigmond, Zur deutschen Frage 1918—1923. Die wirtschaftlichen und internationalen Faktoren der Wiederbelebung des deutschen Imperialismus und Militarismus. Aus dem Ungarischen von P. Felix. Akadémiai Kiadó/Akademie Verlag, Budapest, 345 S., Ln. 33,60 DM (Studia Historica Academiae Scientiarum Hungaricae, Bd. 55).

Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918—1945. Serie D: 1937—1945. Band XI, Die Kriegsjahre, Vierter Band/Erster Halbband: 1. September bis 13. November 1940; Zweiter Halbband: 13. November 1940 bis 31. Januar 1941. Verlag Gebr. Hermes KG, Bonn, beide Bände zus. LXXXVI, 1086 S., Großformat, Ln. 72,— DM. — Ausgewählte Aktenstücke aus der Korrespondenz des Auswärtigen Amtes und seiner nachgeordneten Dienststellen.

Hans-Adolf Jacobsen, Der Zweite Weltkrieg. Grundzüge der Politik und Strategie in Dokumenten. Fischer Bücherei, Frankfurt, 499 S., kart. 4,80 DM (Fischer Bücherei/Bücher des Wissens/Doppelbd. 645/46). — Die reichhaltige Sammlung enthält in 21 Kapiteln mehr als 150 Dokumente, ergänzt durch zahlreiche Tabellen, graphische Darstellungen und umfangreiche Literaturhinweise.

Gorden C. Zahn, Die deutschen Katholiken und Hitlers Kriege. Aus dem Amerikanischen von Elisabeth Schmitz. Verlag Styria, Graz/Wien/Köln, 299 S., Ld. 15,80 DM, kart. 10,80 DM. — Auf diese ausgezeichnete und mit umfangreichen Belegen versehene Untersuchung haben die „Blätter" bei Erscheinen der Originalausgabe (German Catholics and Hitlers Wars, New York) schon hingewiesen. Im Vorwort zu einer nun vorliegenden deutschen Übersetzung berichtet der Autor, drei Viertel aller in katholischen Zeitschriften veröffentlichten Besprechungen seines Buches seien positiv ausgefallen. Die Tatsache, daß seine Arbeit bei katholischen Kritikern und Journalisten einen so positiven Widerhall gefunden habe, spreche „für die Mündigkeit der katholischen Gemeinschaft, die damit die neuen, vom Zweiten Vatikanischen Konzil geöffneten Wege" gehe. „Sicherlich kann keiner für die Christen, ob Katholiken oder Protestanten, eine Vergangenheit in Anspruch nehmen, die des christlichen Namens würdig wäre. Deshalb sollten wir alle bestrebt sein, tief in die Gründe jeden Versagens hinabzusteigen, wie sehr es auch schmerzen mag."

Saul Friedländer, Pius XII. und das Dritte Reich. Eine Dokumentation. Mit einem Nachwort von Alfred Grosser. Rowohlt Verlag, Reinbek, 180 S., Paperback 8,80 DM (Rowohlt Paperback, Bd. 43). — Der Verfasser verarbeitet die bisher unveröffentlichten Akten der Deutschen Botschaft beim Heiligen Stuhl, ergänzt durch Unterlagen aus amerikanischen und israelischen Quellen. Dokumente aus den Archiven des Vatikans standen ihm nicht zur Verfügung.

Ingeborg Esenwein-Rothe, Die Wirtschaftsverbände von 1933—1945. Verlag

Duncker & Humblot, Berlin, XVI, 209 S., Ln. 36,60 DM (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 37).

Aktuelle Themen

Louis E. Lomax, Auch wir sind Amerikaner. Der Freiheitskampf der Farbigen. Aus dem Amerikanischen von Dieter Flamm. Gustav Lübbe Verlag, Bergisch-Gladbach, 296 Textseiten, 20 Abb., Kartenskizzen, statistischer Anhang und Sachregister, Ln. 16,80 DM.

Hellmut Andicz, Der Fall Otto Habsburg. Verlag Fritz Molden, Wien/München, 220 S., Paperback 14,— DM.

Winrich Freiherr von Blittersdorff, Das internationale Pebiszit. Praktische Fragen und Technik der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes. Herausgegeben von der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg. In Kommission bei Alfred Metzner Verlag, Frankfurt, 285 S., kart. 24,— DM. (Hamburger Öffentlich-rechtliche Nebenstunden, B. 10). — Die Anregung zu dieser Untersuchung gab im Jahre 1960 ein Mitglied der Algerischen Befreiungsfront (FLN). Sie war, wie der Leiter der Hamburger Forschungsstelle, Prof. Krüger, in einem Vorwort mitteilt, „als ein Beitrag zu einer sachgerechten und fruchtbaren Lösung der algerischen Frage gedacht" und wurde nach ihrer Fertigstellung zunächst unter einem arabischen Pseudonym in französischer Sprache verbreitet.

R. Soerjono Wirjodiatmojo, Der Gedanke der Blockfreiheit in Südostasien. Geschichte und Deutung der Solidaritätskonferenzen der Colombo-Staaten 1954—1961. Als Manuskript gedruckt. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, VII, 178 S., kart. 25,— DM (Darstellungen zur auswärtigen Politik, Bd. 3).

Günther Haensch, Wörterbuch der internationalen Beziehungen und der Politik. Systematisch und alphabetisch: Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch. Max Hueber Verlag, München, 638 S., Ln. 34,80 DM. — Die Ausdehnung der zwischenstaatlichen Beziehungen, der Eintritt unabhängig gewordener Territorien in die Staatengemeinschaft und die Einberufung repräsentativer weltweiter Konferenzen aller Fachgebiete hat in den letzten Jahren zu einer außerordentlichen Vermehrung des diplomatisch-politischen Wortschatzes geführt. Diese Terminologie ist Gegenstand des vorliegenden Buches, das fast 6000 Ausdrücke und Redewendungen aus dem Bereich der internationalen Politik und Wirtschaft gleichzeitig in vier Sprachen wiedergibt. Abweichungen zwischen britischem und amerikanischem Englisch werden weitgehend berücksichtigt. Die Zusammenstellung umfaßt in elf Abschnitten die Namen der Staaten und Gebiete, Begriffe aus Völkerrecht, Diplomatie und Geschichte sowie aus der Sekretariats- und Konferenzsprache. Ein besonderes Kapitel „Krieg, Abrüstung und Neutralität" behandelt ein aktuelles Thema der gegenwärtigen Ost-West-Verhandlungen. Das wohldurchdachte vierteilige Register ermöglicht es, den gesuchten Begriff in der gewünschten Sprache sofort aufzufinden.

Rudolf Rolfs

Was ich noch sagen wollte . . .

Ich verlor meine Stimme schon drei Tage vor der Wahl. Ort: Römerberg zu Frankfurt am Main. Gelegenheit: Wahlkundgebung mit Herrn Professor Ludwig Erhard.

Obwohl sprechtechnisch trainiert, protestierte ich mich heiser gegen die impertinent auf Monstrephonstärke getrimmten Lautsprecher, welche das bescheidene Kanzlerwahlkonzept weniger ins Hirn als aufs Trommelfell paukten.

Ich bekenne, daß es nicht sehr vornehm ist, seinem Kanzler mit den Stimmbändern Paroli bieten zu wollen. Es wäre sicherlich vornehmer gewesen, sich darauf zu beschränken, sein Mißfallen mit einer energisch gekreuzten Gegenstimme auf dem Wahlzettel zu manifestieren.

Nein! Nein! Dreimal: Nein!

Diese dezente Legal-Reaktion ist nicht nur zu bequem, sondern verpufft in der Arithmetisierung der allvierjährlichen Pseudo-Bürgerbefragung.

Wenn ich glaube, schärfer zu sehen als manche Passagiere des Zuges, in dem ich mich befinde, und fürchte, daß dieser Zug sogleich bergab sausen wird, so werde ich mir nicht überlegen, wie ich eine Eingabe an die Eisenbahnverwaltung formulieren werde, um den Herrn Bahnpräsident zu veranlassen, bei passender Gelegenheit den Zugführer zu bestimmen, den Zug zu stoppen. Nein, ich werde etwas tun, was den Zug zum Bremsen zwingt, bevor sich die Katastrophe ereignet.

Wenn ein Mensch, der sich als Staatsmann feiert, sagt, daß es sein Bestreben sei, Europa zu festigen, und damit letztlich die Teilung Europas meint, wenn er mir vorgaukeln will, daß wir im tiefsten von ihm initiierten Frieden leben und dies an Hand Vietnams beweisen will, wenn er allein der ‚Labour'-Partei das Abrutschen des Britischen Pfundes in die Schuhe schiebt, wenn er sagt, daß mit der Tatsache einer möglichen SPD-Regierung für unser Land somit schon der Notstand gegeben sei, so ließ sich das nur noch mit der Feststellung steigern, daß die über tausend auf dem Platze anwesenden Opponenten „direkt verbrecherische Elemente" seien und „der organisierte Mob".

Herr Professor Erhard, ich bin als unabhängiger — nur von Ihren Inseraten aufgeforderter — Kundgebungsteilnehmer stolz, zu den Zahlreichen zu gehören, die gleich mir individuell protestierten, pfiffen, zwischenriefen.

So gelang es mir neben anderen, Herrn Professor Ludwig Erhard bereits vor 24 Uhr, der üblichen Demaskierungszeit, zum Ablegen der Biedermannsmaske zu zwingen. Als er dann vom Podium herab sagte, er wünsche, daß dieser ‚Skandal' in Bild und Ton dokumentiert werde, so kam das für mich nicht überraschend, denn schließlich warte ich schon seit einem halben Jahr auf die Antwort des Innenministeriums, ob es rechtens sei, daß ich als Demonstrant von Staats wegen mit meinem Konterfei registriert werde.

Meine Wahlstimme wird der Herr Professor, leider zu Recht, mitleidig belächelt haben. Meine akustische wird ihm im Gedächtnis bleiben.

Wir leben in einer Zeit, in der es zuweilen notwendig ist, so unklug zu sein, sich dem Risiko auszusetzen, von seinen Majestäten als ‚Verbrecher' bezeichnet zu werden.

Bei dem, was hierzulande oft noch als seriös gewertet wird, ist es nicht das Schlimmste, zum Abschaum der Republik oder zum Bürgerdreck gerechnet zu werden. Sage mir, wer was sagt, und ich sage Dir, welchen Wert ich ihm beimesse. Übrigens: Ein CDU-Abzeichengeschmückter Agent meines prominenten Beleidigers, der unweit von mir stand, sagte, mit einem Blick auf mich, nach Beendigung der Kundgebung:

„Wir müssen mal rauskriegen, wo der wohnt!"

Wie war das mit der Wahlparole?

Sicherheit für alle?

Dokumente zum Zeitgeschehen

Aufruf zu Vietnam-Hilfe

Tag um Tag sterben wehrlose, unschuldige Menschen in den Dörfern und Städten Vietnams. Kinder und Frauen werden durch Bomben getötet, durch Napalm und Phosphor in lebende Flammensäulen verwandelt, grauenhaft verstümmelt und verbrannt.

Wir Deutschen wissen, was Luftangriffe, Bombenteppiche, brennende Häuser, verschüttete Menschen, verbrannte Kinder bedeuten. Im Zweiten Weltkrieg haben wir Grauenvolles unter den Luftangriffen durchgemacht.

Noch furchtbarer ist das, was heute in Vietnam geschieht. Ein Volk, das niemanden angegriffen hat, ist widerstandslos modernsten Massenvernichtungsmitteln ausgesetzt.

Wir erheben unsere Stimme zur Mahnung und zum Protest!

Wir mahnen und protestieren auch deshalb, weil der Krieg in Vietnam, der täglich ausgeweitet wird, die Gefahr eines atomaren Weltkrieges heraufbeschwört.

Wir unterstützen die weltweiten Forderungen nach Einstellung der Bombenangriffe, Beendigung des Krieges und Wahrung des Rechtes der Vietnamesen auf Selbstbestimmung.

Großes Leid könnte gemildert werden, wenn nicht Medikamente und chirurgische Instrumente fehlten. Aus vielen Ländern wird bereits Geld für ihre Anschaffung zur Verfügung gestellt.

Wir appellieren an Sie, HELFEN SIE MIT! Tun Sie das Ihre, um unverschuldetes Leid lindern zu helfen, das die Menschen in Vietnam getroffen hat.

D. Martin Niemöller
Weltkirchenpräsident
Dr. Walter Fabian
Publizist
Gottfried Wandersleb
Pfarrer

Dr. Heinz Kloppenburg D. D.
Oberkirchenrat
August Bangel
Stadtdirektor i. R.

Dem Aufruf haben sich angeschlossen:

Prof. Dr. Dr. h. c. Fritz Baade — Prof. Dr. Bartsch — Hildburg Bethke — Rita Bockelmann, Frankfurt/M. — Prof. Dr. Max Born — Lil Dagover, Schauspielerin — Walter Dirks, Leiter der Hauptabteilung Kultur b. WDR — Dr. h. c. Wilhelm Elfes — Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim — Prof. Rudolf Genschel — Dr. Helene Gerstacker, Nervenärztin — Dr. Dr. Wilhelm Gerstacker, Nervenarzt — Prof. Gerhard Gollwitzer — Prof. Dr. D. Helmut Gollwitzer — Otmar Günther, Frankfurt/M. — Anna Haag, Schriftstellerin — Dr. E. Hass, Chefarzt — Dr. Sigrid Hass, Ärztin — Dr. Karl Hagedorn, Arzt — Prof. Dr. Karl Heckmann, Arzt — Prof. Dr. Reinhard W. Kaplan — Dr. Fritz Katz, Arzt — Dr. H. J. Katzenstein, Arzt — Prof. Dr. Eugen Kogon — Prof. Karl Linke — Dr. med. habil. Bodo Manstein, Chefarzt — Pastor Herbert Mochalski — Dr. Friedr. Müller, Verwaltungsgerichtspräsident i. R. — Karl Neuhäusel, Zahnarzt — Dr. Diether Posser, Rechtsanwalt — Dr. Harry Proß, Schriftsteller — Prof. Otto Pankok — Prof. Dr. Katharina Petersen, Min.-Rätin i. R. — Dr. B. Pfältzer, Arzt — Dr. W. Rasche, Arzt — Prof. Dr. Franz Rauhut — Viktor Renner, Landesminister a. D. — Prof. Dr. Renate Riemeck — Rudolf Rolfs, Schriftsteller — Dr. Josef Rossaint — Ursula Rütt, Schriftstellerin — Paul Schallück, Schriftsteller — Richard Scheringer, Bauer — Prof. Dr. Franz Paul Schneider — Robert Scholl, Oberbürgermeister i. R. — Prof. D. Friedr. Siegmund-Schultze — Ina Seidel, Schriftstellerin — Prof. Dr. Max Stefl, Staatsbibliotheksrat i. R. — Pater Franziskus Stratmann OP — Dr. Hertha Strothmann, Ärztin — Dr. Martin Walser, Schriftsteller — Emil Graf von Wedel — Präses D. Ernst Wilm — Prof. D. Ernst Wolf.

Für Geldspenden ist ein Konto Hilfsaktion Vietnam 16 250, bei der Bank für Gemeinwirtschaft in Düsseldorf 1, errichtet. Geldspenden können auch über das PS-Konto der Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf 1, PS-Kto. 1768, PS-Amt Essen, mit dem Vermerk Hilfsaktion Vietnam eingezahlt werden.

Acht Friedensnobelpreisträger fordern gemeinsam eine Regelung für Vietnam

Der Krieg in Vietnam ist eine Frage an das Gewissen der Welt. Niemand von uns kann Tag für Tag die Berichte über das Töten, Zermalmen und Verbrennen lesen, ohne ein Ende dieser Unmenschlichkeit zu fordern. Unsere gegenwärtige Absicht ist es nicht, die Schuld der Kämpfenden zu verteilen. Es geht allein daum, daß diesem Verbrechen gegen alles was in der Menschheit zivilisiert ist, ein Ende gemacht wird.

Der Friede ist möglich. Beide Seiten sagen, daß sie die Grundprinzipien der Genfer Vereinbarung akzeptieren. Warum also kommt man dann nicht zusammen, um eine politische Regelung zu suchen? Warum kein sofortiger Waffenstillstand?

Im Namen des uns allen gemeinsamen Menschseins appelieren wir, die unterzeichneten Inhaber des Nobelfriedenspreises, an alle beteiligten Regierungen und Parteien, sofort Schritte zu unternehmen, um einen Waffenstillstand und in vertragliche Regelung dieses tragischen Konflikts herbeizuführen.

*

Zugleich mit der Veröffentlichung des Aufrufes am 12. August 1965 wurde in Los Angeles eine Presseerklärung herausgegeben, in der es u. a. heißt:

Dieser Appell wurde von Dr. Pauling, Research Professor im Center for the Study of Democratic Institutions, Santa Barbara, Kalifornien (Träger des Nobelfriedenspreises 1962 und des Nobelpreises für Chemie 1954), geplant und in Zusammenarbeit mit Philip Noel-Baker, Mitglied des britischen Parlaments (Träger des Nobelfriedenspreises 1959), und mit dem Dominikanerpater Georges Dominique Pire aus Belgien (Träger des Nobelfriedenspreises 1958) niedergeschrieben. Die anderen Unterzeichner sind Norman Angell (1934), Lord Boyd Orr, der ehemalige Direktor der Food and Agricultural Organization der Vereinten Nationen (1949), Dr. Albert Schweitzer aus Lambarene, Afrika (1952), Häuptling Albert J. Luthuli, ehemals Präsident des African National Congress (1960), und Dr. Martin Luther King, Jr., der Führer der Southern Christian Leadership Conference (1964) ...

Es gibt nur noch zwei weitere lebende Nobelfriedenspreisträger, und zwar Ministerpräsident Lester Pearson (Canada) und Dr. Ralph Bunche vom Stab der Vereinten Nationen. Sowohl Ministerpräsident Pearson als auch Dr. Bunche erklärten, daß ihre offiziellen Funktionen sie daran hinderten, einen solchen Appell zu unterzeichnen, daß das Fehlen ihrer Unterschrift jedoch nicht als Mangel an Übereinstimmung interpretiert werden dürfe. Ministerpräsident Pearson fügte hinzu, daß er alles in seiner Macht stehende tun würde, um eine Regelung des tragischen Konfliktes zu fördern, die mit den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Demokratie vereinbar sei und daß er konstruktiv zu den internationalen Bemühungen in dieser Richtung beitragen würde ...

Petition des Christlichen Friedensdienstes an die Regierungen beider deutscher Staaten

Der Gedanke an die großen Opfer des Zweiten Weltkrieges, besonders an die Opfer der in ihm von amtlicher deutscher Seite vollzogenen Verbrechen, die den Namen des deutschen Volkes für lange Zeit schwer belasten — dieser Gedanke ruft zugleich die Forderung deutscher Schuldigkeit und Verpflichtung wach, die allen Völkern, besonders den betroffenen gegenüber besteht.

Die Tatsache, daß unter den großen Weltproblemen das deutsche noch immer zu den akutesten und bedrohlichsten gehört und sogar eine Schlüsselstellung unter allen hat, weil die beiden Weltmächte auf Gedeih und Verderb darin verwickelt sind und ihre

Hauptenergien noch immer nicht vorwiegend für Entwicklungs- und Kulturpolitik, sondern für Rüstung und gegenseitige Abschreckung verwenden, diese Tatsache legt den Deutschen auch für diese ernste Gegenwartslage große Verpflichtungen auf, den Frieden so stabilisieren zu helfen, daß die Probleme des weltweiten Hungers und der allgemeinen Kulturentwicklung nicht auch weiterhin durch die Spannungsfaktoren des deutschen Problems in ihrem so unaufschiebbaren Lösungsgang behindert werden. Es geht hierbei in der Tat darum, daß das deutsche Volk das Maß seiner Schuld gegenüber der Welt nicht noch weiter erhöht.

Was ist zu tun? —: Verhelfen wir zuerst dem Selbstbestimmungsrecht der Menschheit auf Frieden und friedliche Entwicklung zum Erfolge, stellen wir unsere, wie immer begründeten politischen Forderungen nach gerechten Grenzen, nach Anerkennung, nach atomarer Gleichberechtigung und dem alleinigen Vertretungsrecht für Deutschland geraume Zeit zurück, um die dadurch freiwerdenden finanziellen und sozialen Energien ganz der Lösung der Hauptprobleme des Hungers und der menschlichen Entwicklung zuwenden und zuwenden lassen zu können. Bringen wir dieses temporäre Anspruchsopfer für zehn oder zwanzig Jahre. Die Welt wird es uns danken und Nachsicht zu üben eher bereit sein. Das bedeutet keinen Verzicht auf prinzipielle Positionen, nur die pragmatische Zurückstellung von Forderungen, wodurch sich die gesamte Lage so zum Guten wenden könnte, daß auch die Ziele und Gegenstände der zurückgestellten politischen Einzelforderungen, die 1965 unerfüllbar sind und den Weg in die Zukunft zu verbauen drohen, dann nach zehn oder zwanzig Jahren in einem neuen, der guten Lösung nahen Lichte erscheinen können.

Wir bitten darum die in Deutschland Verantwortlichen und Regierenden, den von ihnen so oder so verändert gewünschten jetzigen politisch-völkerrechtlichen Zustand des Landes feierlich erklärtermaßen für zehn oder zwanzig Jahre zu belassen. Wir bitten die so fest engagierten Welt- und Großmächte, dafür ihre Schutzgarantie wie bisher zu gewähren, um die aus solchem Forderungsstop freiwerdenden finanziellen und sozialen Kräfte der so dringend notwendigen Besserung der wahren Weltprobleme des Hungers und der menschenwürdigen Entwicklung zu widmen.

Tun wir diesen Dienst zugleich als Buße für all das Unfaßliche, das an Verbrechen im Namen des deutschen Volkes während des Zweiten Weltkrieges geschehen konnte, erfüllen wir ihn auch als Beitrag zur Bewältigung der Vergangenheit.

In welchen Formen solche Verpflichtung oder Versicherung eingegangen wird, ist Sache der Staatsmänner: ob in ein- oder mehrseitigen Deklarationen, ob in völkerrechtlichen Garantien, die Deutschland auch a priori aus jeder Kriegshandlung — insbesondere nuklearen — ausdrücklich ausnehmen: all das ist bei gutem und einsichtigem Willen der Verantwortlichen und Regierenden technisches Detail, an dem der Friede nicht scheitern darf.

Marianne Albertz; Renate Dörner; Klaus Ehrler, M. A.; Solveig Ehrler; Christian Gizewski; Prof. D. Helmut Gollwitzer; Cäcilie Dudopp; Dieter Hirschfeld; Jürgen Horlemann; Renate Horlemann; Pfarrer Dr. Manfred Karnetzki; Dipl.-Ing. Manfred Kiemle; Pastor Erwin Kruse; Giselind Lochmann; Michael Mauke; Dipl.-Ing. Gerd Merrem; Urs Müller-Plantenberg; Helga Pasch; Prof. Dr. Marcel Reding; Irmhild Schaefer; Dr.-Ing. Johannes Schaefer; Prof. Dr. Jacob Taubes; Barbara Weißbach; Günter Weißbach; Dipl.-Ing. Dietrich Wetzel.

Bemerkungen

Die in Heft 9/1965 veröffentlichte Arbeit von Reinhard O p i t z : „Der große Plan der CDU: die ‚Formierte Gesellschaft'" hat weit über den Leserkreis der „Blätter" hinaus große Beachtung gefunden. Den Autor und die Redaktion erreichten ungewöhnlich viele Zuschriften. Wir bitten deshalb auf diesem Wege darum, nicht in allen Fällen vom Verfasser oder der Redaktion eine Antwort zu erwarten, jedoch versichert zu sein, daß alle Meinungen und Hinweise aufmerksam beachtet werden. In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, daß Anfang 1966 eine ausführliche Arbeit zum gleichen Thema von Reinhard Opitz in Buchform im Pahl-Rugenstein Verlag erscheinen soll.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der neuen „sammlung insel" bei, den wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Handwerkskammerdirektor a. D., Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,—, zuzüglich DM 0,20 Porto. Im Abonnement beträgt der Heftpreis DM 2,50 (für Studenten DM 2,—) zuzüglich DM 0,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen, die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, W. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Gertrud Bienko
Carl Bioice, San Francisco
Bogislav v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis, Rom
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Felck
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Ragner Forbech, Dompfarrer, Oslo
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Wilfried Gottschalch
Kurt. R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten, Washington, D. C.
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Johannes Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Horst Helden
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Dr. Emil Hoffmann, Wien
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Helmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Oswald A. Kohut
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs, Warschau
Dr. Hans Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h., Dr. phil. e. h. Ernst May
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. Daniil Melnikow, Moskau
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, Mdb, III/2 *)
Herbert Mochalski
Senator Wyne Morse, Portland/USA
Kalixte Mukendi
Peter Nellen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz, Warschau
Prof. Dr. Laslo Partin Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Dr. Anton Reithinger
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin, Brüssel
Rudolf Rolfs
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking †
Hermann Schwann
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. theol. Wolfgang Schweitzer
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seisi Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silvermann, M. P.
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg †
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephan Swingler, M. P.
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvig, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. John E. Ullmann, Hempstead/USA
Prof. Dr. Imre Vajda, Budapest
Prof. Dr. Todor Vladigerov, Sofia
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg, New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill, Straßburg
Günther Weisenborn
Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. Wilhelm Wengler
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke („Voluntas")
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen

Die in Heft 9/1965 veröffentlichte Arbeit von Reinhard O p i t z : „Der große Plan der CDU: die ‚Formierte Gesellschaft'" hat weit über den Leserkreis der „Blätter" hinaus große Beachtung gefunden. Den Autor und die Redaktion erreichten ungewöhnlich viele Zuschriften. Wir bitten deshalb auf diesem Wege darum, nicht in allen Fällen vom Verfasser oder der Redaktion eine Antwort zu erwarten, jedoch versichert zu sein, daß alle Meinungen und Hinweise aufmerksam beachtet werden. In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, daß Anfang 1966 eine ausführliche Arbeit zum gleichen Thema von Reinhard Opitz in Buchform im Pahl-Rugenstein Verlag erscheinen soll.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der neuen „sammlung insel" bei, den wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Handwerkskammerdirektor a. D., Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,—, zuzüglich DM 0,20 Porto. Im Abonnement beträgt der Heftpreis DM 2,50 (für Studenten DM 2,—) zuzüglich DM 0,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen, die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.